

# DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Die Kurdenproblematik in der Türkei  
Eine historisch-empirische Rekonstruktion“

Verfasserin

**Sibel GÜLER**

angestrebter akademischer Grad

**Magistra der Philosophie**

Wien, im November 2010

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt: Politikwissenschaft

Betreuer: Univ. -Prof. Dr. Karl Ucakar

## **DANKSAGUNG**

An dieser Stelle möchte ich mich bei all jenen bedanken, die mich bei dieser Arbeit auf vielfältige Weise unterstützt haben.

Vor allem möchte ich mich besonders für seine hilfreichen Anregungen und seine konstruktive Kritik bei der Erstellung dieser Arbeit bei meinem Professor Dr. Karl Ucakar bedanken, der mich während der Anfertigung meiner Diplomarbeit betreut und umfangreich unterstützt hat.

Ein herzliches Dankeschön geht ebenfalls an meinen Kollegen Michael Redinger, der mir während meiner gesamten Studienzzeit geholfen hat und mit sehr viel Engagement, guten Ideen und unermüdlichem Einsatz meine Diplomarbeit begleitet hat. Ich danke ihm für die vielseitige Unterstützung, für sein geduldiges Korrekturlesen, und die vielen konstruktiven Kommentare, die die Qualität dieser Diplomarbeit sehr gesteigert haben.

Ein sehr großer Dank gebührt auch meinem besten Freund Doğan Çevikol, der mich mit der notwendigen Literatur und allen benötigten Informationen und Kontakten versorgt hat. Ihm gebührt inniger Dank für seine moralische Unterstützung und für seinen Beistand während der gesamten Arbeit.

Über allem steht meine Familie, ohne die mein Studium nie möglich gewesen wäre. Ganz besonders bedanken möchte ich mich bei meiner Mutter für ihre herausragende Unterstützung, ihr Verständnis und ihr Vertrauen in mich! (Ich liebe Euch!)

# INHALTSVERZEICHNIS

<b>EINLEITUNG .....</b>	<b>1</b>
<b>FRAGESTELLUNG .....</b>	<b>4</b>
<b>HYPOTHESEN.....</b>	<b>4</b>
<b>METHODEN.....</b>	<b>5</b>
<b>1. KAPITEL: ÜBERBLICK ÜBER DIE KURDISCHE GESCHICHTE .....</b>	<b>6</b>
1.1 DIE ABSTAMMUNG DER KURDEN .....	6
1.2 DIE KURDISCHE SPRACHE .....	8
1.3 DIE HEIMAT DER KURDEN - GRENZEN UND POLITISCHE GEOGRAPHIE .....	11
1.4 DIE GEOGRAPHISCHE VERBREITUNG DER KURDEN.....	16
1.5 EIGENSCHAFTEN DER KURDISCHEN GESELLSCHAFT .....	18
1.6 DIE IDENTITÄT DER KURDEN.....	21
1.7 ZIVILISATIONEN UND KURDEN .....	22
1.8 OSMANEN UND KURDEN IM 19. JAHRHUNDERT .....	25
1.9 DIE ERSTEN KURDISCHEN AUFSTÄNDE .....	28
1.10 KURDEN IN UND NACH DER VERFASSUNGSPERIODE .....	29
<b>2. KAPITEL: DER ERSTE WELTKRIEG UND DIE KURDEN .....</b>	<b>32</b>
2.1 DIE KURDEN IM ERSTEN WELTKRIEG.....	32
2.2 DIE SITUATION NACH DEM ERSTEN WELTKRIEG .....	36
2.3 DER WAFFENSTILLSTAND VON MUDROS (30. OKTOBER 1918) UND DIE KURDEN.....	38
2.4 TÜRKISCHER BEFREIUNGSKRIEG UND DIE BETEILIGUNG DER KURDEN (1919-1922).....	39
2.5 DIE KURDISCHEN AUFSTÄNDE WÄHREND DES BEFREIUNGSKRIEGS.....	42
2.6 DER WEG ZUM VERTRAG VON SÈVRES UND DIE KURDEN .....	43
2.7 DIE PARISER FRIEDENSKONFERENZ.....	44
2.8 DIE KONFERENZEN VON LONDON UND SAN REMO.....	47
2.9 DIE KURDEN IM ABKOMMEN VON SÈVRES .....	48
<b>3. KAPITEL: DIE KURDEN BEI UND NACH DER GRÜNDUNG DER REPUBLIK</b>	
<b>TÜRKEI .....</b>	<b>52</b>
3.1 DIE TÜRKISCHE VERFASSUNG VON 1921 UND DIE KURDEN.....	52
3.2 DAS ABKOMMEN VON LAUSANNE (20. NOVEMBER 1922 – 24. JULI 1923).....	53
3.2.1 <i>Die Diskussionen in Lausanne und die Kurden.....</i>	<i>54</i>
3.3 DAS MINDERHEITENPROBLEM.....	55
3.4 DIE REPUBLIKPERIODE .....	57
3.5 DIE VERFASSUNG VON 1924 UND DIE KURDEN.....	58
3.6 DIE KURDISCHEN AUFSTÄNDE IN DER REPUBLIKPERIODE (1923-1938) .....	61
3.6.1 <i>Der Scheich-Said-Aufstand (13. Februar – 31. Mai 1925).....</i>	<i>63</i>
3.6.2 <i>Die Organisation Xoybun (Unabhängigkeit) (1927) .....</i>	<i>65</i>
3.6.3 <i>Der Ararat Aufstand (1927 – 1931).....</i>	<i>67</i>

3.6.4 <i>Der Dersim Aufstand (1937-1938)</i> .....	69
3.7 LÖSUNGSVORSCHLÄGE NACH DEN AUFSTÄNDEN .....	71
<b>4. KAPITEL: PERIODE DER GROßEN STILLE (1938-1961) UND MILITÄRPUTSCHE</b>	<b>76</b>
.....	
4.1 PERIODE DER GROßEN STILLE ALS ERGEBNIS DES EINFLUSSES DER ABLEHNUNG, VERLEUGNUNG UND ASSIMILATION .....	76
4.2 DER MILITÄRPUTSCH VON 1961 UND SEIN EINFLUSS AUF DIE KURDEN.....	78
4.3 DER MILITÄRPUTSCH VON 1971 .....	80
4.4 UNABHÄNGIGE KURDISCHE ORGANISATIONEN DER PERIODE ZWISCHEN 1960-1970 .....	83
4.5 DIE GRÜNDUNG DER ARBEITERPARTEI KURDISTANS (PKK).....	85
4.6 DER MILITÄRPUTSCH DES 12. SEPTEMBER 1980 UND SEINE AUSWIRKUNGEN AUF DIE KURDEN .....	87
4.7 DIE VERFASSUNG VON 1982 UND DIE NEUE VERFASSUNGSREFORM.....	91
4.8 DER POLITISCHE KAMPF DER KURDEN .....	94
<b>5. KAPITEL: DIE UNLÖSBARKEIT DES PROBLEMS UND DIE STAATSPOLITIK ..</b>	<b>100</b>
5.1 MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN: UNAUFGEKLÄRTE MORDE, DORFVERBRENNUNGEN UND POLITIK DER GEWALTSAMEN UNTERDRÜCKUNG .....	100
5.2 EINFLUSS DER AKTIONEN DER PKK AUF DIE LÖSUNG DES KURDISCHEN PROBLEMS .....	105
5.2.1 <i>Die Festnahme Öcalans</i> .....	107
5.2.2 <i>Die Suche der PKK nach Aktivitäten auf dem politischen Boden</i> .....	110
5.3 DEMOKRATISCHE LÖSUNGSWEGE .....	112
5.3.1 <i>Die staatlichen Ansichten zur Lösung innerhalb des Systems</i> .....	115
5.3.2 <i>Politische Lösungsvorschläge der demokratischen Partei</i> .....	116
5.3.3 <i>Lösungsvorschläge der PKK</i> .....	118
5.4 DIE DEMOKRATISCHE ÖFFNUNG .....	119
<b>ZUSAMMENFASSUNG .....</b>	<b>121</b>
<b>FAZIT .....</b>	<b>124</b>
<b>ANHANG.....</b>	<b>130</b>
LITERATURVERZEICHNIS .....	130
ZEITUNGEN.....	138
INTERNETQUELLEN.....	138
KURZFASSUNG .....	140
ABSTRACT .....	141
LEBENS LAUF .....	142

## **ABBILDUNGSVERZEICHNIS**

<b>ABBILDUNG 1:</b> <i>1. Landkarte:</i> Ein Vergleich zwischen Westeuropa, Osten der Vereinigten Staaten von Amerika und die Großen der Kurdistan .....	14
<b>ABBILDUNG 2:</b> <i>2. Landkarte:</i> Kurdistan im Zusammenhang vom Mittleren Osten.....	15
<b>ABBILDUNG 3:</b> <i>3. Landkarte:</i> Kurden und ihre ethnische Nachbarn .....	16

## **EINLEITUNG**

Seit vielen Jahrzehnten wird in Europa immer wieder die „Kurdenfrage“ oder das „kurdische Problem“ in der Türkei diskutiert – meist ausgelöst durch akute Zwischenfälle und Konflikte, die immer wieder gehäuft auftreten.

Dieses „kurdische Problem“ zeigt, dass Probleme nicht durch Aussitzen gelöst werden können. Es wuchs, solange es aufgeschoben und ignoriert wurde. Heute zeigt sich, dass die Lösung nicht alleine durch Sicherheitsmaßnahmen, militärische Aktionen und heimliche Allianzen mit Nachbarstaaten erreicht werden kann.

Das kurdische Problem ist in seiner Dimension mittlerweile ein großes und überregionales Problem, dessen Lösung verzögert und das damit noch größer wurde.

Das Ziel dieser durch Recherchen in zahlreichen Quellen entstandenen Arbeit ist einerseits die Vermittlung der Informationen über die Kurden in der Türkei und andererseits die politologische Analyse der Gründe und Ergebnisse des Problems.

In dieser Arbeit wird versucht, allgemein akzeptierte Erklärungen sowie Gegenargumente und Thesen sowohl bezüglich der kurdischen Aufstände und separatistischen Bewegungen als auch die Verleugnungs- und Unterdrückungspolitik des Staates zu präsentieren.

Die Arbeit mit dem Titel „Das kurdische Problem in der Türkei“ besteht aus fünf Hauptkapiteln. Im Kapitel „*Überblick über die Geschichte der Kurden*“ wird ein kurzer Abriss der Periode vor dem Ersten Weltkrieg gegeben.

Innerhalb des breiten Themenbereiches fand ich die Analyse zahlreicher Themen wegen ihrer Relevanz für die These nötig, wie zum Beispiel die Frage der Herkunft, geographischen Verbreitung oder der gesellschaftlichen Organisation der Kurden. Ich habe versucht, diese Themen im ersten Kapitel breiter zu analysieren, um das kurdische Volk genauer vorzustellen. In diesem Kapitel werden auch die chaotische osmanische Periode und die Überlebensbestrebungen der Kurden beim Niedergang dieses Reiches behandelt. Außerdem werden die ersten kurdischen Aufstände und Organisationen dieser Zeit thematisiert.

Unter dem Titel „*Der Erste Weltkrieg und die Kurden*“ wird die allgemeine Situation in dem Gebiet während und nach dem Ersten Weltkrieg, der Mondros-Vertrag und die kurdische Beteiligung am und Unterstützung des nationalen Widerstands behandelt. Gleichzeitig werden auch die kurdischen Aufstände dieser Zeit thematisiert. Außerdem wird das Abkommen von Sevres als ein Meilenstein und wichtiges und kontroverses Thema in Bezug auf die Kurden analysiert. Es ist das einzige internationale Abkommen, in dem Kurdistan anerkannt wurde. Im Kontext dieses Prozesses, in dessen Verlauf ein unabhängiges Kurdistan politische Realität zu werden schien, werden auch die Pariser Friedenskonferenz und die Konferenzen von London und San Remo behandelt.

Im Kapitel „*Die Kurden bei und nach der Gründung der Republik Türkei*“ werden die Republikperiode und die nachfolgenden Verhältnisse aufgegriffen. Auf die im ersten Kapitel untersuchte Verfassung von 1921 wird als eine der liberaleren Verfassungen ihrer Zeit aufmerksam gemacht.

Danach folgt das Abkommen von Lausanne, das seit seiner Unterzeichnung bis heute das Schicksal der Kurden bestimmt. Während jeder, der Tschirkasse, Abhaza, Bosnier, Kurde oder Alevit ist, laut dem Abkommen von Sevres als Minderheit gilt, wurden in Lausanne nur die nichtmuslimen, also jüdische, armenische und griechische Bürger, als Minderheiten anerkannt. Mit der nachfolgenden Verfassung der Republik von 1924, die auf dem Fundament von „ein Staat, eine Sprache und eine Nation“ gegründet wurde, wurde die Autonomie der Städte aufgehoben und festgelegt, dass die Einwohner der Türkei ohne Rücksicht auf Religion, Rasse oder Sprache einheitlich als Türken bezeichnet werden. Dazu werden hier die relevanten Verfassungsparagraphen detailliert analysiert.

Das Kapitel untersucht auch die in der Zeit entstandenen kurdischen Aufstände und die Oppositionsbewegungen und ihre Aktionen zum Widerstand gegen die von der Regierung beabsichtigten Maßnahmen zu untersuchen und dadurch ihre Qualitäten und Eigenschaften festzustellen. Es wird versucht, die Motivation hinter diesem Widerstand auch im Einzelfall zu hinterfragen und zum Beispiel politische, ethnische oder religiöse Motive zu erkennen. Im Rahmen dieser Untersuchung wird weiters die Kurdismus-Bewegungen in der Türkei in ihrem geschichtlichen Verlauf behandelt, ihre gesellschaftlichen Hintergründe und Auswirkungen zu beobachten versucht und in Verbindung zu anderen Kapiteln beurteilt.

Das Kapitel „*Periode der großen Stille (1938-1961) und Militärputsche*“ stellt fest, dass die Kurden in ihrer großen Periode der Stille nach der Unterdrückung der kurdischen Aufstände keine unabhängige Organisation gründen und nicht direkt an der Politik teilnehmen konnten. Ein großer Teil dieses Kapitels beschreibt die Militärputsche in der Republikperiode. Die Untersuchung der Putsche zeigt, dass die Militärputsche in der Türkei teilweise konstante und teils veränderliche Ziele verfolgen. Betrachtet man die Putsche der Republikperiode, ist immer ein Zusammenhang mit den Kurden und der kurdischen Nationalbewegung festzustellen. Eine Schwächung dieser war bei den Putschen 1961, 1970 und 1980 ein zentrales Ziel der Putschisten. In diesem Kapitel wird auch behandelt, wie die PKK (Arbeiterpartei Kurdistans), die ihre Aktionen nach dem Putsch 1980 begann, auch in der Innenpolitik auf legalen Wegen zu Wort zu kommen versuchte. Es wird auch beschrieben, dass die Verfassung von 1982, die nach dem Putsch 1980 vorbereitet wurde, im Grunde genommen auf einem autoritären Staatsverständnis beruht und deren demokratischer Gehalt schon in der Zeit ihrer Ausarbeitung und ihres Beschlusses eine Streitfrage darstellte. Diese Verfassung ist sehr stark situativ und mit Blick auf die Vergangenheit geprägt. Sie kann mit den schnellen Entwicklungen der Welt seit den 90er Jahren im Bereich der Demokratie und der Grundrechte und -freiheiten nicht Schritt.

Im Kapitel „*Die Unlösbarkeit des Problems und die Staatspolitik*“ werden die Probleme bei der Lösung des Problems und die Rolle des Staates dabei aufgezeigt. Es wird beschrieben, dass die PKK und die mit ihr verbundenen politischen Parteien bis hin zu BDP (Partei für Frieden und Demokratie) und deren Mitglieder das „Kurdische Problem“ durch Propaganda und die Aktionen der Milizen an die Öffentlichkeit und auch auf das internationale Parkett brachten.

Schließlich werden im Kapitel „*Fazit*“ und im Kapitel „*Zusammenfassung*“ die detailreich behandelten wichtigen Punkte zusammengeführt und im Licht der in dieser Arbeit präsentierten These die derzeitigen Paradigmen in Kürze beurteilt.



## **FRAGESTELLUNG**

Diese Diplomarbeit soll vorrangig die folgenden Fragen beantworten helfen:

- Seit wann kann man von einem kurdischen Problem sprechen?
- Wie wird das kurdische Problem im türkischen politischen und intellektuellen Leben wahrgenommen?
- Welche Methoden hat der Staat zur Unterdrückung des Problems angewandt beziehungsweise wendet er noch an? Was ist der Einfluss dieser Maßnahmen auf die kurdische Gesellschaft und was ist die diesbezügliche Haltung der Kurden?
- Welche Art und welcher Grad von Selbstbestimmung werden von den Kurden angestrebt?
- Wie wirkt sich die aktuelle politische Entwicklung – insbesondere in Bezug auf die Ausarbeitung einer neuen Verfassung - in der Türkei auf die Ziele der Kurden aus?
- Wieso konnte das kurdische Problem bisher nicht gelöst werden?
- Was sind die Forderungen der Kurden?
- Ist eine demokratische und friedliche Lösung möglich?

## **HYPOTHESEN**

In Bezug auf meinen Forschungsgegenstand habe ich folgende Hypothesen entwickelt:

- Der Ursprung der kurdischen Nation ist vielschichtig und komplex. Bei den Kurden handelt es sich nicht um eine homogene ethnische Gruppe, sondern um eine Mischung einer ursprünglichen neolithischen Gesellschaft mit vielen anderen Elementen.
- Die Kurden waren ursprünglich in autonomen Fürstentümern organisiert. Der Versuch, diese an das große Osmanische Reich zu binden, führte zu ersten Aufständen und bildet die Basis für die aktuellen Probleme.
- Das kurdische Vorgehen während und nach dem Ersten Weltkrieg war uneinheitlich und tendierte teilweise zu einer Unterstützung der Türkei. Dazu kamen interne Streitigkeiten, und mangelnde Diplomatie. Sie wurden von den Siegermächten als

gespalten und machtpolitisch nicht relevant wahrgenommen und schmälerten damit die Chancen für einen eigenen Staat.

- Die Gründungsphase der türkischen Republik und die darauf folgende Zeit bilden die Grundlage für einen Großteil der aktuellen kurdischen Probleme. Nach dem ersten Weltkrieg kann es zur systematischen und gezielten Unterdrückung der Kurden. Die Türkei versuchte, die Einheit der Kurden als Nation zu zerstören – und erreichte damit genau das Gegenteil. Damit wurde auch der Weg für Aufstände und schließlich den militärischen Widerstand der PKK. Die PKK ist ein Kind des radikalisierten Klimas und der Militärputsche. Sie ist nicht der Grund, sondern das Ergebnis des kurdischen Problems. Es besteht ein direkter Zusammenhang zwischen den demokratiepolitischen Versäumnissen und den Problemen im Umgang mit Minderheiten.
- In den letzten Jahren wurden wichtige Fortschritte (demokratiepolitisch und in Bezug auf die Minderheiten) erzielt – nicht zuletzt aufgrund der versuchten Annäherung an die EU. Die neue Verfassung ist ein Schritt in diese Richtung, dessen abschließende Beurteilung aufgrund umstrittener Passagen ausständig bleibt.

## **METHODEN**

In meiner Forschungsarbeit habe ich verschiedenartige Hilfsquellen und Methoden verwendet. Ich beschäftigte mich sowohl mit primären als auch sekundären Quellen.

In dieser Arbeit wurde die Methode der Quellenforschung als Grundlage gewählt. Um fundierte und neutrale Daten zu erhalten, wäre auch eine Recherche der Archivdaten vielversprechend, aber die Tatsache, dass die bestehenden Quellen die zugänglichen Archivdaten bereits beinhalten, machte eine solche Arbeit nicht mehr notwendig. Stattdessen erwies es sich als notwendig, die Quellen aus verschiedenen Blickwinkeln zu betrachten, da die in den Quellen vorgenommene Interpretation der Ereignisse einen sehr stark subjektiven Charakter hat. Deshalb wurde auf ein Gleichgewicht der Quellen in Bezug auf ihre kurdenfreundliche oder –feindliche Haltung ein Augenmerk gelegt. Außerdem wurde möglichst viel Literatur von ausländischen Schriftstellern benutzt, um das Thema auch aus der Sicht Unbeteiligter behandelt zu sehen.

# 1. KAPITEL: ÜBERBLICK ÜBER DIE KURDISCHE GESCHICHTE

## 1.1 Die Abstammung der Kurden

Die Herkunft der Kurden und die Anfangsphase ihrer Geschichte in Kurdistan sind umstritten. Viele Historiker erachten das Gebiet südlich des Van Sees als die Heimat der kurdischen Vorfahren. Schon der griechische Schriftsteller Xenophon beschrieb es als Land der Karduklar.

Auf zwei sumerischen Tontafeln aus der Zeit um 2000 vor Christus wird ein Land namens Kar-da-ka erwähnt und das Volk der „Su halki“ („Wasservolk“). Der Text der Tontafeln war Gegenstand einer umfangreichen Diskussion. Viele Historiker vertreten die Meinung, dass das Wort Karda als „Kurde“ und Kardaka als das „Land der Kurden“ zu übersetzen sei. Der britische Professor für semitische Philologie G. R. Driver nahm an, dass das Land im Süden des Van Sees liegt. Es gibt Anzeichen, die das belegen: Rund tausend Jahre nach diesen Schriften (im elften Jahrhundert vor Christus) schildert der assyrische Herrscher Tiglath Pileser einen Krieg gegen das Volk der Kurtie in den Bergen von Azu. Driver ist der Meinung, dass es sich dabei um das heutige Hazoyöresi (Sason) handelt. Die Araber fanden bei ihrer Invasion im siebten Jahrhundert nach Christus schließlich die Kurden bereits auf dem Gebiet ihrer heutigen Heimat vor.<sup>1</sup>

Der russische Kurdologe Wladimir Fjodorowitsch Minorsky vertrat, basierend auf neuen Erkenntnissen, später eine andere Theorie bezüglich der Herkunft der Kurden. Minorsky meinte 1938 beim XX. Internationalen Kongress der Orientalisten, dass man bei der Untersuchung der Abstammung der Kurden nicht von Namenähnlichkeiten, sondern von geschichtlichen und geographischen Beweisen und Argumenten ausgehen müsse. Er ist der Meinung, dass die Kurden von den Medern abstammen. Die Meder sind ein arisches Volk, das aus Osten kommt. Nach Minorsky siedelten sie zuerst im heutigen Aserbaidschan und breiteten sich dann im siebten Jahrhundert vor Christus vom Gebiet südlich des Vansees nach Westen aus. Minorsky behauptet, dass zwei Brudervolksstämme, die Kuti und Mard, die beide einen medischen Dialekt sprechen, das heutige kurdische Volk bilden. Ihm zufolge bildet dies

---

<sup>1</sup> Burkay, Kemal: Kurden und Kurdistan. Diyarbakir, 2008, S. 48.

auch die Basis für den Terminus Kurmanc (ein weit verbreiteter Dialekt der kurdischen Sprache). Minorsky meinte, dass die Meder auch bestimmte lokale Elemente in sich aufnahmen, als sie nach Westen wanderten.<sup>2</sup>

Verschiedene Auffassungen unter Historikern über die Abstammung der Kurden können zusammengefasst werden:

1. Die Kurden bildeten in Form der alten Sumerer das gutische Volk. Sie sind eine von den Medern abstammende ethnische Gruppe, die entweder persischer oder türkischer Abstammung sind.
2. Die Kurden haben eine indisch-persischen Wurzel und sind derselben ethnischen Gruppe wie die Parter zuzuordnen.

Alle diese Auffassungen beruhen auf Erkenntnissen, die aus dem neunzehnten und der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts stammen. Zu diesem Zeitpunkt waren jedoch eine Reihe historischer Schriften noch nicht oder nur genügend untersucht. Außerdem lieferten spätere Ausgrabungen viele neue und wichtige Informationen über die kurdische Geschichte. Einige der Völker, die zu den Vorfahren der Kurden gerechnet werden, zählten zu den ersten, die Schriftstücke hinterließen und zum Stadtleben übergingen.

Keine der heutigen Nationen kann sich auf eine reine Abstammung berufen. Im Laufe der Geschichte mischten sich die Völker mit anderen, und es bildeten sich neue Völker und schließlich die uns heute bekannten Nationen. Das gilt auch für die Kurden. Die Karduschen, die im fünften Jahrhundert vor Christus in den Bergen Südarmaniens wohnten, bilden vermutlich einen Teil des heutigen kurdischen Volks. Dasselbe gilt auch für die Meder, die entweder aus dem Norden oder Osten kamen und sich vor Jahrhunderten in Kurdistan ansiedelten und ein mächtiges Reich in dieser Region gründeten. Es ist umstritten, ob die Karduschen Teil des medischen Volkes waren.

Die heutigen Kurden weisen in ethnischer Hinsicht große Unterschiede auf. Sie gingen aus einer Reihe unterschiedlicher, meist sehr alter Völker der heute als Kurdistan bekannten bergigen Region hervor, ohne dass es zu einer weitreichenden Vermischung mit

---

<sup>2</sup> Nikitin, Bazil; Kürtler. 1986, S. 31

zuwandernden Völkern kam – was ganz wesentlich auch der bergigen Natur ihrer Heimat zu verdanken ist. Diese Region befindet sich zwischen dem Urmia-See und dem Euphrat und schließt das heutige Südanatolien und persische Aserbaidschan ein. Das wichtigste Zentrum dieser Region ist Diyar-i Bekir, das heutige Diyarbakır, das sich im Südosten der Türkei befindet.<sup>3</sup>

## 1.2 Die kurdische Sprache

Die Muttersprache der Kurden gehört zur nordwestlichen Untergruppe der persischen Gruppe der indo-europäischen Sprachfamilie. Viele kurdische Wörter haben denselben Ursprung wie englische Wörter, zum Beispiel:

gama=game (Spiel)	mara=marry (heiraten)
stêr=star (Stern)	rubar=river (Fluss)
dol=dale oder valley (Tal)	bra=brother (Bruder)
mong=moon (Mond)	snoy=snow (Schnee)
firo=free (gratis, kostenlos)	standin=to stand (stehen)
sur=sure (sicher)	

Die dem Kurdischen ähnlichste Sprache ist Persisch, das im Iran, in Afghanistan und in Tadschikistan gesprochen wird. Die Beziehung zwischen dem Kurdischen und dem Persischen ist ähnlich jener zwischen Deutsch und Dänisch.<sup>4</sup> Die Kurden sprechen viele verschiedene Dialekte. Es gibt drei wesentliche Dialekte: **Kurmancî, Kurdi und Zaza**. Kurmancî besteht aus den Unterdialekten Mil und Zil. Der am weitesten verbreitete Dialekt in der Türkei ist Kurmancî. Ende der 1970er Jahre sprachen in der Türkei fast zwei Drittel der Menschen, die Kurdisch sprechen, Kurmancî. Kurdi besteht aus den Unterdialekten Gurani und Souleymani. Viele der irakischen Kurden sprechen Kurdi. Er ist außerdem der Dialekt, der in schriftlicher Sprache am meisten angewendet wird. Zaza wird nur von relativ wenigen Kurden, die in Mittelanatolien wohnen, gesprochen. Die Verwandtschaftsbeziehung dieses Dialektes zu Kurmancî und Kurdi ist umstritten. Die Kurmancî und Kurdi sprechenden

---

<sup>3</sup> Heper, Metin: Devlet ve Kürtler. Istanbul, 2008, S. 67.

<sup>4</sup> Izady, Mehrdad R: Kürtler. Istanbul, 2007, S. 299.

Kurden können diesen letzten Dialekt nicht so einfach verstehen, er ist zumindest mit diesen beiden weniger nahe verwandt.<sup>5</sup>

Minorsky behauptet, dass das Wort Kurmanc aus den Wörtern Kurd und Mad besteht, die zusammen „medischer Kurde“ bedeuten. Diese Behauptung scheint wenig plausibel; heute wird im Allgemeinen die Theorie bevorzugt, dass Kurmanc aus den Wörtern Kurd und Manna besteht, was „mannischer Kurde“ bedeutet. Die Heimat von Kurmanc war die Hakkari Region, die sich außerdem im mannischen Land befand. Der Begriff Pehlwani, der früher für die anderen Dialekte von Gorani, Dimili und Kurden verwendet wurde, wird heute nicht mehr benutzt.<sup>6</sup>

Da die Kurden keinen Staat haben, fehlt ihnen ein wesentliches Element, das zu einer Standardisierung der Sprache führt. Es gab zahlreiche erfolglose Bemühungen zur Schaffung einer nationalen Sprache. Die Kurden sprechen aber weiterhin viele verschiedene, voneinander abweichende Dialekten.

Im Osmanischen Reich lebten um 1850 rund eine Million Kurden, gegenüber 12,9 Millionen Osmanen (Türken), 2,4 Millionen Armeniern, 2 Millionen Griechen und 150.000 Juden.<sup>7</sup> Yusuf Akcura, ein türkischer Nationalist, dokumentierte für das letzten Viertel des neunzehnten Jahrhunderts die folgenden Statistiken: 8,5 Millionen Türken, 5 Millionen Araber, 1,2 Millionen Kurden, 1,1 Millionen Griechen und 650.000 andere ethnische Minderheiten.<sup>8</sup> Kemal H. Karpat schreibt, dass in den 1880er Jahren im osmanischen Reich circa 1,5 Million Kurden lebten.<sup>9</sup> Damals waren die Kurden auf den Osten und Südosten der Türkei konzentriert. Der englische Konsul in „Kurdistan“, Major Henry Trotter, schrieb 1879 in seinem Brief an Salisbury Püffe, dass Mr. Taylor, der über viele Jahre Konsul in unterschiedlichen kurdischen Städten war, berichtete, dass in Erzurum, Diyar-i Bekir, Harput und Van 848.000 Kurden, 649.000 Christen, 442.000 Türken und 200.000 Turkmenen wohnten.<sup>10</sup>

---

<sup>5</sup> Harris, George S.: Ethnic Conflict and the Kurds. No. 433, 1977, S. 113.

<sup>6</sup> Heper, Metin: Devlet ve Kürtler. Istanbul, 2008, S. 299.

<sup>7</sup> Ebd. S. 68.

<sup>8</sup> Kutlay, Naci: İttihat Terakki ve Kürtler. Ankara 1992, S. 14.

<sup>9</sup> Karpat, H. Kemal: Ottoman Population, 1830-1914 / Demographic and Social Characteristics. Madison-Wisconsin, 1985, S. 57.

<sup>10</sup> Heper, Metin; Devlet ve Kürtler: Dogan Egmont Yayıncılık ve Yapımcılık Tic. A.S., Eylül, 2008. S. 68.

Die Anzahl der Staatsbürger mit Kurdisch als Muttersprache betrug in der türkischen Republik 1935 1,4 Millionen, 1945 1,4 Millionen, 1950 1,8 Millionen, 1955 1,6 Millionen, 1960 1,8 Millionen, 1965 2,3 Millionen.<sup>11</sup> Anders ausgedrückt bildeten die Kurden 1935 9,2%, 1945 7,9%, 1950 8,9%, 1955 6,7%, 1960 6,7% und 1965 7,7% der Bevölkerung der Türkei. Danach liegen keine verlässlichen Zahlen mehr vor: die Volkszählung 1965 war die letzte, in der nach der Muttersprache gefragt wurde. Nach einer Quelle betrug 1990 der Anteil der kurdischen Staatsbürger an der Gesamtbevölkerung 12% was einer Zahl von 7 Millionen Bürgern entspricht. Nach einer anderen Studie betrug dieser Anteil 1994 4% (sayıda büyük ihtimalle hata var, %14 olması gerekiyor), was umgerechnet rund 6 bis 7 Millionen Personen sind. Ende des zwanzigsten Jahrhunderts wird die Anzahl Kurden in der Türkei auf 10 bis 20 Millionen geschätzt. Eine im Jahre 2007 durchgeführte Studie besagt, dass 11,5 von insgesamt 73 Millionen Bürgern der Türkei Kurden sind.<sup>12</sup>

Die Studien 1965 und 1990 zeigten, dass zwei Drittel der Kurden im Südosten und zwei Fünftel im Osten der Türkei leben.<sup>13</sup>

In den von ihnen bewohnten Regionen blieben die Kurden im Laufe ihrer langen Geschichte eine große und isolierte ethnische Gruppe. Im osmanischen Reich (und in der türkischen Republik) war ihre Anzahl relativ groß. Meistens lebten sie in geschlossenen Gesellschaften. Obwohl Kurdisch gegenüber dem Türkischen sowohl im Osmanischen Reich als auch in der Türkei immer benachteiligt und meist auch verboten war, haben sie es geschafft, ihre eigene Sprache zu schützen. Deswegen waren die Kurden im osmanischen Reich (und sind es auch in der türkischen Republik) immer eine Gruppe der Gesellschaft, die vom Staat besonders argwöhnisch betrachtet und beobachtet wird.

Besonders im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert gab es berühmte Dichter, Schriftsteller und Forscher mit kurdischer Abstammung, die auf Arabisch, Persisch und Türkisch schrieben. Weil ab Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts die kurdische Sprache und Kultur großem Druck ausgesetzt war, schrieben die kurdischen Intellektuellen oft in anderen

---

<sup>11</sup> Mutlu, Servet; Ethnic Kurds in Turkey: A Demographic Study, International journal of Middle East Studies 28, No. 4, Kasim, 1996, S. 520.

<sup>12</sup> Vgl.

<http://www.radikal.com.tr/Radikal.aspx?aType=RadikalHaberDetay&CategoryID=104&ArticleID=913650> (18.01.2010).

<sup>13</sup> Heper, Metin; Devlet ve Kürtler: Istanbul, 2008. S. 68, 69.

Sprachen. Trotz aller repressiven Bedingungen blieb Kurdisch die Sprache des kurdischen Volks, welches dessen Struktur und ihren Vokabelreichtum schützt und bewahrt.

Obwohl die arabische und persische Sprache im kulturellen Bereich vorherrschend war, brachte die kurdische Sprache seit dem Mittelalter auch viele literarische Werke hervor. Die ersten schriftlichen Werke in kurdischer Sprache entstanden vor etwa tausend Jahren.<sup>14</sup> Bei der Ausbildung in den Madrasa (islamischen Hochschulen) in Kurdistan wurde neben Arabisch und Persisch auch Kurdisch gelehrt. Kurdische Fürstentümer spielten eine zentrale Rolle bei der Entwicklung der kurdischen Sprache und Kultur, indem sie die kurdischen Gelehrten und Schriftsteller schützten.

### **1.3 Die Heimat der Kurden - Grenzen und politische Geographie**

Der Begriff „Kurde“ entstand in der Antike und beschreibt eine ethnische Gruppe oder Nationalität. Historiker sind der Meinung, dass Kurdistan als ein ethnischer und geographischer Begriff, der das Land der Kurden beschreibt, in der Zeit des seldschukischen Staates entstand. Sultan Sanjar (gestorben 1157) bezeichnete die Regionen Hemedan, Dinawar und Kirmanschach, die im Osten des Zagros-Gebirges liegen, und Schehrazor und Sincar, die am Zab Fluss liegen, als Kurdistan und ließ einen kurdischen Distrikt gründen. Die Hauptstadt dieses Distriktes war die Stadt Bahar, die im Nordwesten von Hemedan lag.<sup>15</sup> Die Osmanen verwendeten auch für Dersim, Musch und Diyarbakir, die nur einen Teil von Westkurdistan bilden, den Namen Kurdistan.

#### **Grenzen und politische Geographie**

Die Heimat der Kurden umfasst eine Fläche von 500.000 Quadratkilometern. Diese Fläche ist ähnlich groß wie die von Frankreich, Kalifornien oder New York (1. Landkarte). Kurdistan liegt an der gebirgigen Nordgrenze des Mittleren Ostens und trennt dieses Gebiet von der ehemaligen Sowjetunion. Auf der Landkarte gleicht das Gebiet einem verkehrten „v“, das vom Mittelmeer über den Kaukasus bis zum Persischen Golf reicht (2. Landkarte). Heute bezeichnet man als Kurdistan mangels eines unabhängigen Staates meist jenes Gebiet, in dem

---

<sup>14</sup> Burkay, Kemal: Kürtler ve Kürdistan. Diyarbakir, Ekim 2008, S. 274

<sup>15</sup> Bois, Thomas: The Kurds and their Country: Kurdistan – Islam Ansiklopedisi, Kurds, Kurdistan maddesi.



die Kurden die ethnische Mehrheit darstellen. Die Kurden besiedeln gemeinsam mit den drei anderen großen Gruppen - den Arabern im Süden, den Persern im Osten und den Türken im Westen - das strategisch wichtige Grenzgebiet des Mittleren Ostens. Daneben leben in diesem Raum viele weitere große und kleine ethnische Gruppen, zum Beispiel die Georgier und Armenier im Norden, die Aserbajdschaner im Nordosten, die Luren im Südosten und die Turkmenen im Südwesten (3. Landkarte).

Die traditionell armenischen Gebiete im Norden Kurdistans, auf dem Gebiet der heutigen Türkei nördlich des Van Sees, werden heute beinahe zur Hälfte von Kurden bewohnt. Anfang des neunten Jahrhunderts nach Christus kam es zum Verlust des Gebietes südlich des Zagros Gebirgen, das sich von Kirmanshah bis zum Hürmü Pass zieht, weil die Kurden weiter in Richtung Nordwesten wanderten und in diesem Gebiet von Luren und anderen Völkern abgelöst wurden. Hingegen wurde ab dem 16. Jahrhundert das Siedlungsgebiet um zwei große Bereiche erweitert. In Mittelanatolien kam das Gebiet um die Städte Yunak, Haymana und Cihanbeyli südlich der türkischen Hauptstadt Ankara hinzu, die vom Hauptsiedlungsgebiet getrennt sind. Es erstreckt sich im Norden in Richtung gebirgigen Mittelanatoliens und wird von den Städten Tokat, Yozgat, Corum, und Amasya im Tal des Yeşilirmak begrenzt. In diesem nordmittelanatolischen Siedlungsgebiet, das sich sehr rasch erweitert hat, leben zur Zeit deutlich mehr Kurden als in Zentralmittelanatolien.<sup>16</sup>

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde Kurdistan auf fünf Länder aufgeteilt, wobei der größte Teil auf die Türkei (43%) entfiel, gefolgt vom Iran (31%), Irak (18%), Syrien (6%) und der ehemaligen Sowjetunion (2%). In diesen Ländern wurde Kurdistan wiederum in verschiedene Gebiete unterteilt. Im Westen des Irans blieb dabei der historische Name in abgewandelter Form erhalten: Das Gebiet wird als „Kordestan“ bezeichnet; die Hauptstadt ist Sanandaj.<sup>17</sup>

Zentralkurdistan kann historisch, sozioökonomisch und kulturell in neun Teilgebiete unterteilt werden: Südost-, Süd-, Mittel-, Ost-, Nord-, Nordost-, West-, Nordwest- und Fernwest-Kurdistan.

Da Horasan und Mittelanatolien vom zentralen Kurdistan abgetrennte Gebiete darstellen, müssen diese zwei großen getrennten Siedlungsbereiche der Kurden einer anderen Einteilung

---

<sup>16</sup> Vgl. Izady, M.R.: Ein Handbuch Kurden. Istanbul, 2007, S. 21.

<sup>17</sup> Ebd. S. 25.

unterzogen werden. Dennoch sind sie auf Grund ihrer langen kurdischen Tradition den anderen neun Gebieten gleichzustellen.<sup>18</sup>

Das gesamte Gebiet Kurdistans ist von hohen Bergen gekennzeichnet. Auf türkischem Gebiet wird es von den Rändern des Toros Gebirges begrenzt. Diese Berglinie verläuft von den Ufern des Mittelmeeres zum Golf von Iskenderun. Dort wendet sie sich nach Nordosten und verzweigt sich im Norden von Maras. Der nördliche Teil beginnt mit den Bergen Engirek und Nurhak (3.090 m) und führt weiter zum Berg Akra. Über die Bergketten Munzur (3.088 m), Mercan und Kargapazari (3.338 m) führt sie bis zum Araxes (Aras) und endet im Ağrı Gebiet. Die zweite Kette ähnelt einem Halbmond. Sie beginnt im Süden von Malatya und setzt sich mit den Erzbergen und den Bergen Xacres (2.689 m) und Sason (2.590 m) südlich von Mus fort. Sie endet mit den Bergen Bitlis und Hakkâri (3.630 m) und dessen höchstem Punkt Resko (4.170 m) Cilo.<sup>19</sup>

---

<sup>18</sup> Vgl. Izady, M.R.: Ein Handbuch Kurden. Istanbul, 2007, S. 30.

<sup>19</sup> Minorsky V. / Bois TH. / Mac Kenzie, D.N.: Kurden und Kurdistan. Istanbul, 2004, S. 16-17.

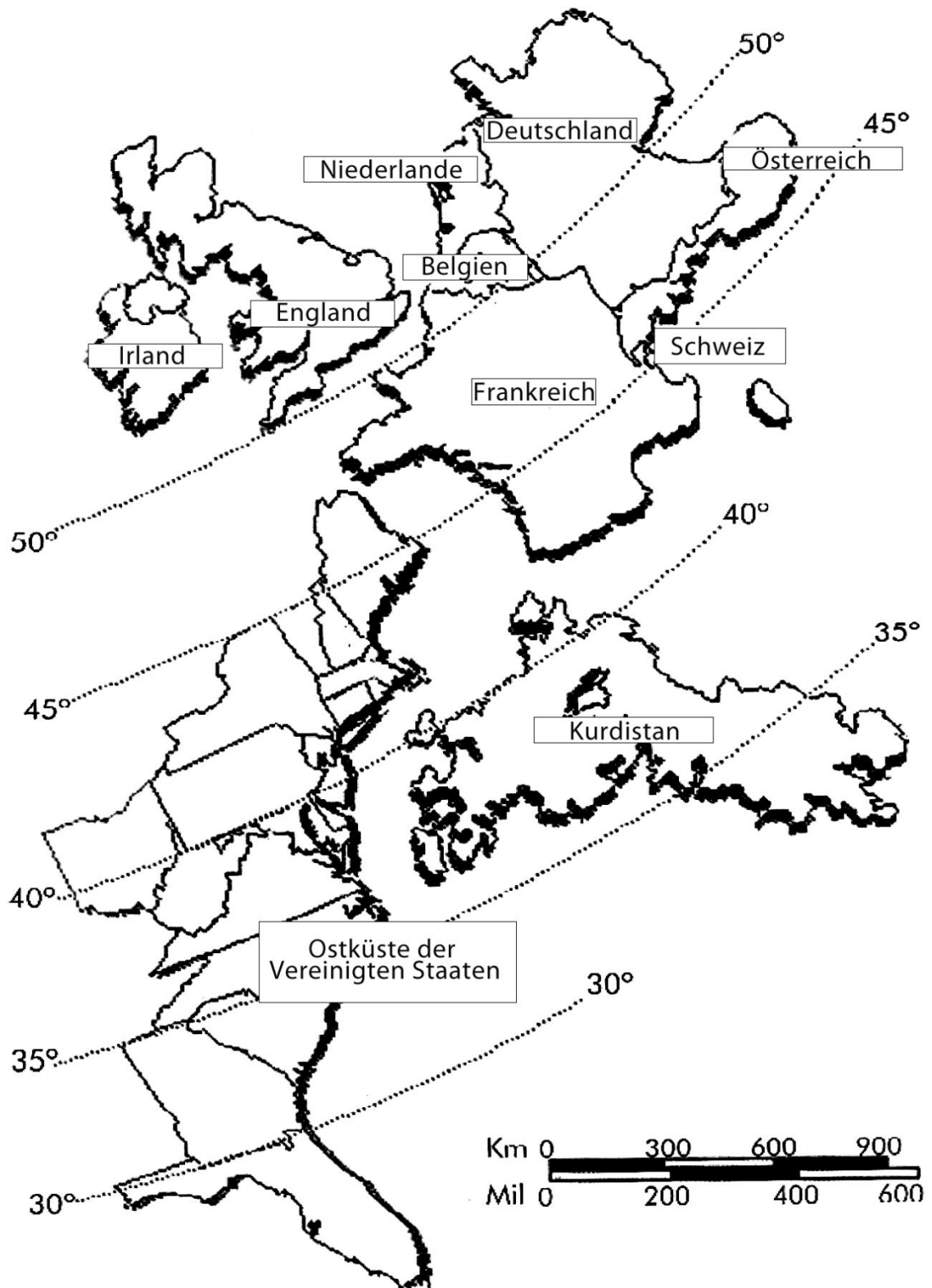


Abbildung 1: 1. Landkarte: Ein Vergleich zwischen Westeuropa, Osten der Vereinigten Staaten von Amerika und die Großen der Kurdistan<sup>20</sup>

<sup>20</sup> Izady, M.R.: Ein Handbuch Kurden. Istanbul, 2007, S. 22.

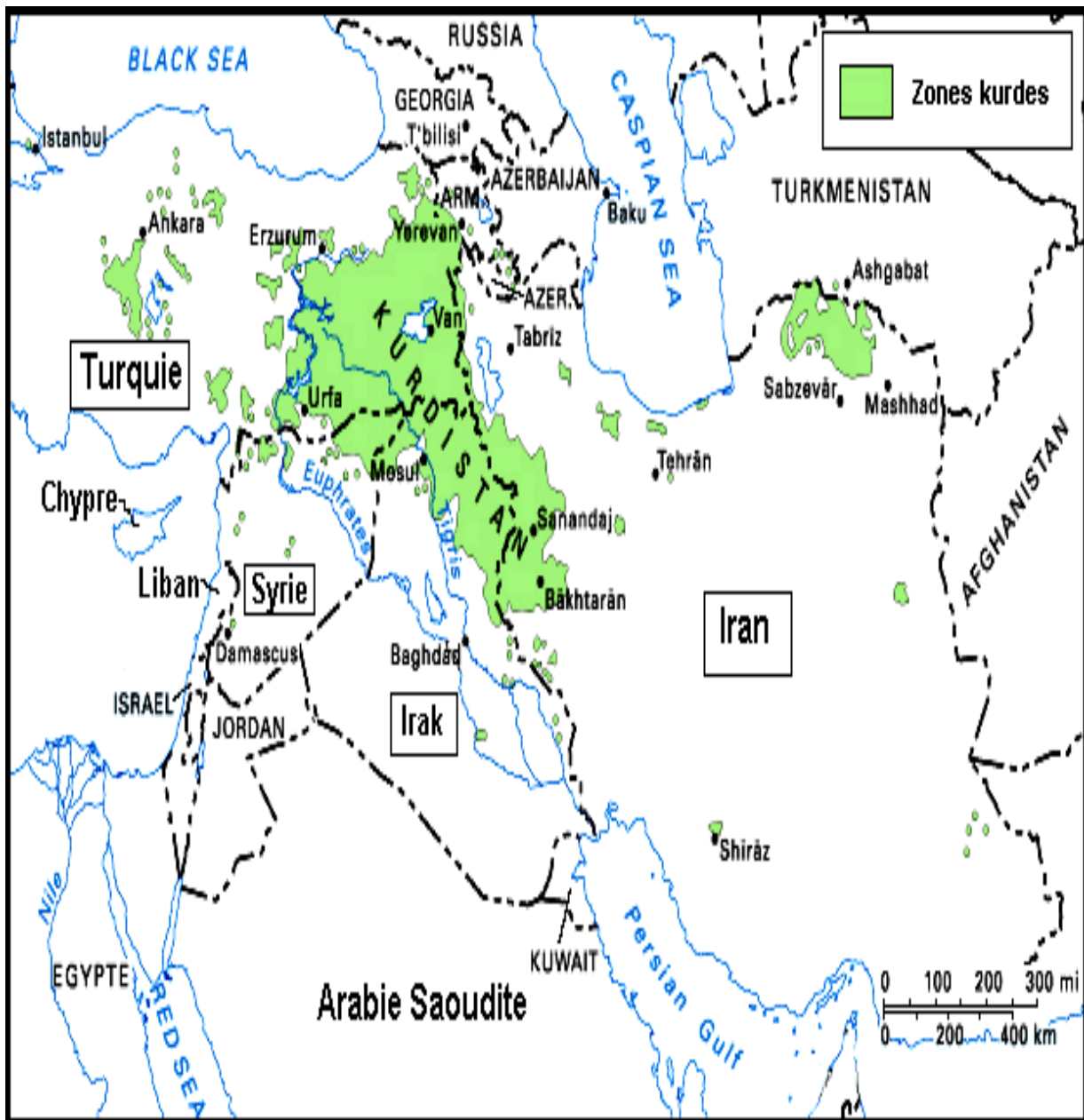


Abbildung 2: 2. Landkarte: Kurdistan im Zusammenhang vom Mittleren Osten<sup>21</sup>

<sup>21</sup> Izady, M.R.: Ein Handbuch Kurden. Istanbul, 2007, S. 23.

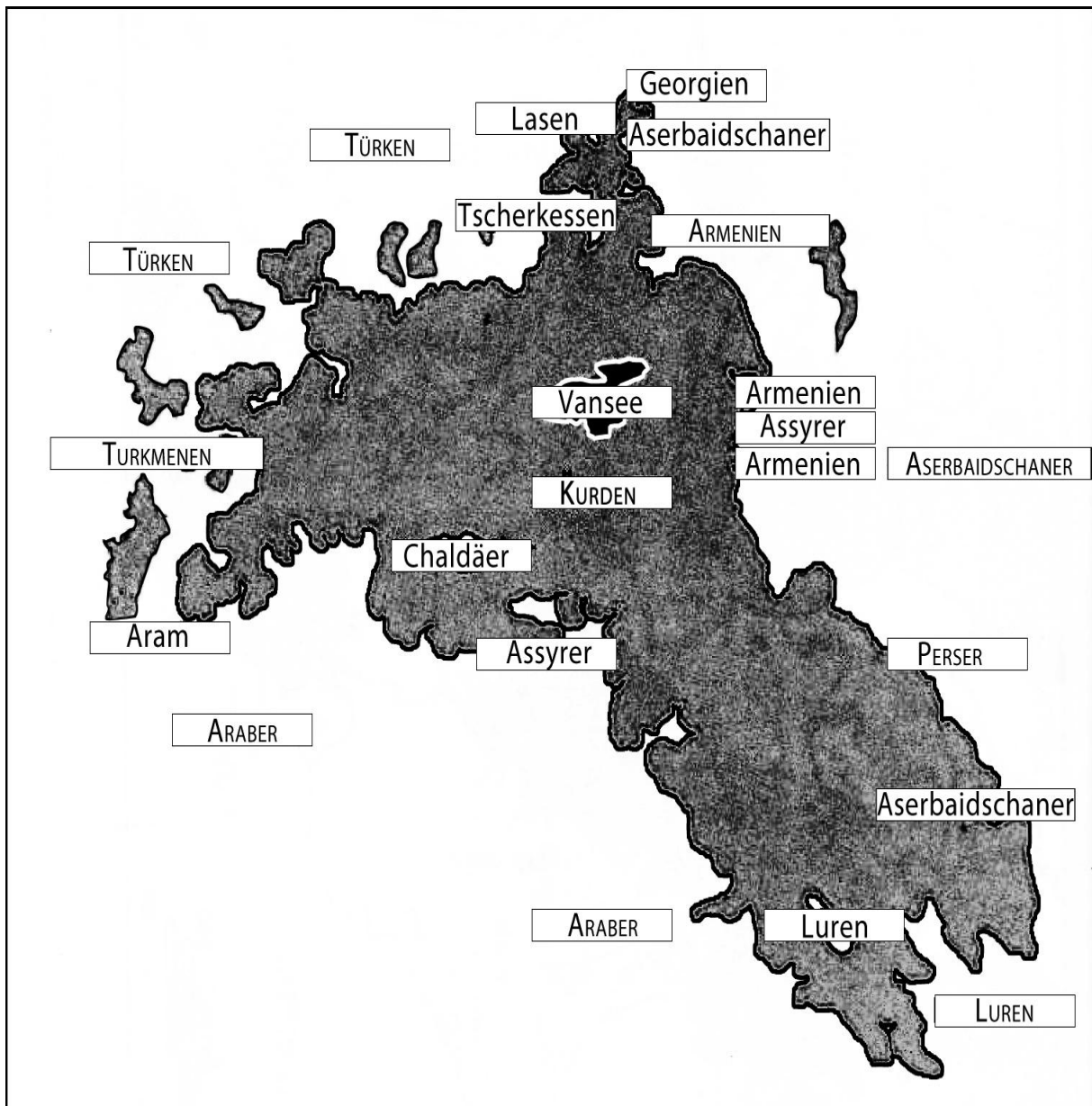


Abbildung 3: 3. Landkarte: Kurden und ihre ethnische Nachbarn<sup>22</sup>

#### 1.4 Die geographische Verbreitung der Kurden

Nicht nur der Ursprung der Kurden ist umstritten – selbst die Frage, welche Gebiete größtenteils von Kurden bewohnt sind, bleibt bis heute umstritten. Aufgrund besserer Daten und mit Hilfe moderner Methoden lässt sich diese Frage jedoch sehr viel besser als früher beantworten.

<sup>22</sup> Izady, M.R.: Ein Handbuch Kurden. Istanbul, 2007, S. 24.

Im neunzehnten Jahrhundert und in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts wurden von vielen wissenschaftlichen Instituten Daten zu den kurdischen Stämmen erhoben und gesammelt. Ein Schwerpunkt waren dabei die Lage und Verteilung der Siedlungsgebiete und deren Bevölkerung. Die Ergebnisse dieser Erhebungen wurden veröffentlicht und beispielsweise von der British Royal Geographical Society in der ethnographischen Karte "West-Iran, Syrien und der asiatische Teil der Osttürkei (1906)" festgehalten. Diese Karte, die detailliert auf die zentralkurdischen Siedlungsgebiete eingeht, hat in weiten Bereichen noch heute Gültigkeit. Als relevante Änderung ist insbesondere das Verschwinden der Armenier aus den Gegenden um den Van See und Ostanatolien zu erwähnen. Eine andere wichtige Quelle zur Darstellung der Verbreitung der Kurden ist die "Weltkarte, Sonderausgabe: Volkstum". Diese Karte wurde in Österreich während des Zweiten Weltkriegs (1943/1944) in mehreren Blättern veröffentlicht und beschreibt die ethnische Zusammensetzung von Gebieten. Trotz des kleinen Maßstabes von 1 : 1 000 000 enthält die Karte umfangreiche Details – vor allem deshalb, weil sie sich auf eine Vielzahl von Quellen stützt – und ist dem zuvor veröffentlichten Kartenmaterial in vielen Bereichen überlegen.<sup>23</sup>

In den Sechzigerjahren des vorigen Jahrhunderts begann die türkische Regierung, sich an Erhebungen wie den „Dorfbestandsstudien“ zu beteiligen. Dieses Projekt wurde jedoch 1967 eingestellt. Dennoch beinhaltet diese Studie viele Informationen über die ethnische Zusammensetzung der Türkei auf Ebene der Dörfer.

Nestmann erstellte in einer Studie (Ethnic Groups in the Republic of Turkey, Herausgeber P Andrew, 1989) über den türkischen Teil Kurdistans (mit Ausnahme des mittelanatolischen Siedlungsteils) eine detaillierte Karte auf Basis der Daten der „Dorfbestandsstudien“. Die Inhalte dieser Karte decken sich weitgehend mit jenen der Anatolien-Karte der British Royal Geographical Society. Der einzige wesentliche Unterschied ist, dass die Werte der „Dorfbestandsstudien“ eine viel größere ethnisch kurdische Fläche ausweisen als die britische Karte. Dieser Umstand kann ein ungewolltes Ergebnis der Zwangsvertreibung und des weitreichenden Exils der Kurden zwischen 1929 und 1938 sein.<sup>24</sup>

---

<sup>23</sup> Vgl. Izady, M.R.: Ein Handbuch Kurden. Istanbul, 2007, S. 26.

<sup>24</sup> Ebd. S.27.

## 1.5 Eigenschaften der kurdischen Gesellschaft

Die Vertragstheorien beschreiben als Ausgangspunkt des menschlichen Zusammenlebens einen (fiktiven) Naturzustand, in dem es keinen Staat gab. Mit der Zeit entwickelte sich dieser hin zu staatlichen Strukturen, oft verbunden mit einer Klassengesellschaft. Aus heutiger Sicht mündeten die meisten Strukturen in einer demokratischen Gesellschaft. Diese zeichnet sich neben dem Fehlen unterschiedlicher Klassen auch durch die Einhaltung der Menschenrechte aus. In ihrer idealtypischen Ausprägung werden alle drei „Generationen“ von Menschenrechten (von den grundsätzlichen Freiheitsrechten über die bürgerlichen und wirtschaftlichen Grundrechte bis hin zu teilweise abstrakten Rechten der dritten Generation wie das Recht auf Entwicklung, Friede und unversehrte Umwelt) umgesetzt. Die gesellschaftliche Dialektik geht davon aus, dass mit dem Erreichen der angestrebten Rechte es auch zu einer Ausweitung dieser kommt.<sup>25</sup>

Die kurdische Bevölkerung ist durchwegs auf Staaten verteilt, in denen die Umsetzung der Grundrechte teils erhebliche Mängel aufweist. Sowohl geschichtlich als auch aktuell sind sie als Individuen und als Volk Druck und Ungleichbehandlung ausgesetzt. Die Grundrechte der dritten Generation - beispielsweise das Recht auf eigene Sprache – sind nur unzureichend umgesetzt.

Ein wesentliches Problem dabei ist, dass die Existenz von Kurden in diesen Staaten teilweise nicht anerkannt wird – ganz zu schweigen vom historischen (oder aktuellen) Kurdistan. Erst recht wird die kurdische Entität nicht in ihrer Gesamtheit und Komplexität anerkannt und behandelt.<sup>26</sup>

Um die aktuellen Probleme analysieren zu können, ist eine ganzheitliche Annäherung an das Kurdentum im Lichte der gesamten historischen und gesellschaftlichen Entwicklung notwendig. Es ist die Frage nach der Identität dieses Volkes zu stellen, das im Laufe seiner Geschichte immer wieder mit staatlichen Strukturen in Konflikt kam und sich von diesen distanzierte und dessen Existenz von den herrschenden Ethnien immer wieder verneint wurde:

---

<sup>25</sup> Vgl. Kandil, Sinan Şahin: Nationalismus. Deutschland, 2010, S.183.

<sup>26</sup> Ebd. S. 184.

Die Türken nennen sie „Bergtürken“, die Araber sprachen von „Jemen Arabern“ und die Perser sprachen nur von „unsereins“.

Betrachtet man die ethnische Entwicklung der Kurden, so stößt man zuerst auf den im Hitlerfaschismus vorherrschenden Eurozentrismus und einen postulierten westeuropäischen Ursprung der Kurden. Diese Annahme wurde jedoch verworfen: Ethnologische Untersuchungen und archäologische Funde und Vergleiche mit dem status quo legen nahe, dass sich das Volk der Kurden im Neolithikum im heutigen Siedlungsgebiet entwickelt hat.

Das Neolithikum (oder Jungsteinzeit) bezeichnet ein Zeitalter, das sich vor allem durch die Sesshaftwerdung und arbeitsteilige Gestaltung des Alltages auszeichnet. Als wesentlicher Antrieb wird dabei die Entwicklung der Landwirtschaft angenommen. In dieser Zeit kam es auch zur Entwicklung größerer Dorfgemeinschaften, jenseits der Gemeinschaften einzelner Sippen.

In Kleinasien herrschten am Übergang zum Neolithikum günstige Bedingungen. Dieses Gebiet wird als eurasische Wiege des Ackerbaus betrachtet (und verschiedene moderne Getreideformen lassen sich auf Urformen aus dieser Gegend zurückführen). In diesem Kontext ist auch der Übergang von der Sippengesellschaft zur Dorfgemeinschaft und die damit einhergehende Ausbildung einer neuen Gesellschaft in Kurdistan zu betrachten. Mit dem Übergang zum sesshaften Leben, zu Landwirtschaft und Viehzucht entwickelte sich eine bescheidene ökonomische Produktion und es entstanden (begünstigt durch die arbeitsteilige Gesellschaft) erste Formen von Töpferei, Weberei und Erzbau. Die Vorfahren der Kurden waren in dieser Epoche Urheber von Kultur und Sprache in der von ihnen besiedelten Gegend. Als neolithisches Volk teilen sie Eigenschaften mit anderen Kulturen, die ebenfalls auf diese Epoche zurückzuführen sind.<sup>27</sup>

Die neolithische Revolution stellt einen der größten Schritte in der Entwicklung der Menschheit dar. Sie erlaubte es, den engen Raum der Sippengesellschaften zu durchbrechen und bereitete den Weg zur Bildung großer Gemeinschaften und einer gesellschaftlichen Verwirklichung jenseits der Enge der Sippen.

Die „neolithische Revolution“ war kein einmaliges Ereignis. Vielmehr fasst der Begriff das Ergebnis eines langwierigen Prozesses zusammen, der analog an verschiedenen Stellen der

---

<sup>27</sup> Vgl. Kandil, Sinan Şahin: Nationalismus. S. 185.



Erde stattfand. Für den eurasischen Bereich war jene Entwicklung bestimmend und prägend, deren Beginn sich um etwa 12000 vor Christus auf das Gebiet des heutigen Taurus-Zagros-Gebirges zurückführen lässt – das zentrale kurdische Siedlungsgebiet. Diese hier entstandene neolithische Gesellschaft bildet den Kern, die Ethnizität der kurdischen Gesellschaft und begründet das geschichtliche Selbstverständnis. Diese neolithische Gesellschaft wird als prototypisch für die modernen Kurden betrachtet und spielt bei der Beleuchtung der kurdischen Geschichte eine Schlüsselrolle. Noch heute können Eigenschaften der neolithischen Gesellschaft bei den Kurden festgestellt werden.<sup>28</sup>

Obwohl es eine Reihe großer kurdischer Städte gibt, dominiert in der kurdischen Geschichte eine vom Leben im Dorf und am Land geprägte Lebensweise. Dies passt zum Bild einer in ihren Grundzügen und Ursprüngen neolithischen Gesellschaft, definiert sich doch das Neolithikum ganz wesentlich über die Entstehung der Landwirtschaft und die Bildung größerer Gemeinschaften. Die Einheit des Dorfes spielt in der Gesellschaft der Kurden eine wesentliche Rolle und dominiert die Lebensweise. Auch innerhalb des Dorfes spielen Blutsverwandtschaften (weiter) eine wesentliche Rolle und sind auch dafür verantwortlich, dass es zu keiner Klassenbildung in der Gemeinschaft kommt.

Eine Besonderheit vieler neolithischer Kulturen, und auch der kurdischen Gesellschaft, ist die dominierende Stellung der Frauen. Sie sind bei der Sesshaftwerdung und der Entwicklung des Ackerbaus die treibende und innovative Kraft. Davon zeugen beispielsweise die Gräber, die größer und besser angelegt sind als jene der Männer.

Das Neolithikum ist im Grunde eine Revolution unter Führung und Dominanz der Frau. Zwar war es Aufgabe der Männer, zu jagen und die Sippenfamilie gegen äußere Gefahren zu schützen. Ihre Rolle in der Gesellschaft war dennoch eine relativ schwache. Die Frauen waren bestimmend, und entsprechend wurden auch vorwiegend Göttinnen verehrt. Die bekannten Steinskulpturen stellen fast durchwegs Frauen dar. Die Sprache betont die weiblichen Elemente und zeigt gleichzeitig die kreative Seite der Frau. Bis heute blieb im Kurmanci Dialekt die feminine und maskuline Eigenschaft der Wörter erhalten. Wenn das Wort mit der Endung „a“ dekliniert wird, ist es weiblich, bei einer Deklination auf „e“ steht es für ein

---

<sup>28</sup> <http://milli.azbuz.ekolay.net/readArticle.jsp?objectID=5000000003907624> (05.12.2009).

männliches Wort. Trotz der gebietsabhängigen unterschiedlichen Verwendung der Sprache ist eine herrschende Rolle der weiblichen Elemente festzustellen.

Die tragende Rolle der Frau bei der Gesellschaftsbildung spiegelt sich auch heute noch in der starken Position der Frau in der kurdischen Gesellschaft wider – trotz der starken entgegengesetzten Einflüssen durch staatliche hierarchische Strukturen. Diese tragende Rolle erklärt sich nicht nur aus der dominierenden neolithischen Position, sondern aufgrund des zentralen Einflusses auf Bildung und Erziehung der Kinder und den damit entstehenden Einfluss auf die gesellschaftliche Entwicklung.<sup>29</sup>

## **1.6 Die Identität der Kurden**

Im Gegensatz zur landläufigen Meinung sind die Kurden nicht die größte ethnische Gruppe der Welt ohne eigenen Staat. Allein in Indien leben viele ethno-linguistische Gruppen wie die Telugu, Tamil, Maraha, Malayalam, Kanada und Bihari, die quantitativ größer als die Kurden sind. Dabei handelt es sich jedoch um autonome Gruppen, denen sämtlichen kulturellen Rechte innerhalb der föderalistischen Republik von Indien zugestanden werden. Wie die Kurden sind auch sie nicht unabhängig. Andererseits stellen die Kurden die größte ethnische Gruppe dar, die das zwanzigste Jahrhundert durchgehend in bewaffnete Konflikte verwickelt war. Es fand ein ständiger bewaffneter Widerstand der Kurden gegen die verschiedenen Staaten statt, auf die ihre Heimat aufgeteilt. Trotz seiner internen Verschiedenheit und heterogenen Struktur hat dieses gemeinsame Leid andere Faktoren fundamental ergänzt, die zu einem starken Nationalgefühl bei den Kurden führten und diese enger zusammenrücken ließ. Jenseits dieser starken gemeinschaftlichen Gefühle ist die Frage nach der Natur ihrer Gemeinschaft zu stellen und zu hinterfragen, ob die Kurden eine Nation oder ethnische Gruppe sind. Diese Frage muss dahingehend beantwortet werden, dass die Kurden - obwohl sie keinen eigenen Staat bilden – keine einfache ethnische Gruppe, sondern eine Nation darstellen.<sup>30</sup>

Denn die Ethnizität wird nicht als ein Element von Rasse, sondern in gesellschaftlichen Beziehungsrahmen wie Kultur, Sprache und Religion interpretiert. Die Begriffe Rasse und

---

<sup>29</sup> Vgl. Kandil, Sinan Şahin: Nationalismus. Deutschland, 2010, S. 189.

<sup>30</sup> Vgl. Izady, M. R.: Ein Handbuch Kurden. Istanbul, 2007, S. 321.

Ethnizität unterscheiden sich in der Kultur. Rasse bezeichnet die biologische Klassifizierung von Menschen, während Ethnizität Menschen nach kulturellen Unterschieden und ihrem Selbstverständnis als Gruppe mit eigener Identität klassifiziert.

Der Begriff Nation hingegen ist ein soziologisches Faktum, das im Laufe eines geschichtlichen Prozesses entsteht. Dieser Prozess wird von Faktoren wie Religion, Sprache oder Geographie sowie deren Wechselwirkungen untereinander bestimmt und mündet in der Entstehung einer Nation.

Dieser Pluralismus der Kurden kann nur dann umfassend betrachtet, wenn sie nicht nur als eine sekundäre ethnische Minderheit, sondern im Kontext ihrer innerlichen Verschiedenheiten als eine Nation betrachtet werden. Ethnische Gruppen werden von einer anderen Mehrheit nicht anhand ihrer internen Vielfalt, sondern aufgrund der ihnen eigenen vereinenden Strukturen von Sprache, Religion und Rasse unterschieden. Die Kurden bilden mit ihrer einzigartigen, unabhängigen und definierbaren nationalen Geschichte und Kultur eine mehrsprachige, multireligiöse und vielrassige Nation.<sup>31</sup>

Der Begriff Identität kann vereinfacht definiert werden als die Antwort von Menschen oder Gruppen auf die Fragen: „Wer sind Sie, von wem stammen Sie ab?“. Die Darstellung einer Gemeinschaft von Menschen und ihre Anerkennung als eigene Identität entsteht im Laufe der Geschichte. Diese Darstellung kann sowohl von der Gemeinschaft selbst als auch von anderen ausgehen. Unabhängig von der Anerkennung durch andere fühlt sich jeder Mensch auf irgendeine Art und Weise einer Identität zugehörig. Basierend darauf kann festgehalten werden, dass es heute verschiedene Identitäten gibt – türkische, kurdische und andere. Das, was heute als „Kurdenproblem“ bezeichnet wird, lässt sich als ein Problem des friedlichen Zusammenlebens dieser Identitäten zusammenfassen.

## **1.7 Zivilisationen und Kurden**

Im mesopotamischen Uruk entstand aus der voll ausgebildeten neolithischen Kultur heraus im vierten vorchristlichen Jahrtausend die erste sogenannte „Hochkultur“. Dieser erste Stadtstaat

---

<sup>31</sup> Izady, M. R.: Ein Handbuch Kurden. Istanbul, 2007, S. 324.

Uruk entwickelte eine dominante kulturelle und wirtschaftliche Stellung. Die „Uruk-Zeit“ löst die Obed-Zeit am Ende des späten Chalkolithikums (Kupfersteinzeit) ab. 32

Mit der Entwicklung der ersten Stadtstaaten kommt es zu einer Hierarchisierung der Gesellschaft, es entwickelt sich eine religiöse und politische Elite. Uruk ist durch eine Dominanz der Priesterschaft gekennzeichnet, die sich zu einem religiösen Königtum entwickelt.

Diese Bildung von Staaten führt auch zur Ausbildung der Staatsgewalt – einer Einheit, die das Gewaltmonopol beansprucht und die Autorität institutionalisiert. Gleichzeitig werden damit bestehende kommunale (neolithische) Strukturen der Gesellschaft aufgebrochen. Staaten zeichnen sich durch die Ausbildung interner Klassen und Eliten aus, die intern die Führung beanspruchen und gleichzeitig versuchen, den Herrschaftsraum nach außen auszudehnen.<sup>33</sup>

Gleichzeitig mit der Entstehung der ersten Staatsgebilde in Mesopotamien am Ende des vierten Jahrtausends vor Christus werden in Vorderasien erstmals jene Völker erwähnt, die als Vorfahren der Kurden gelten. Dies waren Stämme wie Hurriter, Subari, Lullu, Kassiten oder Kardu. Ethnisch haben diese Stämme wenig gemeinsam und weisen auch zu modernen Kurden nur eine sehr entfernte Verwandtschaft auf.<sup>34</sup>

Vorderasien gilt nicht nur als Wiege der modernen Zivilisationen. Es war auch immer (vor allem aufgrund der günstigen Umweltbedingungen) eine überaus umstrittenes Gebiet. Die entstandenen Staaten befanden sich praktisch ständig in einem Kriegszustand mit ihren Nachbarn, und oft genug waren auch interne Unruhen zu bewältigen.

Die Kurden waren dabei oft genug die Leidtragenden – entweder als äußeres Feindbild in den ständig umstrittenen bergigen Grenzregionen oder als Widerstand leistende Minderheit innerhalb eines Herrschaftsgebietes. Große Teile der vorderasischen Geschichte wurden von Kurden und ähnlichen Völkern stark beeinflusst. Die Sumerer und Assyrer gaben ihnen mit der Zeit unterschiedliche Namen – Hurriter, Guti, Kassiten, Mittani, Luren, Nairi, Uratäer und

---

<sup>32</sup> Kandil, Sinan Şahin: Nationalismus. Deutschland, 2010, S. 191.

<sup>33</sup> Ebd. S. 192.

<sup>34</sup> Lazarev, M.S. / Mihoyan, Ş.X. / Vasilyeva, E.I. / Gasratyan, M.A. / Jigalina, O.I.: Die Geschichte Kurdistans. Istanbul, 2001, S. 17.

Meder. Oft genug handelte es sich dabei aber um dieselben Völker oder Verallgemeinerungen (pars pro toto).<sup>35</sup>

Das bäuerlich-neolithische Bergvolk der Kurden befand sich in unmittelbarer Nähe der staatlichen Zivilisation der sumerischen Welt und ihrer späteren Nachfolger – dem Akkadischen, Babylonischen und Assyrischen Reich – und stand somit in regem Kontakt mit und in Widersprüchen zu diesen. Sie waren immer die erste Gemeinschaft, die bei einer Expansion den Angriffen dieser Staaten ausgesetzt waren, wogegen sie fast immer Widerstand leisteten. Die kurdischen Volksstämme (Aşiret) bestanden auf ihre Unabhängigkeit (untereinander waren sie nur durch lose Abkommen verbunden) und kämpften (gemeinsam) für ihre Unabhängigkeit. Dieser gemeinsame Widerstand war eine Grundlage der Bildung der gemeinsamen Ethnizität. Dabei nahmen sie nicht immer eine rein defensive Haltung ein, sondern griffen durchaus auch aktiv ihre Gegner an (meist begünstigt durch bestehende interne Schwächung dieser). Als Guti vollendeten sie den Niedergang des von Sargon gegründeten Akkadischen Staat. Als Mittani vernichteten sie im Zusammenschluss mit den Hethitern das Babylonische Reich. Als Urartäer leisteten sie gegen das Assyrische Reich heftigen Widerstand, und als Meder vernichteten sie in Allianz mit den Chaldäern das Assyrische Reich.<sup>36</sup>

Im zehnten Jahrhundert nach Christus verlor das byzantinische Reich soweit an Macht, dass es sich aus den kurdischen Gebieten bis nach Malatya zurückzog. Nach langen Kriegen zogen sich auch die Armenier gegen Norden zurück und die Seldschuken besetzten den Iran und die kurdischen Gebiete. Die Kurden waren in dieser Zeit in Form von Fürstentümern organisiert (das Kurd Ziyar Fürstentum, Seddadi Fürstentum, Büveyhogullari, Kakuveyh Fürstentum, Gor Fürstentum, Hursidogullari Fürstentum, Hamadi Fürstentum, das Klein- und Groß- Lor Fürstentum usw.) Nachdem die Seldschuken 1071 bei Manzikert (Malazgirt) gemeinsam mit einer Allianz aus Kurden siegreich gegen das byzantinische Reich kämpften, marschierten sie in Anatolien ein. Als sich ihre dortige Ansiedlung stabilisierten, gerieten die Kurden politisch unter den Einfluss der Seldschuken.

---

<sup>35</sup> Kandil, Sinan Şahin: Nationalismus. Deutschland, 2010, S. 192, 193.

<sup>36</sup> Vgl. Ebd.

1260 fielen die Hülägiden (Hülägü) in Vorderasien ein und verwüsteten weite Landstriche. Große Gebiete Kurdistans wurden zerstört, es fand eine Reihe von Massakern statt.<sup>37</sup> Das Reich der Hülägiden währte nur kurz; im 14. Jahrhundert zerfiel es wieder.

Für die spätere kurdische Entwicklung von großer Bedeutung war der Konflikt zwischen Osmanen und der Safawidische Dynastie Persiens ab dem sechzehnten Jahrhundert. Die Auseinandersetzungen dauerten mehrere Jahrhunderte und die Grenze zwischen den beiden Staaten änderte sich immer wieder nach Kriegserfolgen. Damit wechselten die kurdischen Städte laufend zwischen den beiden Staaten. Im Abkommen von Kasr-i Sirin im Jahre 1639 wurde die Grenze zwischen den beiden Reichen in etwa so gestaltet, wie sie auch heute noch vorzufinden ist (wegen des Aufstands von Ağrı in den Jahren 1927 bis 1931 wurde die Grenze teilweise geändert).<sup>38</sup> Mit diesem Abkommen wurde die heute noch existierende Aufteilung von Kurdistan zum ersten Mal offiziell. Obwohl es nach diesem Abkommen noch viele Kriege zwischen den Osmanen und dem Iran gab, wurde später bei der Festlegung des Grenzverlaufes immer wieder auf dieses Abkommen von Kasr-i Sirin zurückgegriffen.

Die Kurden haben auch im Laufe dieses Konfliktes die Rolle einer Pufferzone gespielt, die zerstörenden und zerschlagenden Folgen des Kriegs intensiv erlebt und waren von einem Zusammenschluss weit entfernt. Sie wurden zwischen imperialistischen Zielen der beiden großen Reiche aufgerieben, der Krieg fand vollständig in Kurdistan statt. Daneben spielte auch eine wichtige Rolle, dass die herrschende kurdische Klasse keine echte Einheit darstellte und nur in ihrem eigenen Interesse handelte.

## **1.8 Osmanen und Kurden im 19. Jahrhundert**

Im Laufe des achtzehnten und neunzehnten Jahrhunderts kam es zu einer Reihe historisch wichtiger Ereignisse, die direkt oder indirekt die kurdische Geschichte beeinflusst haben. Um die allgemeine Lage der Kurden in diesem Jahrhundert zu verstehen, muss man auf die Entwicklungen im Osmanischen Reich, das damals über den größten Teil Kurdistans

---

<sup>37</sup> Vgl. Kandil, Sinan Şahin: Nationalismus. Deutschland, 2010, S.199.

<sup>38</sup> Ebd. S. 200.

herrschte, näher eingehen, die später auch zum Kurdenproblem des zwanzigsten Jahrhunderts führten.

Nachdem der Vormarsch der Osmanen in Europa mit der erfolglosen Belagerung von Wien 1643 geendet hatte, konzentrierten sie sich darauf, die existierenden Grenzen und Territorien zu verteidigen. Die Periode des Territorialverlusts begann mit dem Abkommen von Karlowitz 1699, bei dem Ungarn als Ergebnis der Niederlagen gegen Österreich verloren wurde. Danach kam es über zwei Jahrhunderte immer wieder zu Kriegen zwischen Osmanen und Russen, als die Russen zu Beginn des achtzehnten Jahrhunderts zu großer Macht aufstiegen: In hundertfünfzig Jahren wurden sechs Kriege geführt (1768, 1787, 1828, 1853, 1877 und 1914). Dies fiel in eine Zeit, als bei vielen Völkern unter dem Einfluss der französischen Revolution starke nationalistische und separatistische Tendenzen zutage traten. Das Osmanische Reich selbst wurde immer schwächer und wurde schließlich im neunzehnten Jahrhundert gemeinhin als „der kranke Mann am Bosphorus“ bezeichnet. Mitte des neunzehnten Jahrhunderts besetzten die Russen die Halbinsel Krim und Kaukasien. Serbien erhielten eine weitgehende Autonomie und schließlich die Unabhängigkeit, Griechenland wurde eigenstaatlich und Rumänien wurde zu einem autonomen Fürstentum.<sup>39</sup>

Beginnend mit der Ägyptischen Expedition Napoleons 1798 verfolgte das Osmanische Reich das ganze neunzehnte Jahrhundert hindurch eine Gleichgewichtspolitik in der Außenpolitik – zuerst von 1798 bis 1878 mit Fokus auf England, später mit Hauptaugenmerk auf Deutschland.<sup>40</sup> Diese beiden Länder ihrerseits sahen im Nahen Osten, besonders in der Osttürkei und im Westiran, Russland als den gefährlichsten Gegner und planten ihre immer gegen die Interessen von Russen. Dies führte aber gleichzeitig dazu, dass dies auch den Interessen der Kurden zuwider lief, weil diese ihre Interessen durch die Russen vertreten sahen.

1808 gelangte Mahmud II an die Macht. Während seine Herrschaft außenpolitisch durch Gebietsverluste gekennzeichnet war (beispielsweise der Autonomie Griechenlands), ging er innenpolitisch als Reformers in die Geschichte ein. Er versuchte, ein modernes und zentralistisches Staatswesen nach westlichem Vorbild und eine moderne Armee

---

<sup>39</sup> Vgl. Kandil, Sinan Şahin: Nationalismus. Deutschland, 2010, S. 203.

<sup>40</sup> Lazarev, M.S. / Mihoyan, Ş.X. / Vasilyeva, E.I. / Gasratyan, M.A. / Jigalina, O.I.: Kürdistan Tarihi. Istanbul, 2001, S. 109.

aufzustellen.<sup>41</sup> Genauso wie Selim III und Mehmed Ali Pascha von Ägypten sah Mahmud II die Gründung einer starken Armee als Grundlage für einen starken Staat. Er setzte radikale strukturelle Veränderungen durch. So löste er beispielsweise die Janitscharen, die Elitetruppe des Sultans, auf. Diese gewaltsame Auflösung ging als „wohltätiges Ereignis“ in die Geschichte ein.

Mit dem „Bündnisvertrag“ kam es zu einem Umbau des landwirtschaftlichen Systems im Osmanischen Reich. Dieses hatte zuvor auf einer Landverteilung in Form von Lehensgütern beruht („Timar-System“). War das Land zuvor jeweils nur auf Lebenszeit an einen Lehensinhaber vergeben, der von der Vergabe an Bauern lebte, ging das Land mit der Reform in staatlichen oder privaten Besitz über. Damit einher ging auch eine Stärkung der Gemeindeverwaltungen, der „Ayan“, gegenüber dem Staat. Wenn Mahmud II auch bemüht war, die zentrale Rolle und Autorität des Staates zu stärken, so gelang ihm das in weiten Bereichen nicht.<sup>42</sup> Zur Erreichung dieses Ziels ließ er Aufstände und Autonomiebestrebungen grausam unterdrücken und versuchte, jeglichen Widerstand gegen die zentrale Autorität und damit letztlich gegen den Sultan schon im Keim zu ersticken. Er versuchte, die verbliebenen Gebiete noch stärker an die Zentralregierung zu binden. So kam es auch zu einer starken direkten Machtausübung in Kurdistan und den Verlust errungener Eigenständigkeit.

Für die Kurden begann mit der Zentralisierungsbestrebung der Osmanen im neunzehnten Jahrhundert eine neue Ära. Die Osmanen versuchten, die ökonomische und politische Schwäche unter anderem durch einen innenpolitischen Fokus auf Kurdistan zu kompensieren. Nach dem Zerfall von Fürstentümern gelang es jedoch nicht, sie durch eine neue Autorität zu ersetzen. Kurdistan verwarloste, und es kam zu Konflikten zwischen den Aşirets. Es waren schließlich die Scheiche, die eine den Volksstämmen übergeordnete Position einzunehmen vermochten, von weiten Bereichen der Bevölkerung akzeptiert wurden und es schafften, die Gesellschaft aus diesem Chaos zu befreien.

Die Scheiche steigerten mittels ihrer Anhänger in kurzer Zeit sowohl ihre religiöse als auch politische und ökonomische. In der Grundhaltung der Kurden nahmen sie eine geistige Monopolstellung ein. Mit dem Aufstand von Scheich Ubeydullah wurde die politische Macht

---

<sup>41</sup> Kandil, Sinan Şahin: Nationalismus. Deutschland, 2010, S. 206.

<sup>42</sup> Vgl. <http://milli.azbuz.ekolay.net/readArticle.jsp?objectID=5000000003907624>  
(05.12.2009)



des Scheichtums als Institution deutlich. Dieser Aufstand, der auch eine nationalistische Komponente beinhaltete, wurde unter der Führung der Nakschibendi-Tariqa („Nakschibendi-Orden“) organisiert. Vom Aufstand von Scheich Ubeydullah bis zum Aufstand von Scheich Said gab es bei vielen Aufständen eine Führerschaft der Nakschibendi-Tariqa, er gewann in weiten Gebieten einen sehr großen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Einfluss. Dieser politisch aktive Tariqa wurde später von den Osmanen und Türken instrumentalisiert, um Einfluss in Kurdistan zu gewinnen. Er wurde von diesen für ihre Zwecke genutzt und (speziell nach 1945) für eine stärkere Bindung der Kurden an den Staat eingesetzt, wobei er sich besonders an die religiösen Gefühle der Kurden wandte.<sup>43</sup>

Ein anderer wesentlicher Faktor bei diesem Aufstand war, dass er während des Kriegs von 1877 bis 1878 zwischen Osmanen und Russen stattfand. Er ist auch als Reaktion darauf zu verstehen, dass als Folge dieses Krieges den Armenier eine vermehrte Autonomie zugestanden wurde und die Gefahr entstand, dass kurdischen Gebiete verloren gehen.

Das neunzehnte Jahrhundert stellt für Kurden und Osmanen eine wichtige Periode dar. Für die Osmanen ist es ein Jahrhundert von Reformvorhaben und strukturellen Öffnungen, die aber zu spät kamen, um den Niedergang abzuwenden. Für die Osmanen ist es ein Jahrhundert des Chaos. Dem osmanischen Reich wurde jeglicher Wille und Initiative entzogen, es wirkte ratlos und von allen Seiten übervorteilt. Diese schwache Lage der Osmanen bildet auch die Grundlage für die Probleme der Kurden. Am Ende dieses Jahrhunderts voller Aufstände und Unterdrückung wurden die ältesten Völker der Geschichte fast ausgelöscht.

## **1.9 Die ersten kurdischen Aufstände**

Im neunzehnten Jahrhundert kam es zu einer Reihe kurdischer Aufstände:<sup>44</sup>

- Der Babanzade Abdurrahman Pascha Aufstand (1806-1808)
- Der Babanzade Ahmed Pascha Aufstand (1812)
- Der Aufstand des Kör Mehmed Pascha (1830-1834)

---

<sup>43</sup> Vgl. V. Bruinessen, Martin: Kürdistan Üzerine Yazilar. Istanbul 2008, S. 44.

<sup>44</sup> Toplu, Abdülhadi: Tarih İçinde Anadolu Sakinleri ve İsyenlar-Ayaklanmalar. Ankara, 1996, S. 328, 329.

- Der Garzani Kurden Aufstand (1830)
- Der Yezidi Aufstand (1830-1833)
- Der Aufstand der Bedirhan (1831-1845)
- Der Aufstand des Sherif Ahmed Han (1834)
- Der Babanzade Abdurrahman Pascha Aufstand (1860)
- Der Bedirxan Osman und Hüseyin Pascha Aufstand (1877)
- Der kurdische Scheich Ubeydullah Nehri Aufstand (1880)
- Die Abdullah Pascha Operation (1881)
- Der Bedirxan Emir Alp Aufstand (1889)

Die kurdischen Aufstände entstanden mit der Veränderung in der osmanischen Staatsorganisation. Der erste große Aufstand war die Rebellion des Babanzade Abdurrahman Pascha zwischen 1806 und 1808 gegen den neu ernannten Gouverneur.<sup>45</sup>

Der zweite große Aufstand in dieser Periode war die Rebellion des Botan Volksstammes unter Bedirxan Beg gegen die Auflösung der Janitscharen und diesteigende Zentralisierung in der Zeit von Mahmud II. Der Aufstand des kurdischen Scheichs Ubeydullah Nehri im Jahre 1880 war für die Aufstände in der Zeit der Republik ein Vorbild und wird von Seiten kurdischer nationalistischer Autoren als der erste große kurdische Aufstand angesehen.

Bei den kurdischen Aufständen im neunzehnten Jahrhundert ging es in den meisten Fällen um die Interessen einzelner Volksstämme. Sie wollten, dass ihnen Souveränität zugestanden wurde, oder leisteten Widerstand gegen die Steuerpolitik des Reichs oder dagegen, dass Soldaten für die neue Armee gebraucht wurden. Alle diese Aufstände wurden von der zentralen Autorität niedergeschlagen, bevor sie sich ausbreiten konnten.<sup>46</sup>

## **1.10 Kurden in und nach der Verfassungsperiode**

Vor und während der Verfassungsmonarchie von 1908 erlebten die Völker im osmanischen Reich ein pränationalistisches Erwachen.<sup>47</sup> Unter den liberalen Bedingungen der

<sup>45</sup> Çay, Abdülhaluk, Her Yönüyle Kürt Dosyası. Ankara, 1996, Turan Kültür Vakfı Yayınları, S. 84.

<sup>46</sup> Alakom, Rohat: Kürt Örgütlenme Tarihi, Tarih ve Toplum. S. 19, 21.

<sup>47</sup> Beşikci, İsmail: Resmi Tarih Tartışmaları 6. İstanbul, 2009, S. 271.

Verfassungsperiode gründeten die Kurden die „Gesellschaft der kurdischen Solidarität“. Obwohl die Dissidenten und Intellektuellen der Osmanen sich im Ausland organisierten, kamen die kurdischen Intellektuellen in Istanbul, der Hauptstadt des Reichs zusammen und organisierten sich ab dem Ende des neunzehnten Jahrhunderts in verschiedenen Vereinen und mit Hilfe von Zeitschriften. Die Kurden nutzten die günstigen Bedingungen der zweiten Verfassungsperiode und schufen viele Gesellschaften und Presseorgane.

Vor der 1923 gegründeten Organisation Azadi („Freiheit“), gab es keine Organisation mit Zentrum in Kurdistan. Andere Organisationen hatten ihr Zentrum meistens in Istanbul und bestenfalls Niederlassungen und Sektionen in Kurdistan. Unter der Bezeichnung Aşiretschulen wurden die Kinder von kurdischen Aşirets nach Istanbul gebracht, systemkonform erzogen und ihre systemgefährdenden Eigenschaften wurden „entschärft“, sodass sie abhängig von der Staatsmacht waren und keine Gefahr für das Reich darstellten. Dabei spielte eine wichtige Rolle, dass sich die kurdische intellektuelle Schicht in der Hauptstadt sammelte.<sup>48</sup> Neben den aus diesen Kreisen hervorgehenden Intellektuellen sammelten sich auch noch viele andere gebildete Kurden in Istanbul, wo es zur Gründung von Zeitschriften oder Vereinen im Namen des Kurdentums kam.

Die Gründung der ersten kurdischen Organisationen fällt mit der Verfassungsperiode zusammen. Vor der Verfassungsmonarchie rund um 1900 wurde die Kurdistan Azm-i Kavi Gemeinschaft („Gemeinschaft der starken Willenskraft Kurdistans“) gegründet. Die erste effektivere Organisation in der Verfassungsperiode war die „kurdische Solidaritäts- und Fortschrittsgemeinschaft“ (Kürt Teavün ve Terakki Cemiyetleri). Diese Gemeinschaft war kaum geeignet, das kurdische Volk zu repräsentieren, da sie überwiegend aus Aristokraten bestand und in organisierter Form nur in Istanbul auftrat. Ihre Grundhaltung entsprach jener des Osmanismus, sie war dem Sultan treu. Ihre Mitglieder waren größtenteils Bürokraten und Offiziere. Aufgrund interner Problemen und des Drucks der jungtürkischen Partei „Einheit und Fortschritt“ (İttihat ve Terakki) wurde sie 1912 aufgelöst. Folgende kurdische Organisationen wurden in dieser Periode gegründet:

- Gemeinschaft der starken Willenskraft Kurdistan (Kürdistan Azmi Kavi Cemiyeti) (1900)

---

<sup>48</sup> Beşikci, İsmail: Resmi Tarih Tartışmaları 6. İstanbul, 2009, S. 271.

- Kurdische Solidaritäts- und Fortschrittsgemeinschaft (Kürdistan Teavün ve Terakki Cemiyeti) (1908)
- Gemeinschaft für die Ausbreitung der kurdischen Bildung (Kürt Nesr-i Maarifi Cemiyeti) (1910)
- Gemeinschaft der Zusammenarbeit Kurdistans (Kürdistan Teşrik-i Mesai Cemiyeti) (1912)
- Hoffnung - kurdische Gemeinschaft für StudentInnen (Hevi-Kürt Talabe Cemiyeti) (1912)
- Gemeinschaft der Freunde Kurdistans (Kürdistan Muhiban Cemiyeti) (1912)
- Gemeinschaft der legalen Arbeit Kurdistans (Kürdistan Teşri-i Mesai Cemiyeti) (1912)
- Gemeinschaft für die Ausbreitung der kurdischen Wissenschaften und Veröffentlichungen (Kürt Tamim-i Maarif ve Neşriyat Cemiyeti) (1918)
- Komitee der Freiheit Kurdistans (Kürdistan Istiklal Komitesi) (1918)
- Gemeinschaft des Fortschritts Kurdistans (Kürdistan Teali Cemiyeti) (1918)
- Gemeinschaft des Aufstiegs der kurdischen Frauen (Kürt Kadınları Teali Cemiyeti) (1919)
- Gemeinschaft der kurdischen gesellschaftlichen Organisation (Kürt Teşkilat-ı İçtimaiye Cemiyeti)
- Partei der kurdischen Nation (Kürt Millet Fırkası)
- Gemeinschaft Kurdistans (Kürdistan Cemiyeti) (1920)
- Gemeinschaft für ein freies Kurdistan (Azadi) (1923)
- Xoybun (1927)<sup>49</sup>

Die Friedensprinzipien, die aus 14 Grundsätzen bestanden und am 8. Jänner 1918 vom Präsident der Vereinigten Staaten, Woodrow Wilson, vorgelegt wurden, wurden zur primären Referenz. Der 12. Grundsatz lautet: „Es wird für den kurdischen Teil des osmanischen Reichs eine sichere Souveränität geschaffen, und den anderen Nationen, die immer noch unter seiner Herrschaft stehen, garantierte Lebenssicherheit und ein absolut unantastbare autonome Entwicklungschance angeboten“. Die Gemeinschaft des Fortschritts Kurdistans (Kürdistan Teali Cemiyeti) wurde Dezember 1918 gegründet, um die Rechte der Kurden zu sichern, wie

---

<sup>49</sup> Kandil, Sinan Şahin: Nationalismus. Deutschland, 2010, S. 226.

sie auch in den Prinzipien von Wilson formuliert wurden. Der Zweck der Gemeinschaft war: *„Aktivitäten für den materiellen und ideellen Fortschritt und den Aufstieg von Kurdistan durchzuführen und Untersuchungen über die islamische Bildung sowie die mentalen und geistigen Eigenschaften der kurdischen Nation zu umzusetzen“*.<sup>50</sup>

Scherif Pascha, der damals in Paris diplomatische Aktivitäten im Namen der Kurden durchführte, bemühte sich erfolgreich darum, vor dem Friedensabkommen von Sèvres einen gemeinsamen Text mit den Vertretern der Armenier vorzubereiten, denen damals politisch eine größere Bedeutung zukam als den Kurden. Diese Bemühungen von Scherif Pascha wurden auch von der Gemeinschaft des Fortschritts Kurdistans unterstützt.

Obwohl es zahlreiche unterschiedliche Grundrichtungen innerhalb dieser Gesellschaft gab, sind zwei als wesentlich zu nennen. Die erste war die Gruppe, in der auch Seyit Abdülkadir mitarbeitete und die für den Kampf und Schaffung der Rechte von Kurden innerhalb des Osmanischen Reiches argumentierte. Die zweite Gruppe wurde von Kamuran Bedirxan angeführt und setzte sich für einen unabhängigen kurdischen Staat ein. Diese zweite Gruppe trennte sich später von der Gesellschaft und formierte sich neu unter den Namen Teskilat-i İctimaiye („soziale Organisation“).<sup>51</sup>

## **2. KAPITEL: DER ERSTE WELTKRIEG UND DIE KURDEN**

### **2.1 Die Kurden im Ersten Weltkrieg**

Das kurdische Volk war eines der Opfer dieser ersten globalen Katastrophe des zwanzigsten Jahrhunderts. Kurdistan und seine Nachbarländer wurden zu einer Arena militärischer Operationen. Für die Völker in der Region kam es zu massiven materiellen Schäden. Alle Akteure im Krieg versuchten, die Kurden im Osten der Türkei, im Westen des Iran und im Irak für ihre Interessen auszunützen. Das führte in der Region zu Anarchie und ethnisch bedingten Bürgerkriegen und zu unbeschreiblichen Leiden in der Bevölkerung.

---

<sup>50</sup> Vgl. Kandil, Sinan Şahin: Nationalismus. Deutschland, 2010, S. 227.

<sup>51</sup> Ebd. S. 229.

Während des Krieges, der vier Jahre dauerte, folgten manche Kurden den Aufrufen und Anforderungen des Kalifen zur Beteiligung am Krieg. Aber der Großteil der Kurden, insbesondere diejenigen, die in Südkurdistan und in der Region Dersim wohnten, lehnte es ab zu kämpfen. Manche kurdischen Volksstämme im Norden kämpften auf der Seite der Russen gegen die Osmanen. Manche reiche und intellektuelle Kurden entzogen sich der Einberufung zum Militär (zum Beispiel durch Bestechung), andere flohen nach Russland.<sup>52</sup> Während des Kriegs bemühten sich die Russen um eine Allianz mit den Kurden. Das führte zu engeren Beziehungen zwischen Russen und Kurden. Die Russen versuchten, das kurdische Volk über die Fürstentümer zu erreichen. Scheich Abdülkadir schloss mit den Russen eine Vereinbarung unter der Voraussetzung, dass den Kurden Autonomie zugestanden würde. Die Kurden wurden dazu aufgerufen, nicht gegen die Russen zu kämpfen. Kurz nach Beginn des Kriegs verließen viele kurdische Soldaten die osmanische Armee.<sup>53</sup> Aber nach Jwaideh („Geschichte des kurdischen Nationalismus“) standen die Kurden den Türken zu nahe, als dass sie sich aus dem Krieg heraushalten hätten können. Jedoch kämpfte eine kleine kurdische Gruppe im Exil weiter für ein unabhängiges Kurdistan und kämpfte gemeinsam mit den Engländern und Russen gegen die Osmanen.<sup>54</sup>

Die Kurden trugen zu den Bemühungen des osmanischen Reichs um den Krieg nicht viel bei. Sie wollten nicht für Fremdinteressen kämpfen. Manchmal führte die Unzufriedenheit der Kurden in der türkischen Armee mit dem Krieg zu offenen Protesten. Die elitären kurdischen Führer (Abdürezak, Yusuf Kamil Bedirxan und noch andere) riefen die Kurden dazu auf, die Seite zu wechseln und die Waffen gegen die Türken zu richten. Seit den ersten Tagen des Kriegs wurden die Ablehnung der Regierung immer stärker. In Folge dessen marschierte die russische Armee in Anatolien ein und annektierte 1915 die Regionen bis Van. Die militärische und politische Diktatur, die in der ganzen Türkei und besonders in Kriegsregionen herrschte, konnte die Bewegungen des kurdischen Volks gegen die Regierung nicht verhindern. In Bohtan, der Musch-Ebene, Dersim und anderen Orten kam es zu kurdischen Aufständen.<sup>55</sup>

---

<sup>52</sup> Chaliand, Gerard: A People Without a Country. New York, 1993, S. 29, 30.

<sup>53</sup> Ahmed ,Kemal Mahza: Birinci Dünya Savası Yıllarında Kürdistan. Ankara, 1992, S. 36, 37.

<sup>54</sup> Jwaideh, Wadie: Kürt Milliyetçiliğinin Tarihi. Istanbul, 2007, S. 257.

<sup>55</sup> Vgl. Lazarev, M.S. / Mıhoyan, Ş.X. / Vasilyeva, E.I. / Gasratyan, M.A. / Jigalina, O.I.: Kürdistan Tarihi. Istanbul, 2001, S. 186.

Im Frühling 1915 begingen die türkischen Behörden einen Völkermord an den Armeniern, bei dem die Armenier in Konzentrationslager in Syrien und Mesopotamien deportiert wurden. Man glaubt heute, dass 1,5 Millionen Armenier starben.<sup>56</sup> Während dieser und den folgenden Operationen im Osten der Türkei (die historischen Regionen von Westarmenien und Kurdistan) wurde das gesamte armenische Volk gezielt einer radikalen ethnischen Säuberung unterzogen.

Die Kurden von Dersim unter der Führung von Aliser kooperierten während des Krieges mit Russen und Armeniern. Sie trafen mit dem russischen Kommandanten Lahof und armenischen Kommandanten Murad Pascha einen Kompromiss über eine vorübergehende politische Regierung unter kurdischer Herrschaft. Aber nach der Oktoberrevolution 1917 zogen sich die Russen zurück.<sup>57</sup>

Im Jahre 1916 war auch Yusuf Kamil Bedirxan in Kontakt mit den Russen in Tibilis. Während der Besetzung in der Nachkriegszeit arbeiteten Abdürrezak und Kamil Bedirxan als Gouverneure im Namen der Russen in Erzurum und Bitlis. Es wird behauptet, dass Abdürrezak Bedirxan, einer der wichtigsten Vertreter des kurdischen Nationalismus in der Nachkriegszeit, in Mosul von Türken vergiftet wurde.<sup>58</sup> Kamil Bedirxan spielte außerdem bei den Beziehungen zwischen Armeniern und Kurden eine wichtige Rolle. Am 28. Jänner 1818 traf er sich mit Oberst Chadigny, dem französischen Attaché in Tibilis in Kaukasien und dem Vorstand des armenischen nationalen Komitees Aharonyan. Die beiden trafen eine Vereinbarung, nach der die Kurden und Armenier sich gegen die Türken zusammenschließen sollten. Diese schriftliche Vereinbarung befindet sich in den französischen Archiven.<sup>59</sup>

Ein anderer kurdischer Führer mit Kontakten zu den Russen war Seyit Taha. Nach den offiziellen Berichten der Engländer war Seyit Taha nicht nur ein Freund der Russen, sondern auch eine potentielle Marionette für den unabhängigen kurdischen Staat unter dem Schutz Russlands. Die Russen misstrauten ihm jedoch wegen seiner Beziehungen zu den Deutschen.<sup>60</sup> Ein Forscher, der die Beziehungen zwischen Russen und Kurden während des

---

<sup>56</sup> Vgl. <http://www.hurriyet.com.tr/planet/14008309.asp> (05.03.2010).

<sup>57</sup> Zekeriya, Yıldız: Kürt Gerçeği Olaylar Oyunlar Cözümler. Istanbul, 1992, S. 221.

<sup>58</sup> Jwaideh, Wadie: Kürt Milliyetçiliğinin Tarihi. Istanbul, 2007, S. 258.

<sup>59</sup> Ebd. Vgl. S. 259.

<sup>60</sup> Zekeriya, Yıldız: Kürt Gerçeği Olaylar Oyunlar Cözümler. Istanbul, 1992, S. 225.

Ersten Weltkriegs anders interpretiert, ist Dowall: Obwohl es so scheint, dass die Kurden und die Russen enge Beziehungen hatten, handelten die Russen den Kurden gegenüber nie ehrlich, weil die Interessen der Kurden mit den Interessen der Armenier kollidierten. Um das osmanische Reich zu schwächen, unterstützte Russland sowohl die Bewegungen der Kurden als auch jene der Armenier. Aber in Wirklichkeit waren sie weder an einer Souveränität der Kurden noch an einer der Armenier interessiert, weil sie Ostanatolien für sich selbst wollten.<sup>61</sup>

General N. N. Baratov stieß im Frühling 1916 nach Süden vor und zerstörte endgültig die deutsch-türkische Front im Iran. In Folge dessen unterstanden alle Kurden im Iran der russischen Regierung. 1917 besetzten die Russen ganz Ostkurdistan und einen großen Teil von Nord- und Westkurdistan. Die russische Regierung und Militärführung stand vor der Frage der Zukunft Kurdistans.<sup>62</sup>

Nach der bolschewistischen Revolution gaben die Russen drei geheime Abkommen der alten Regierung preis. Eines davon war das Sykes-Picot-Abkommen. Die Preisgabe dieses Abkommens führte dazu, dass das Vertrauen der Kurden gegenüber den Kriegsmächten stark abnahm<sup>63</sup> Die geheimen Gespräche für das Sykes-Picot-Abkommen begannen im Herbst 1915 und bestanden im März 1916 unter Teilnahme des russischen Außenministers Sazonov fort. Nach diesem Abkommen sollten Mesopotamien, Syrien, der Iraq und Ost- und Südostanatolien unter Engländern, Franzosen und Russen aufgeteilt werden<sup>64</sup>: Mesopotamien wurde den Engländern, Mosul den Franzosen überlassen. Unter den Voraussetzungen dieses Abkommens wurde die Vision von einem unabhängigen kurdischen Staates immer unrealistischer.

Im Ersten Weltkrieg verlor das osmanische Reich sehr viel an Macht und wurde in seinen Grundfesten erschüttert. Daraus ergab sich eine große Gelegenheit für die Kurden, und die Ausbreitung des kurdischen Nationalismus wurde vorangetrieben.

---

<sup>61</sup> Vgl. Dowall, David Mc: A Modern History of the Kurds. London, 2004, S. 124.

<sup>62</sup> Lazarev, M.S. / Mihoyan, Ş.X. / Vasilyeva, E.I. / Gasratyan. M.A. / Jigalina, O.I.: Kürdistan Tarihi. Istanbul, 2001, S. 190.

<sup>63</sup> Dowall, David Mc: A Modern History of the Kurds, London, 2004, S. 117.

<sup>64</sup> Vgl. Perinçek, Doğu: Kurtulus Savaşında Kürt Politikası. Istanbul, 1999, Kaynak Yayınları, S. 24.



Im letzten Jahr des Weltkriegs schafften es die Türken, sich wieder im iranischen Kurdistan anzusiedeln. Nach dem Abkommen von Brest-Litovsk zogen die Bolschewiken die russischen Soldaten zurück. Dieser Prozess wurde im April 1918 vollendet. Die Türken nutzten das aus und besetzten am 14. Juni 1918 Tabriz. So wurde die Besetzung des Nordens des iranischen Kurdistans und des iranischen Aserbaidschans vollendet.<sup>65</sup>

Am 30. Oktober 1918 wurde das Waffenstillstandsabkommen von Mudros unterzeichnet, das gleichzeitig die endgültige Kapitulation des osmanischen Reichs bedeutete. Zwölf Tage später kapitulierte auch Deutschland. Damit endete der Erste Weltkrieg und damit auch eine wichtige Periode in der Geschichte der Kurden und von Kurdistan.<sup>66</sup>

## **2.2 Die Situation nach dem Ersten Weltkrieg**

Nach dem Ersten Weltkrieg wirkten die kurdischen Nationalisten einige Zeit richtungslos. Sie hatten weder einen konkrete politische Ziele noch ein Mittel, um solche umzusetzen. Da die politischen Akteure nach außen hin immer noch die Souveränität der Kurden forderten, wichen sie von den Zielen des Osmanismus ab.<sup>67</sup>

Dem niederländischen Forscher Bruinessen zufolge gab es unter den Kurden keinen Konsens über Autonomie. Die Kurden wurden zu dieser Zeit als stärker nationalistisch wahrgenommen als sie tatsächlich waren. Verschiedene soziale Schichten, vor allem Aristokraten, Bürokraten und die urbane Mittelklasse, verstanden den Begriff Autonomie unterschiedlich und begannen im Laufe der Zeit ihre Unabhängigkeitsforderungen unterschiedlich zu artikulieren. Verschiedene Personen und Gruppen, inklusive der Führer der Volksstämme und der Scheiche, beanspruchten auch die Führung in einem unabhängigen Kurdistan für sich und nahmen Kontakt mit äußeren Akteuren auf, um ihre Position in diesem Sinne zu stärken. Für viele davon bedeutete Nationalismus nichts anderes als die Steigerung der eigenen politischen und ökonomischen Macht.<sup>68</sup> Die wichtigste Auswirkung des Ersten Weltkriegs auf die Kurden

---

<sup>65</sup> Vgl. Lazarev, M.S. / Mihoyan, Ş.X. / Vasilyeva, E.I. / Gasratyan, M.A. / Jigalina, O.I.: Kürdistan Tarihi. Istanbul, 2001, S. 195.

<sup>66</sup> Ebd. S. 198.

<sup>67</sup> Lazarev, M.S.: Emperyalizm ve Kürt Sorunu (1917-1923). Ankara, 1998, S. 98.

<sup>68</sup> Vgl. Kurubas, Erol: Kürt Sorununun Uluslararası Boyutu ve Türkiye, Ankara, 2004, S. 28.

war, dass sich nach der Zerstörung im Krieg die intellektuellen Kurden im Westen mit den traditionellen und religiösen Gruppierungen und den Anhängern der Kalifen unter den Kurden im Osten solidarisierten und sich mit diesen koordinierten. Die vom Krieg verursachte Katastrophe brachte die westlichen urbanen Kurden und die östlichen Scheiche und Volksstämme zusammen. Ähnliche, sogar stärkere Einheits- und Solidaritätsgefühle als in der Zeit der Hamidiye Aufmärsche entstanden nach dem Ersten Weltkrieg zwischen den westlichen und östlichen Kurden.

Verschiedene kurdische Akteure, die früher nur ihre Eigeninteressen verfolgten und in verschiedenen Abhängigkeiten und Beziehungen standen, verbündeten in der Nachkriegszeit für ein unabhängiges oder zumindest autonomes Kurdistan. Ebenso wie die Anzahl der verschiedenen Personen und Gruppen in der Bewegung waren auch die Ursachen für die Beteiligung und die Zwecke dieser Akteure unterschiedlich: Darunter fanden sich beispielsweise Gruppen, die am armenischen Völkermord teilgenommen und Angst vor einer Strafe hatten oder alte Mitglieder der Partei für Einheit und Fortschritts (İttihat ve Terakki), die sich im Dissens mit der Mehrheit der Partei befanden, Beauftragte der Armee oder arabische Nationalisten, die die Kurden im arabischen Staat aufnehmen wollten, dessen baldige Gründung sie planten.<sup>69</sup>

Weil das osmanische Reich sich nach dem Ersten Weltkrieg im Auflösungsprozess befand, konnten sich bei den Kurden – wie bei den anderen Minderheiten des Staates – Unabhängigkeitsbestrebungen ausbreiten. Der kurdische Nationalismus, insbesondere die Idee eines kurdischen Staates, wurde während der Auflösung des osmanischen Reichs zur bestimmenden politischen Idee für die Kurden.<sup>70</sup>

Nach dem Ersten Weltkrieg entstand bei den Kurden durch die Ausbreitung des ethnischen Identitätsbewusstseins die Bestrebung zur Schaffung einer organisierten kurdischen Gesellschaft. Das führte zu einer Zunahme jener Kurden, die Autonomie oder Souveränität forderten. Süreyya Bedirxan, Kâmuran Ali Bedirxan und Emin Ali Bedirxan - die drei Söhne vom Cemil Pascha aus Diyarbakır – Ekrem Cemilpaşa, Kadri Cemilpascha, Ömer, Seyit Abdülkadir, Mustafa Pascha Yamolki aus Süleymaniye, Seyyit Taha und Scheich Mahmud

---

<sup>69</sup> Jwaideh, Wadie: *Kürt Milliyetçiliğinin Tarihi*, Istanbul, 2007, S. 267, 268.

<sup>70</sup> Klein, Janet: *Kurdish Nationalists and Non-nationalist Kurdistan: Rethinking Minority Nationalism and the Dissolution of the Ottoman Empire, 1908- 1909, Nation and Nationalism*. 2007, S. 146.

Berzenci waren die wichtigsten Führer, die den oben beschriebenen Prozess organisierten.<sup>71</sup>

Ein Anlass für die nationalistischen Tendenzen waren Ansprüche Armeniens auf Teile des kurdischen Siedlungsgebietes. Das zwang die kurdischen Führer dazu, mit ausländischen Kräften und Armeniern zu verhandeln. Ein anderer Auslöser war die Revolution in Russland 1917. Anti-imperialistische Aussagen und Versprechen bezüglich der Befreiung der Nationen stellten eine Quelle der Hoffnung für die Kurden und andere Minderheiten dar.<sup>72</sup>

Der wichtigste Faktor für die kurdischen Führer war allerdings der zwölfte Grundsatz der vierzehn Grundsätze Wilsons. Darin wurde festgehalten, dass neben der Souveränität für die türkischen Teile des osmanischen Reichs auch für die anderen Nationen, die immer noch unter der Herrschaft des Reichs standen, unzweifelhafte Lebenssicherheit und unantastbare autonome Entwicklungschancen gewährleistet werden mussten.<sup>73</sup>

### **2.3 Der Waffenstillstand von Mudros (30. Oktober 1918) und die Kurden**

In der Waffenstillstandsperiode kam es zur Besetzung wichtiger Teile des osmanischen Reiches durch die Alliierten und zur Abtrennung der Teile außerhalb Anatoliens. Aus kurdischer Sicht war vor allem eine Abstimmung mit den armenischen und arabischen Interessen und Ansprüchen von zentraler Bedeutung. Und schließlich spielte der Anspruch auf die (entdeckten oder vermuteten) Ölvorkommen eine zentrale Rolle.<sup>74</sup>

Nach der Oktoberrevolution im Jahre 1917 wurde zwischen Russen und Osmanen das Abkommen von Brest-Litowsk unterzeichnet. Nach dem Abkommen zogen die Russen ihre Soldaten aus dem Mittleren Osten zurück, wodurch die Osmanen diese Regionen (wieder) unter ihre Kontrolle bringen konnten. In der Zwischenzeit besetzten die Engländer Amman, Sam, Beirut, Bagdad und die benachbarten Regionen. Daraufhin baten die Osmanen bei den Alliierten um Waffenstillstand. Am 30. Oktober 1918 wurde das Waffenstillstandsabkommen von Mudros unterzeichnet.<sup>75</sup>

---

<sup>71</sup> Kurubas, Erol: Kürt Sorununun Uluslararası Boyutu ve Türkiye. Ankara, 2004, S. 25.

<sup>72</sup> Lazerev, M. Sergey: Emperyalizm ve Kürt Sorunu (1917- 1923). Ankara, 1989, S. 62.

<sup>73</sup> Vgl. Dowall, David Mc: A Modern History of the Kurds. London, 2004, S. 115.

<sup>74</sup> Vgl. Tunaya, Tarık Z.: Türkiye'de Siyasi Partiler Mütareke Dönemi (C. II). Istanbul, 1986, S. 187.

<sup>75</sup> Armaoğlu, Fahir: 20. Yüzyıl Siyasi Tarihi (1914-1980), (I. C.). Ankara, 1994, S. 141, 142.

Der siebte Artikel dieses Abkommens brachte den Siegern die Eingriffs- und Besetzungsbefugnis, wenn sie eine Gefahr für sich selbst sahen. Im sechzehnten Artikel wurde die Übergabe der arabischen Länder und Mesopotamiens an die Alliierten geregelt. Außerdem wurde durch den vierundzwanzigsten Artikel die Befugnis zum Eingriff in den armenischen Städten im Falle einer Gefahr geschaffen.<sup>76</sup> Nach dem Abkommen kam es in Mosul – das vom osmanischen Reich abgetrennt wurde – zu starken nationalistischen kurdischen Bewegungen. Diese sind vor allem durch die englische Okkupation und damit einher gehende Versprechen über eine mögliche Autonomie zu erklären. Außerdem versuchten die Türken, die Kurden für sich zu gewinnen und gegen die englische Okkupation aufzuhetzen.

## **2.4 Türkischer Befreiungskrieg und die Beteiligung der Kurden (1919-1922)**

Ghazi Mustafa Kemal hatte 1916 im sechzehnten Armeekorps in Diyarbakır gedient. Er wusste, dass er für einen Befreiungskrieg die Unterstützung der Kurden suchen musste. Daher nahm er mit vielen kurdischen Führern Kontakt auf und forderte für den Beginn des nationalen Kampfes in Anatolien durch Telegramme ihre Unterstützung und Beihilfe im Krieg.<sup>77</sup>

Nachdem er betonte, dass Kurden und Türken untrennbare Teile einer Einheit waren, gaben viele kurdische Führer und Volksstämme durch Telegramme ihre Unterstützung für den Befreiungskrieg und Ghazi Mustafa Kemal bekannt. In den Telegrammen war auch zu lesen:

*“(...) wir Kurden möchten nichts anderes als uns mit unseren türkischen Brüdern um unseren Kalifen zusammenschließen und so ewig zusammenzuleben.”*<sup>78</sup>

Die Gesellschaft der östlichen Provinzen zur Verteidigung der Rechte (Vilayet-i Şarkıyye Müdafa-i Hukuk Cemiyeti) fasste am 13. Dezember 1918 folgenden Beschluss:

---

<sup>76</sup> Lazerev, M. Sergey: Emperyalizm ve Kürt Sorunu (1917- 1923). Ankara, 1989, S. 35.

<sup>77</sup> Vgl. Akyol, Mustafa: Kürt Sorununu Yeniden Düşünmek - Yanlış Giden Neydi, Bundan Sonra Nereye?. İstanbul, 2006, S. 65.

<sup>78</sup> Beşikçi, İsmail: Doğu Anadolu'nun Düzeni Sosyo-Ekonomik ve Etnik Temelleri. Ankara, 1992, S. 381.

*“Der Zusammenschluss von geschichtlichen und ethnischen Rechten von Türken und Kurden in östlichen Provinzen unter eine Nation (dem Osmanentum) und die Vereinigung der Interessen dieser beiden Völker (Rassen), ohne Eingriff in die gegenseitigen Rechte, wird akzeptiert... ”*<sup>79</sup>

Im Amasya Protokoll, das am 18. Oktober 1919 zwischen dem osmanischem Reich und der Gesellschaft zur Verteidigung der Rechte von Anatolien und Thrakien unterzeichnet wurde, wurde das osmanische Land als die Heimat von Türken und Kurden definiert. Außerdem wurde betont, dass die Kurden einen untrennbaren Bestandteil der osmanischen Nation darstellen und ihre ethnischen und gesellschaftlichen Sitten anerkannt werden müssten.<sup>80</sup>

Der Kompromiss zwischen Türken und Kurden zeigte sich im Erzurum Kongress 1919, in dem 22 von 56 Delegierten Kurden waren. Islam und osmanischer Patriotismus bildete zwischen den Kurden und anderen Delegierten eine Beziehung und führte dazu, dass die Kurden auch im Vertretungskomitee anwesend waren.<sup>81</sup>

Im März 1920 wurde eine Petition der Führer von 22 Volksstämmen veröffentlicht, in der sie die islamische Solidarität betonten und Widerstand gegen die Bemühungen zur Trennung von Kurden und Türken forderten. Im ersten Parlament wurden die Kurden von 74 Abgeordneten vertreten.<sup>82</sup>

Auf die Deklaration der Kurden im März 1920 antwortete Ghazi Mustafa Kemal am 1. Mai 1920 in seinem Gespräch im Parlament, indem er sagte, dass die Nation aus islamischen Teilen bestand und nicht nach ethnischen Eigenschaften klassifiziert:

*“Die dieses Parlament bildenden Personen sind nicht nur Türken, Tscherkessen, Kurden oder Lasen. Das ist eine islamische Einheit, die aus allen diesen besteht und herzlich ist. Deswegen gehört der Wille, den dieses heilige Komitee vertritt und versucht, ihr Recht, ihre Existenz und Ehre zu retten, nicht zum Faktor Islam, sondern zu einer Einheit, die aus islamischen Teilen besteht ... Jeder islamische Bestandteil dieser Gesellschaft ist unser Bruder und Bürger,*

---

<sup>79</sup> Perinçek, Dogu: Kurtuluş Savaşında Kürt Politikası. İstanbul, 2000, S. 332.

<sup>80</sup> Vgl. Yeğen, Mesut: Devlet Söyleminde Kürt Sorunu. İstanbul, 2006, S.116.

<sup>81</sup> Kirişçi Kemal / Gareth, M.Winrow: Kürt Sorunu-Kökeni ve Gelişimi. İstanbul. 2002, S. 83.

<sup>82</sup> Ebd. S. 84, 85.

*mit dem wir völlig gemeinsame Interessen haben. In den Zeilen der von uns herzlich akzeptierten, wiederholten und bestätigten Grundlagen wird beschrieben, dass diese islamischen Bestandteile Bürger sind, Respekt vor einander haben und rücksichtsvoll mit den gegenseitigen ethnischen, sozialen und geographischen Rechten umgehen.*’<sup>83</sup>

Die Dersim Kurden aus der Gegend von Tunceli verfolgten im Sinne der Unterstützung des nationalen Kampfes eine unterschiedliche Politik. In einem Telegramm an das Parlament schrieben sie am 25. Dezember 1920:

*“Nach dem Vertrag von Sèvres muss ein selbständiges (unabhängiges) Kurdistan in Diyarbakır, Elazığ, Van und Bitlis gegründet werden. Demgemäß muss es gegründet werden. Sonst werden wir dieses Recht bewaffnet erkämpfen.*’<sup>84</sup>

Das Parlament in Ankara beschloss jedoch, dass Diyar Aga, Mecidi Aga, Ahmet Remzi von Kango und Major Hayri die Stadt Dersim als Abgeordnete im Parlament vertraten, womit sie den Befreiungskampf der Dersim Kurden abschwächten.<sup>85</sup>

Die Kurden zeigten ihre Solidarität mit dem nationalen Befreiungskampf auch dadurch, dass sie auf internationaler Ebene die türkische Regierung unterstützten. Vor der Friedenskonferenz von Paris unterzeichnete der kurdische Scherif Pascha mit dem armenischen Bogos Pascha am 20. Dezember 1920 eine Vereinbarung, in der das Recht beider Völker auf einen unabhängigen Staat betont wurde. Die osmanischen Kurden reagierten darauf und sendeten dem französischen Hochkommissariat in Erzincan ein Telegramm, in dem sie den Scherif Pascha rügten und betonten, dass *“Türken und Kurden Brüder im Sinne von Abstammung und Religion”* seien.<sup>86</sup>

Es wurde im Sinne der Absprache akzeptiert, dass die Kurden eine autonome Verwaltung wie im osmanischen Reich haben sollten. Um das zu ermöglichen, wurde beschlossen, dass nach

---

<sup>83</sup> Akyol, Mustafa: Kürt Sorununu Yeniden Düşünmek, Yanlış Giden Neydi, Bundan Sonra Nereye? . İstanbul, 2006, S.68.

<sup>84</sup> Göktepe, Hıdır: Kürtler, İsyan, Tenkil. İstanbul, 1991, S. 38.

<sup>85</sup> Ebd. S. 38, 39.

<sup>86</sup> Vgl. Mumcu, Ugur: Kürt-İslam Ayaklanması (1919-1925). Ankara, 2005, S. 3, 4.

dem Gesetz über die grundlegende Organisation (Teskilat-i Esasiye Kanunu) die Provinzen durch Räte und auch die Bezirke juristisch eigenständig verwaltet wurden.

## **2.5 Die kurdischen Aufstände während des Befreiungskriegs**

Der erste kurdische Aufstand während des Befreiungskriegs war der Ali Batı Aufstand, der vom 11. Mai bis 18. Juni 1919 stattfand und mit englischer Unterstützung die Gründung eines kurdischen Staates zum Ziel hatte. Der zweite Aufstand wurde von Cemil Ceto angeführt, der auch Beziehungen zur kurdischen Solidaritäts- und Fortschrittsgemeinschaft hatte. Dieser zweite Aufstand fand zwischen 20. Mai und 7. Juni 1920 statt. Beide Aufstände waren klein und wurden sofort niedergeschlagen.<sup>87</sup>

Der erste große und bedeutsame Aufstand, dem das große Volksparlament (Büyük Millet Meclisi) begegnete, war der Koçgiri Aufstand. Viele Kurden waren der Meinung, dass sie im Parlament nicht vertreten wurden, obwohl es in Erzurum, Sivas und Amasya Kongresse gab, die als das gemeinsame Parlament von Kurden und Türken bezeichnet wurden. Das führte zu Unruhen unter den Kurden. Ghazi Mustafa Kemal traf daraufhin mit Alişan, dem Führer des Koçgiri Volksstamms zusammen. In diesem Treffen erinnerte Alişan ihn, dass nach den Grundsätzen von Wilson den Kurden Autonomie zugestanden werden müsse. Ghazi Mustafa Kemal lehnte das strikt ab. In Folge dessen verließen die Volksstämme der Koçgiri und Dersim die Bewegung der nationalen Streitkräfte (Kuvayi Milliye) und starteten im Juni 1920 den Koçgiri Aufstand.<sup>88</sup>

Die Bedeutung und Größe des Aufstandes zeigt sich auch darin, dass es zwischen 27. April und 24. Mai in der Region mehr als 15 Gefechte gab und mehr als 500 Rebellen getötet wurden und der Aufstand erst nach ungefähr neun Monaten niedergeschlagen werden konnte.<sup>89</sup>

Das Bündnis der Türken und Kurden wurden im Befreiungskrieg durch den vereinende Faktor Islam und die armenische Bedrohung in Ostanatolien zusammengehalten. Davon wich der

---

<sup>87</sup> Çay, Abdülhaluk: Her Yönüyle Kürt Dosyası. Ankara, 1996, S. 316.

<sup>88</sup> Vgl. Bulut, Faik: Dersim Raporları. İstanbul, 2005, S. 87, 88.

<sup>89</sup> Ebd. S. 320.

Koçgiri Aufstand aus mehreren Gründen ab. Erstens bestand der Koçgiri Volksstamm nicht aus Sunniten, sondern aus Aleviten, weshalb die Religion als vereinender Faktor keine Rolle spielte. Außerdem liegt das Siedlungsgebiet der Koçgiri nicht in Ostanatolien, sondern im Westen. Die armenische Bedrohung war für sie von keiner hohen Relevanz.<sup>90</sup> Nach der Ausrufung der Republik nahmen die kurdischen Aufstände zu, wobei sie sich auch im qualitativen Sinne von den früheren Aufständen unterschieden.

## **2.6 Der Weg zum Vertrag von Sèvres und die Kurden**

Als Folge des Ersten Weltkriegs lösten sich die multinationalen Reiche wie das osmanische Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie auf und Nationalstaaten wurden gegründet. Obwohl die kurdischen Führer vor dem Krieg keine nationalistische Anschauung hatten, änderte sich das nach dem Krieg, weil sich das Reich in einem schnellen Auflösungsprozess befand. Es gab auch Unterschiede unter den Kurden. Während manche nur nach Autonomie strebten, hatten andere eine separatistische Bewegung zum Ziel. Das wichtigste Ereignis für die Kurden in dieser Periode war das Friedensabkommen von Sèvres. Dieses Abkommen stellte einen Wendepunkt in der Entstehung des kurdischen Nationalismus dar, indem es der wichtigste internationale Beleg in der Geschichte des kurdischen Kampfes für einen eigenständigen Staat war.

Die Nahostpolitik der Engländer bestimmte die Haltung Großbritanniens gegenüber den Kurden. Bis zum Krieg von 1877/78 zwischen den Osmanen und Russen waren die Engländer für die territoriale Integrität des osmanischen Reichs, weil sie dadurch die Handelswege nach Indien beherrschen konnten. Nach diesem Krieg verzichteten sie auf diese Politik und erreichten im Ersten Weltkrieg in Kooperation mit Frankreich, Russland und Italien die Aufteilung der osmanischen Länder. Im Dezember 1919 einigten sich England und Frankreich darauf, dass Istanbul und der Bosphorus einen internationalen Status haben und die Staaten Armenien und Kurdistan gegründet werden müssten.<sup>91</sup> Die Grundlage für diese Pläne legten sie ein Jahr davor, indem sie am 7. November 1918 in einer gemeinsamen Bekanntmachung

---

<sup>90</sup> Vgl. Akyol, Mustafa: Kürt Sorununu Yeniden Düşünmek, Yanlış Giden Neydi, Bundan Sonra Nereye? İstanbul, 2006, S.71.

<sup>91</sup> Vgl. Çufalı, Mustafa: İstiklal Harbi Döneminde Türk İngiliz İlişkileri, Türkler. C. 16, Ankara, 2002, S. 263, 265.



Folgendes erklärten: “Es muss diesen Leuten, die jahrelang von Türken unterdrückt wurden, unantastbare Unabhängigkeit zugestanden werden, indem ihre eigenen Nationalstaaten gegründet werden, die die Autorität des freien Willens des Volkes bekommen und von regionalen Völkern gewählt werden.”<sup>92</sup> Aber die Intentionen dieser Bekanntmachung kamen in dieser Zeit kaum an die Öffentlichkeit.

Die Grundlagen für das Abkommen von Sèvres wurden in der Pariser Friedenskonferenz und in den Konferenzen von San Remo und London gelegt.

## **2.7 Die Pariser Friedenskonferenz**

Die Pariser Friedenskonferenz begann am 18. Januar 1919. Die Alliierten waren sich über die Aufteilung der Türkei einig und entschieden sich dafür, dass Syrien, Palästina, Arabien, Mesopotamien und Armenien nicht mehr im osmanischen Reich bleiben sollten. Der englische Kanzler Lloyd George fügte der Liste Kurdistan definiert als jenes Gebiet, das sich zwischen Mesopotamien und Armenien befindet, hinzu.<sup>93</sup> Nach dem Plan der Engländer sollten Istanbul und der Bosphorus entweder einen internationalen Status haben oder unter amerikanischer Herrschaft stehen, Thrakien sollte an Griechenland gehen oder zwischen Griechenland und Bulgarien aufgeteilt werden, Izmir und die Umgebung sollte an Griechenland übergeben werden. Die osmanische Herrschaft in Syrien, Palästina, Mesopotamien, Arabien, Armenien und Kaukasien sollte beendet werden, Palästina sollte unter amerikanischer und englischer Herrschaft stehen. In Mosul, Bagdad und Basra sollte unter englischer Aufsicht ein arabischer Staat oder arabische Staaten gegründet werden. Unter amerikanischem oder französischem Protektorat sollte der armenische Staat, und unter amerikanischem Protektorat die kaukasischen Staaten gegründet werden. Den Kurden und Assyren beziehungsweise Chaldäern sollte unter englischer Führung Autonomie zugestanden werden.<sup>94</sup>

Scherif Pascha nahm als Vorsitzender der kurdischen nationalen Delegierten an der Konferenz

---

<sup>92</sup> Dowall, David Mc: A Modern History of the Kurds. London, 2004, S. 163.

<sup>93</sup> Perinçek, Doğu: Kurtulus Savasında Kürt Politikası. Istanbul, 1999, S. 36.

<sup>94</sup> Vgl. Sarihan, Zeki: Kurtulus Savası Günlüğü (C I-II). Ankara, 1993, S. 85.

teil.<sup>95</sup> Am 6. Februar formulierte er in einem Memorandum die Forderungen der Kurden. Er forderte die Gründung eines kurdischen Staates unter Zusicherung des Völkerbundes. Dieser Staat sollte Diyarbakır, Harput, Bitlis, Mosul und Urfa umfassen und eine Pufferzone gegen den sich verstärkenden Bolschewismus bilden.<sup>96</sup> Dieses Memorandum war auch als Entgegnung auf die armenischen Forderungen zu verstehen. Der armenische Delegierte Boghos Nubar Pascha forderte, dass der armenische Staat Van, Bitlis, Diyarbakır, Sivas, Erzurum, Trabzon, Maras, Kozan und Adana einschloss.<sup>97</sup>

Im Juli 1918 traf sich Scherif Pascha mit Percy Cox (er wurde später zum englischen Hochkommissar im Irak) in Genf. Die beiden vereinbarten die Gründung eines autonomen kurdischen Staates unter Englands Obhut in Mosul, das eigentlich mit dem Sykes-Picot-Abkommen Frankreich überlassen war.<sup>98</sup> Am 26. Dezember wiederholte Scherif Pascha in Genf dieselben Forderungen, diesmal den Franzosen gegenüber. Von diesen wurde er jedoch nicht ernst genommen.<sup>99</sup>

Die Forderungen der Armenier, die an der Konferenz teilnahmen, kollidierten mit den Forderungen der Kurden. Deswegen schlugen die Engländer vor, das Kurdenproblem im Norden und Süden unterschiedlich zu behandeln, wobei sie hofften, dass sich das Problem im Norden, wo die Forderungen von Kurden und Armeniern kollidierten, von selbst lösen würde. Das eigentliche Ziel war die Sicherstellung der englischen Herrschaft über Mosul. Die Siegerstaaten unterstützten die Gründung unabhängiger kurdischer und armenischer Staaten, um die Türkei möglichst weitreichend zu schwächen und eine Pufferzone zwischen Mosul und der Türkei zu bilden, die sie einfach kontrollieren konnten.<sup>100</sup>

Dieser Konflikt zwischen den Armeniern und Kurden wurde am 20. November 1919 gelöst, indem Boghos Nubar, Dr. H. Ohanciyan und Scherif Pascha eine Einigung bezüglich der zu gründenden Staaten Armenien und Kurdistan erzielten und ein gemeinsames Memorandum

---

<sup>95</sup> Göldas, Ismail: Kürdistan Teali Cemiyeti. Istanbul, 1991, S. 160.

<sup>96</sup> Perinçek, Doğu: Kurtulus Savaşında Kürt Politikası. Istanbul, 1999, S. 38.

<sup>97</sup> Simsir, Bilal N.: Kürtcülük. Istanbul, 2007, S. 306.

<sup>98</sup> Chaliand, Gerard: A People Without a Country. New York, 1993.

<sup>99</sup> Kurubas, Erol: Kürt Sorununun Uluslararası Boyutu ve Türkiye. Ankara, 2004, S. 75.

<sup>100</sup> Vgl. Aksin, Sina: Istanbul Hükümetleri ve Milli Mücadele Mutlakiyete Dönüş. Istanbul, 1992, S. 104 (C. I), 105, S. 111(C. II).

verfassten.<sup>101</sup> Aufgrund dieser Abmachung sah sich Scherif Pascha mit heftiger Kritik aus Anatolien konfrontiert und trat von seiner Aufgabe als Delegierter zurück. Er begründete dies wie folgt: *‘Nachdem ich bemerkt habe, dass Armenier und bestimmte Siegerstaaten es auf die kurdischen Länder abgesehen haben, habe ich mich dafür entschieden, alles zu riskieren, um das Unabhängigkeitsrecht meiner Rasse zu verteidigen.’*<sup>102</sup> Das Niveau der Kritik an Scherif Pascha wird am Beispiel eines Artikels am 11. Dezember 1919 in Tanin deutlich. Nach diesem Artikel hatte Scherif Pascha mit dem alten Finanzminister Cavit ein langes Treffen in der Schweiz. Er hätte die Gründung eines neuen Kabinetts unter seinem Vorsitz gefordert, das aus Anhängern der nationalen Bewegung bestand. Er habe geäußert, dass er für keine separatistische Lösung, sondern für eine Konföderation sei, die auch die Araber umfassen solle.<sup>103</sup>

Simsir schrieb in seinem Buch, dass Seyit Abdülkadir gegenüber einer französischen Zeitung, Journal d’Orient, in Istanbul erklärte, dass er das Memorandum positiv fand, das von Scherif Pascha und Boghos Nubar Pascha unterzeichnet wurde. Daraufhin wurde er aufgefordert, sein Mandat im Parlament zurückzulegen. Er musste sich in einer Rede im Parlament rechtfertigen und die Abgabe einer solchen Erklärung verweigern.<sup>104</sup> Der Unterstaatssekretär des englischen Hochkommissariats T. B. Hofler berichtete über den Besuch von Seyit Abdülkadir im Hochkommissariat, bei dem er mitteilte, dass Kurden und Armenier in Istanbul und in Paris einen Kompromiss geschlossen hätten.<sup>105</sup>

Göldas beschreibt, dass die per Telegramm geäußerte Kritik aus Anatolien von der Organisation der Gesellschaften zur Verteidigung der Rechte (Müdafa-i Hukuk Cemiyetleri) gesendet wurden. Das Ziel war, Scherif Pascha in Paris zu isolieren und ihm die organisatorische Unterstützung der Kurden zu entziehen. Viele Imame, Muftis, Lehrer und Professoren, Bürgermeister, Geschäftsmänner und Führer von Volksstämmen wurden von den Organisatoren der Gesellschaften zur Verteidigung der Rechte dazu überredet, telegrafisch ihre Kritik zu äußern. Damit reagierten sie auch auf die kemalistische Propaganda.<sup>106</sup>

---

<sup>101</sup> Vgl. Perinçek, Doğu: Kurtulus Savasında Kürt Politikası. Istanbul, 1999, S. 40.

<sup>102</sup> Ebd. S. 43.

<sup>103</sup> Vgl. Sarihan, Zeki: Kurtulus Savası Günlüğü (C II). Ankara, 1993, S. 273.

<sup>104</sup> Simsir, Bilal N.: Kürçülük. Istanbul, 2007, S. 314.

<sup>105</sup> Vgl. Ebd.

<sup>106</sup> Vgl. Göldas, Ismail: Kürdistan Teali Cemiyeti. Istanbul, 1991, S. 212.

Die Engländer begrüßten das Abkommen zwischen Nubar und Scherif Pascha, wobei sie allerdings Bedenken gegen Scherif Pascha äußerten. Am 8. Januar 1920 schrieb Webb (aus dem Hochkommissariat in Istanbul), dass Scherif Pascha keine bedeutende Rolle mehr bei den Kurden spielte, weil er seit geraumer Zeit nicht mehr in der Region wohnte.<sup>107</sup>

Die Gemeinschaft des Fortschritts Kurdistans und die kurdischen Führer wurden später stark kritisiert, weil sie, nachdem der erste Weltkrieg zu Ende war und die Kurden zur Pariser Friedenskonferenz eingeladen wurden, nicht selbst in Paris für die Interessen der Kurden eintraten, keine Bewegung in der Region organisierten und den Grundsätzen von Wilson und der Pariser Friedenskonferenz zu sehr vertrauten.<sup>108</sup>

## **2.8 Die Konferenzen von London und San Remo**

Die Konferenz in London war eine Vorbereitung auf das Abkommen von Sèvres begann am 12. Februar 1920. Der wichtigste Beschluss dieser Konferenz war der Verbleib Istanbuls bei der Türkei. Das bedeutete, dass der Plan zur Vertreibung der Türken aus Europa entweder aufgeschoben oder aufgegeben wurde. Der wichtigste Beschluss in Bezug auf die Kurden war die Gründung eines armenischen Staates, der auch Erzurum einschließen sollte, und die wahrscheinliche Gründung eines unabhängigen Kurdistans.<sup>109</sup>

Die San Remo Konferenz, die zwischen 18. und 26. April 1920 unter Teilnahme englischer, französischer und italienischer Komitees stattfand, war die Basis des Abkommens von Sèvres. Es wurde der Plan zur Aufteilung der Türkei vorbereitet. Der englische Kanzler Lloyd George erwähnte in seiner Rede die folgenden Punkte:

*„Die Kurden sind in Volksstämme gespalten. Deshalb gibt es niemanden, der alle Kurden vertreten kann. Kurden, die die Nachbarn von Armeniern, Syrisch-Orthodoxen und Chaldäern sind, bilden gleichzeitig einen Teil Mosuls, das der englischen Herrschaft unterstehen wird. Es wäre günstig, Kurdistan von der*

---

<sup>107</sup> Vgl. Aksin, Sina: Istanbul Hükümetleri ve Milli Mücadele Mutlakıyete Dönüş. (C II-1919-1920). Istanbul, 1992, S. 112, 113.

<sup>108</sup> Göldas, Ismail: Kürdistan Teali Cemiyeti. Istanbul, 1991, S. 152.

<sup>109</sup> Vgl. Çufalı, Mustafa: İstiklal Harbi Döneminde Türk İngiliz İlişkileri, Türkler, C. 16. Ankara, 2002, S. 265.

*Türkei zu trennen und den Kurden Autonomie zuzugestehen. Die Kurden glauben, dass sie eigenständig nicht weiterbestehen können, ohne von großen Staaten unterstützt zu werden. Wenn Frankreich und England diese Forderung nicht akzeptieren, dann werden die Kurden versuchen, unter türkischem Schutz zu bleiben. Es ist nicht möglich, dass Mosul in zwei Teile geteilt und ein Teil den Kurden gegeben wird.“<sup>110</sup>*

Die von den Siegerstaaten beschlossenen Friedensvoraussetzungen wurden von Bevollmächtigten des Sultans am 10. August 1920 in Sèvres unterzeichnet. Dieses Abkommen von Sèvres wurde später von der osmanischen Regierung genehmigt, jedoch nie durch das Parlament bestätigt. Die Regierung in Ankara hingegen erkannte das Abkommen nicht an.<sup>111</sup> Die Paragraphen 62, 63 und 64 des Vertrages beziehen sich auf die Kurden.

## **2.9 Die Kurden im Abkommen von Sèvres**

Paragraph 62 des Abkommens sieht vor, dass für das Gebiet nördlich der Grenze zwischen der Türkei, Syrien und Al Jazeera (der arabischen Halbinsel), in dem die Kurden quantitativ konzentriert wohnten, innerhalb von sechs Monaten nach dem Inkrafttreten des Abkommens eine Autonomie zugestanden werden muss. Die Kontrolle darüber oblag einem Komitee aus aus englischen, französischen und italienischen Delegierten. Sollte es bei Themen keine Übereinstimmung geben, sollten diese von den Delegierten ihren nationalen Regierungen zugewiesen werden. Ein Komitee aus englischen, französischen, italienischen, persischen und kurdischen Delegierten sollte an Ort und Stelle untersuchen, inwiefern die Grenze zwischen der Türkei und dem Iran für den Schutz (Obhut) der anderen ethnischen oder religiösen Minderheiten verändert werden musste. Laut Paragraph 63 akzeptierte das osmanische Reich, die Entscheidungen des Komitees innerhalb von drei Monaten nach der Mitteilung umzusetzen.<sup>112</sup>

Paragraph 64 behandelt den Fall, dass sich die Kurden für einen unabhängigen Fall entschieden und diesen Wunsch gegenüber dem Völkerbund äußerten. Sollte der Völkerbund diesen Wunsch als berechtigt beurteilen, sollte er den Kurden alle betreffenden Rechte

---

<sup>110</sup> Perinçek, Doğu: Kurtulus Savaşında Kürt Politikası. Istanbul, 1999, S. 46.

<sup>111</sup> Vgl. Sarihan, Zeki: Kurtulus Savaşı Günlüğü (C. 3). Ankara, 1986, S. 41.

<sup>112</sup> Vgl. Budak, Ömer: Sevr Antlaşması. Ankara, 2001, S. 95.

zugestehen. Die Details dieser Rechte sollten durch einen Sondervertrag zwischen der Türkei und den Siegerstaaten bestimmt werden. Im Falle einer Unabhängigkeit wurde den Kurden in Mosul das Recht eingeräumt, sich diesem kurdischen Staat anzuschließen.<sup>113</sup>

Paragraph 89 des Abkommens definiert die Gebiete, die an die Armenier abgetreten werden mussten und legte damit auch die Grenzen der autonomen Region fest, in der mit dem Willen der Kurden ein eigenständiger Staat gegründet werden sollte. Die Region lag zwischen Siirt und Hakkari, wobei die Nordgrenze Armenien war.<sup>114</sup> Die halbherzige Unterstützung der Kurden durch die Siegerstaaten war aus den Briefen zwischen den englischen Beauftragten ersichtlich. Am 27. August 1919 schrieb Mr. Hohler an Mr. C. Kerr: *“Die Situation der Kurden geht uns nichts an. Das Kurdenproblem ist uns wegen der Bedeutung Mesopotamiens wichtig.”* Am 28. Oktober 1919 schrieb Mr. Kitson an Sir E. Crowe: *“Obwohl wir den Kurden nicht vertrauen, müssen wir sie ausnützen.”* Am 23. Dezember 1919 schrieb der Hochkommissar Admiral Sir F. De Robeck an Lord Curzon: *“Die Geschichte hat gezeigt, dass die Kurden unzuverlässig sind. Aber wenn es unser Ziel ist, die Türken irgendwie zu schwächen, ist es keine schlechte Idee, die Kurden von ihnen zu trennen.”*<sup>115</sup>

Laut Hasan Yıldız geht aus französischen Geheimunterlagen hervor, dass Mr. Kidston, der im englischen Außenministerium tätig war, in einem Brief an den konservativen Sir E. Crowe schrieb, dass es unmöglich sei, die Türkei in kurdische und armenische Teile aufzuteilen und man den Faktor Mustafa Kemal berücksichtigen müsse. Seiner Meinung nach war es auch unwahrscheinlich, als Schutzmacht für Kurdistan und Armenien zu dienen, weil man dafür viele Soldaten benötigen würde.<sup>116</sup>

Auf der anderen Seite konnte ein autonomes Armenien in der Türkei bestimmte andere Gefahren in Hinsicht auf den Bolschewismus mit sich bringen. Der Oberstleutnant der englischen Streitkräfte im Mittelmeer, Mr. Luke, berichtete die Situation der Armenier sehr deutlich. Der armenische Staat, der zu dieser Zeit in der Türkei gegründet werden sollte, könnte sich in der Zukunft an den armenischen Staat in der Sowjetunion anschließen. Diese Möglichkeit veranschaulichte Mr. Luke durch den Anschluss von Ostrumelien an Bulgarien.

---

<sup>113</sup> Budak, Ömer: *Sevr Antlaşması*. Ankara, 2001, S. 95, 96.

<sup>114</sup> Vgl. Perinçek, Doğu: *Kurtulus Savasında Kürt Politikası*. Istanbul, 1999, S. 51.

<sup>115</sup> Ulubelen, Erol: *İngiliz Gizli Belgelerinde Türkiye*. Istanbul, 1967, S. 215, 216.

<sup>116</sup> Vgl. Yıldız, Hasan: *Fransız Belgeleriyle Sevr Lozan Musul Üçgeninde Kürdistan*. Istanbul, 2005, S. 40.

Nach Yıldız zeigen diese Berichte, dass die Engländer ebenso wie die Franzosen dabei waren, ein Abkommen mit der Regierung in Anatolien zu unterzeichnen. Das Thema der Kurden war für die Interessen der Engländern von großer Bedeutung. Ihr Ziel war nicht primär ein eigenständiger kurdischer oder armenischer Staat. Diese Fragestellung war nur ein Instrument zur Unterwerfung der kemalistischen Regierung.<sup>117</sup>

Es ist eigentlich eine Ironie, dass das Abkommen von Sèvres kein vereinigt Kurdistan mit Teilen des Irak und Iran, sondern ein eigenständiges Kurdistan innerhalb der Türkei schuf. Es wurde den kurdischen Nationalisten, die mit der Unterstützung Englands ein vereinigt Kurdistan gründen wollten, mit dem Abkommen von Sèvres klar, dass dieser Traum nicht verwirklicht werden konnte. Deshalb wurden sie dazu gezwungen, innerhalb der Türkei die Gründung eines eigenständigen und unabhängigen Kurdistan anzustreben.<sup>118</sup>

Das "eigenständige Kurdistan" wurden mit dem Abkommen von Sèvres auf ein Drittel der eigentlichen Größe Kurdistans reduziert. Dieses arme Land sollte neben armen Regionen wie Harput, Dersim, Hakkari und Siirt auch Mosul umfassen, damit die Engländer einfachen Zugang zum Öl bekamen. Falls das Abkommen in Kraft getreten wäre, wäre nur ein kleines Kurdistan umgeben der Türkei im Westen, von Syrien im Süden, vom Iran im Osten und Armenien im Norden übrig geblieben.<sup>119</sup> Die Engländer konzentrierten sich jedoch ab 1920 aufgrund der geopolitischen Bedeutung auf den heutigen Irak. In diesem Sinne musste auch Mosul in das autonome Kurdistan einbezogen werden.<sup>120</sup> Einer der wichtigsten dieser geopolitischen Gründe war das Ziel der europäischen Staaten, einen Pufferstaat zwischen den Türken in Anatolien und den turkmenischen Völkern Mittelasiens, insbesondere in Aserbaidschan, zu schaffen.

Ein weiterer geopolitische Grund war die Bildung einer Pufferzone zwischen den Aserbaidschanern in der Türkei und im Iran. Der kurdische Staat bot die beste Möglichkeit dafür. Die Engländer hatten Angst vor den panturkistischen Strömungen. Außerdem glaubten

---

<sup>117</sup> Vgl. Yıldız, Hasan: Fransız Belgeleriyle Sevr Lozan Musul Üçgeninde Kürdistan. Istanbul, 2005, S. 40

<sup>118</sup> Olsen, Robert W.: The Emergence of Kurdish Nationalism and The Sheih Said Rebellion 1880-1925. USA, 1991, S. 24.

<sup>119</sup> Chaliand, Gerard: A People Without a Country. New York, 1993, S. 35.

<sup>120</sup> Olsen, Robert: The Emergence of Kurdish Nationalism and The Sheih Said Rebellion 1880-1925. Austin, 1991, S. 55.

sie, dass durch die Gründung eines kurdischen Staates die potentielle Macht der Staaten in der Region abnehmen würde. Sie konnten den kurdischen Staat in Konflikten mit diesen anderen Staaten auch vorschieben, falls dies notwendig war.<sup>121</sup> Ein Beweis für die Bedeutung dieser Region aus der Sicht Englands war das Geheimabkommen, das zwischen der Regierung in Istanbul und der englischen Regierung am 12. September 1919 unterzeichnet wurde. Gemäß diesem Abkommen durften die Türken gegen die Gründung eines eigenständigen kurdischen Staates nichts einwenden und sollten den Engländern helfen, eine faktische englische Herrschaft in Syrien und Al Jazeera zu schaffen. Außerdem musste das Kalifat seine Macht in muslimisch geprägten Ländern für die Engländer einsetzen.<sup>122</sup>

Das Abkommen von Sèvres machte den kurdischen Nationalismus zum ersten Mal auf internationale Ebene sichtbar. Viele kurdische Nationalisten gingen von diesem Abkommen aus, um die eigenen Forderungen auf internationaler Ebene zu artikulieren. Kamuran Bedirxan schrieb 1958, dass dieses Abkommen das Einheits- und Unabhängigkeitsrecht der Kurden legitimierte. Obwohl es nicht in Kraft trat, schuf die durch dieses erkämpfte Abkommen entstandene Motivation viele neue Möglichkeiten für Kurden.<sup>123</sup>

Das Abkommen von Sèvres war eine Totgeburt. Es diente der Spaltung und Täuschung der Völker und zur Durchsetzung der Macht Weniger (insbesondere Englands). Deshalb wurde es auch von keinem einzigen Land ratifiziert. Trotzdem kann man sagen, dass die Weiterentwicklung des Kurdenproblems stark von diesem Abkommen abhängt.<sup>124</sup> Für manche kurdischen Führer wie Scherif Pascha, Seyit Abdülkadir, Miralay Cibranlı Halit, İhsan Nuri (ein wichtiger Name für die Aufstände in Agri) oder Yusuf Ziya (ein Abgeordneter aus Bitlis) war dieses Abkommen eine große Enttäuschung. Aufgrund dieser Enttäuschung wandten sich die Kurden danach nicht mehr an die Engländer, sondern orientierten sich an den Türken und einer Zusammenarbeit mit diesen. Sie erwarteten Autonomie unter der Obhut der Türkei. Der Kocgiri Aufstand im Jahre 1920 artikuliert diese Forderung und schlug als Lösung vor, dass innerhalb des parlamentarischen Systems den Kurden ihre Rechte zugestanden werden mussten. Das würde die Beziehung zwischen den Türken und Kurden

---

<sup>121</sup> Kurubas, Erol: Kürt Sorununun Uluslararası Boyutu ve Türkiye. Ankara, 2004, S. 102.

<sup>122</sup> Vgl. Aksin, Sina: Istanbul Hükümetleri ve Milli Mücadele Mutlakıyete Dönüş (C I-1918-1919). Istanbul, 1992, S. 571, 572.

<sup>123</sup> Vgl. Lazerev, M. Sergey: Emperyalizm ve Kürt Sorunu (1917- 1923). Ankara, 1989, S. 188, 189.

<sup>124</sup> Ebd. S.189.



intensivieren. Seyit Abdülkadirs Vorschlag war hingegen die Schaffung von Autonomie für die Kurden.<sup>125</sup>

### **3. KAPITEL: DIE KURDEN BEI UND NACH DER GRÜNDUNG DER REPUBLIK TÜRKEI**

#### **3.1 Die türkische Verfassung von 1921 und die Kurden**

Verfassungstexte beschreiben die Beziehungen zwischen Staat und Bürgern und bilden die Basis des Aufbaus der Nationen. In Bezug auf die Türkei ist hier als erster bedeutender Text das Gesetz über die grundlegende Organisation (Teşkilat-ı Esasiye Kanunu) aus dem Jahr 1921 zu nennen. Der Aufbau der Nation wird in folgenden Paragraphen beschrieben<sup>126</sup>:

*Paragraph 11: Die Provinzen haben in lokalen Angelegenheiten Autonomie und Persönlichkeit. Außer die Außen- und Innenpolitik, religiöse, gerichtliche und militärische Angelegenheiten, internationale wirtschaftliche Beziehungen, die allgemeinen Steuern der Regierung und diejenigen Angelegenheiten, die mehr als eine Provinz betreffen, werden die Stiftungen, Universitäten, Bildungs- und Gesundheitsdienstleistungen, die Landwirtschaft, die Volkswirtschaft und soziale Hilfsleistungen von den Provinzräten entsprechend den Rahmenbedingungen der von der Großen Nationalversammlung der Türkei (TBMM) erlassenen Gesetzen geregelt.*

*Paragraph 12: Der Provinzrat besteht aus vom Volk der betreffenden Provinz gewählten Mitgliedern. Die Mitglieder werden für je zwei Jahre gewählt und haben zwei Mal im Jahr ein Plenum.*

---

<sup>125</sup> Vgl. Laçiner, Sedat / Bal, Ihsan: The Ideological and Historical Roots of the Kurdist Movements in Turkey: Ethnicity, Demography, and Politics, Nationalism and Ethnic Politics, C. 10. 2004, S. 494, 495.

<sup>126</sup> Kili, Suna / Gözübüyük, A. Şeref: Türk Anayasa Metinleri, İstanbul, Bilatarih, S. 92.

*Paragraph 14: Der Gouverneur vertritt die Große Nationalversammlung der Türkei (TBMM) in den Provinzen. Er wird von der großen Nationalversammlung ernannt und erfüllt die allgemeinen und gemeinsamen staatlichen Aufgaben. Der Gouverneur interveniert nur dann, wenn ein Widerspruch zwischen den allgemeinen staatlichen und den lokalen Aufgaben entsteht.*

Mit diesem Gesetz wurde den Städten (Provinzen) Autonomie zugestanden. Die Bereiche Innen- und Außenpolitik, Militärangelegenheiten und Jurisdiktion, internationale wirtschaftliche Beziehungen, allgemeine Steuern und provinz- beziehungsweise städteübergreifende Interessen blieben im Zuständigkeitsbereich des Staates. Explizit den Städten überlassen wurden die Gründung und Verwaltung von Vereinen, Schulen und Universitäten, Ausbildungs- und Gesundheitsdienstleistungen, Volkswirtschaft, Landwirtschaft, Wohlstands- und Sozialleistungen.

Die Stadträte setzten sich aus vom Volk gewählten Vertretern zusammen. Dadurch wurde die unmittelbare Teilnahme des Volks an der Regierung geschaffen. Die Befugnis des Gouverneurs wurde auf ein Interventionsrecht im Falle einer Kollision zwischen den regionalen und allgemeinen Aufgaben eingeschränkt.

### **3.2 Das Abkommen von Lausanne (20. November 1922 – 24. Juli 1923)**

Die Verhandlungen zum Vertrag von Lausanne als Folge des griechisch-türkischen Krieges, die am 20. November 1922 begannen, beschäftigten sich mit der Frage der Schuld der Osmanen am Ersten Weltkrieg, der Grenzziehung zwischen der Türkei und Griechenland, dem Status des Bosphorus in Istanbul und der Dardanellen, Mosul, den Minderheiten und den Privilegien der Alliierten. Bezüglich der Abschaffung dre Privilegien der Alliierten, dem Rückzug der Siegerstaaten aus Istanbul und dem Status von Mosul kam es zu keiner Einigung. Weil keine der Seiten bei diesen fundamentalen Themen Zugeständnisse machte, wurde am 4. Februar 1923 die Unterbrechung der Diskussionen vorgeschlagen. Damit stieg die Gefahr eines neuerlichen Krieges. Aufgrund gegenseitiger Zugeständnisse begannen die Diskussionen am 23. April 1923 wieder und dauerten bis 24. Juli 1923 an, als das

Friedensabkommen von Lausanne unterzeichnet wurde.<sup>127</sup>

### **3.2.1 Die Diskussionen in Lausanne und die Kurden**

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde den Kurden wie vielen anderen Nationen das Recht zugestanden, einen eigenen Staat zu gründen. Nachdem das osmanische Reich aufgelöst worden war, entstanden Unruhen in Südwestanatolien und im Nordirak. Es gab ein politisches Machtvakuum. Wie die Nationalisten anderer Völker schmiedeten auch die kurdischen Nationalisten Pläne zur Gründung eines eigenständigen Staates. Aber die englische Politik änderte sich völlig. Gegen den sich verstärkenden Bolschewismus musste die territoriale Integrität im Irak, in Syrien und in der Türkei gefestigt werden. Deshalb unterstützten die Engländer die türkischen nationalistischen Strömungen gegen die ursprüngliche panislamistische Politik der Türken. In diesem Sinne wandten sie sich gegen die Idee eines eigenständigen kurdischen Staates, um die Türken zu besänftigen.<sup>128</sup>

Nachdem am 30. August 1922 die griechischen Truppen von den Türken vernichtend geschlagen wurden, sahen die Siegerstaaten ein, dass der Ansprechpartner in der Türkei die Regierung in Ankara war. Nach dem Waffenstillstand von Mudanya wurden die Regierungen in Istanbul und Ankara getrennt nach Lausanne eingeladen. Am 1. November 1922 schaffte das Parlament in Ankara das Sultanat ab und wurde dadurch zum einzigen Ansprechpartner.

Die Konferenz von Lausanne war auch deshalb wichtig, weil für die Kurden die Ziele der englischen Politik klar zutage traten. Die Siegerstaaten (insbesondere England) unterstützten den türkischen Nationalismus, das in Sèvres vorgesehene System wurde hinfällig. Für England existierte damit das Kurdenproblem nicht mehr. Es gab sogar Bestrebungen für eine Erklärung, in der sie sich gegen eine kurdische Autonomie aussprachen. Das englische Außenministerium und der englische Beauftragte für den mittleren Osten, Suckburg, entschieden jedoch schließlich, dass vor Beginn der Verhandlungen eine solche Erklärung verfrüht wäre.<sup>129</sup> In der Konferenz von Lausanne wurde dennoch unter den Überschriften

---

<sup>127</sup> Vgl. [http://tr.wikipedia.org/wiki/Lozan\\_Antlařması](http://tr.wikipedia.org/wiki/Lozan_Antlařması) (02.03.2010).

<sup>128</sup> Vgl. Ali, Othman: *The Kurds and Lausanne Peace Negotiations 1922-23*, Middle Eastern Studies. 2008, S. 521.

<sup>129</sup> Kurubas, Erol: *Kürt Sorununun Uluslararası Boyutu ve Türkiye*. Ankara, 2004, S. 133.

„Minderheiten“ und „Mosul“ die Kurdenfrage diskutiert.

Der englische Außenminister Lord Curzon schrieb in den Telegrammen, die er im Dezember 1922 an Pippes in Paris und Grehem in Rom schickte, dass es kein Problem mehr bezüglich eines eigenständigen kurdischen Staates und einer autonomen kurdischen Regierung im Sinne des Abkommens von Sèvres gäbe.<sup>130</sup> Die Priorität der Engländer war die eigene Herrschaft im Erdölbecken im Nordirak. Deshalb musste das Problem Mosul, das eigentlich innerhalb der Grenzen des Nationalpakts der Türken (Misak-i Milli) lag, zugunsten der Engländer gelöst werden. Das Kurdenproblem, das in Rahmenbedingungen vom Recht der Nationen auf Selbstbestimmung behandelt werden musste, war kein internationales Problem mehr, sondern ein Problem, um dessen Lösung sich die Völker und Staaten in der betreffenden Region intern kümmern mussten.

Lord Curzon zeigte im Laufe der Konferenz auf der einen Seite seine Fertigkeit in der Diplomatie und versuchte auf der anderen Seite, durch Druck und Zwang die Türken zur Anerkennung seine Forderungen zu zwingen. Es war ihm wichtig, dass die englischen Soldaten in Istanbul, am Bosphorus und an den Dardanellen stationiert blieben und dass die griechische Regierung ihre Armee in Westthrazien wiederaufbauen durfte. Er benutzte dabei den Schriftverkehr zwischen Ankara und dem türkischen Komitee in Lausanne, der vom englischen Geheimdienst abgefangen wurde.<sup>131</sup>

### **3.3 Das Minderheitenproblem**

Die Sitzung über den Schutz der Minderheiten begann am 12. Dezember 1922 unter dem Vorsitz von Lord Curzon. Dabei erwähnte er die Kurden nicht. Die ganze Zeit wurden Chaldäer, Assyrer, Juden, Griechen und Armenier behandelt. Die Kurden wurden wegen des Christen-Muslimen-Dilemmas „vergessen“. Die in Sèvres unter der Thematik „Kurdistan“ behandelten Fragen wurde im Rahmen der muslimischen Minderheiten behandelt.<sup>132</sup>

In der Konferenz von Lausanne sprachen die Siegerstaaten von drei Arten von Minderheiten; ethnisch, sprachlich und religiös. Curzon und seine Verbündeten unterstützten völlig das

---

<sup>130</sup> Kurubas, Erol: Kürt Sorununun Uluslararası Boyutu ve Türkiye. Ankara, 2004, S. 133.

<sup>131</sup> Vgl. Kürkcüoğlu, Ömer: Türk-İngiliz İlişkileri (1919-1926). Ankara, 1978, S. 257.

<sup>132</sup> Simsir, Bilal N.: Kürtçülük. Istanbul, 2007, S. 493.

Thema der “muslimischen Minderheiten”. Der Grund dafür war die Bestrebung, das Kurdenthema aktuell zu halten. Curzon sagte darüber: *“Jedermann weiß, dass die Kurden mit der türkischen Regierung unzufrieden sind. Seit vier Jahren bekommen wir Telegramme von enttäuschten Kurden, die uns darum bitten, für die Autonomie oder Eigenständigkeit Kurdistans zu sorgen”*.<sup>133</sup>

*In der Konferenz von Lausanne, in der es darum ging, dass die Territorien von Kurdistan, das nach dem Abkommen von Sèvres im heutigen Ost- und Südostanatolien gegründet werden sollte, der Türkei überlassen werden sollten, versuchte England eine sprachliche und ethnische Unterscheidung zwischen den türkischen Muslimen zu machen und dadurch die Kurden separat zu behandeln. Im Gegensatz dazu versuchte die Türkei, die Territorien zu bekommen, die nach dem Nationalpakt nicht den Arabern, sondern immer noch den Türken gehörten und in denen eine osmanische und muslimische Mehrheit lebte. Die Türken definierten nur Nicht-Muslime als Minderheiten. Die türkische Regierung betonte, dass es weder institutionelle noch ausgeübte Diskriminierung unter den Muslimen gab und es deswegen keine muslimische Minderheit geben konnte. England versuchte hingegen, den Ausdruck “alle Minderheiten” zu benutzen. In der Endfassung wurde der Ausdruck “nicht-muslimische Minderheiten” verwendet, wie es die Türken wollten.*<sup>134</sup>

Das türkische Komitee bestand darauf, dass es keine muslimische, sondern nur religiöse Minderheiten in der Türkei gab und dass die Türken keine Minderheitsdefinition im ethnischen und sprachlichen Sinne akzeptierten. Autoren wie Yıldız und Kutlay interpretieren diesen Umstand als die Bestrebung der Türken, die Kurden vom Abkommenstext auszuschließen. Aus heutiger Sicht ist gut zu verstehen, warum die Türken darauf bestanden, kurdische, lasische, tscherkessische, arabische, albanische und Bevölkerungsgruppen, die noch vor einigen Jahren im nationalen Befreiungskampf zusammen gekämpft hatten, nicht als Minderheit zu definieren und in Schutz zu nehmen. Während der Konferenz sagte İnönü dazu: *“Es wird so getan, als ob es ein großes Zugeständnis wäre, den Begriff Minderheit eingeschränkt definiert zu haben. Allerdings gibt es in der Türkei keine muslimische*

---

<sup>133</sup> Öke, Mim K.: Musul ve Kürdistan Sorunu 1918-1926. Ankara, 1992, S. 106.

<sup>134</sup> Kürkcüoğlu, Ömer: Türk-İngiliz İlişkileri (1919-1926). Ankara, S. 285, 286.

*Minderheit, weil verschiedene Bestandteile der muslimischen Bevölkerung weder im institutionellen noch im ausgeübten Sinne diskriminiert werden.*''<sup>135</sup>

### **3.4 Die Republikperiode**

Spätestens ab dem Tag seiner Ankunft in Samsun war Mustafa Kemal Pascha vor allem von zwei Gedanken angetrieben:: der nationalen Unabhängigkeit und der Gründung eines neuen türkischen Staates, basierend auf nationaler Herrschaft.<sup>136</sup>

Nachdem das Weiterbestehen des Landes und die Unabhängigkeit der Türken durch die Kriege, die fast 10 Jahre lang gedauert hatten, sichergestellt war, wurden die nationalen Grenzen und die Unabhängigkeit der Türkei durch das Abkommen von Lausanne weltweit anerkannt. Bei der Eröffnung des Parlamentes am 23. April 1920 rief er das Motto "die Herrschaft gehört bedingungslos dem Volk" aus und begann nach dem Friedensschluss, diesen Grundsatz umzusetzen.<sup>137</sup>

Obwohl das Sultanat am 1. November 1922 abgeschaffen wurde, bestand das Kalifat weiter und wurden von Teilen der Bevölkerung unterstützt. Es kam zu einem Machtkampf, der unter anderem in der Unsicherheit über das Staatsoberhaupt der Türkei resultierte. Gleichzeitig war die Abschaffung des Sultanats ein bedeutsamer Einschnitt, weil damit jene Regierungsform abgeschafft wurde, die die Türkei über sechs Jahrhunderte dominiert und beherrscht hatte. Die Anhänger von Mustafa Kemal Pascha gingen davon aus, dass die von ihnen bevorzugte neue Regierung allgemein angenommen würde, wenn erst einmal die Abschaffung des Kalifates allgemein akzeptiert war.<sup>138</sup>

Mustafa Kemal Pascha ließ einen Antrag auf Änderung der Verfassung vorbereiten und verkündete dann: "die Regierungsform des türkischen Staates ist die Republik". Die Ausrufung der Republik erfolgte am 29. Oktober 1923 im Parlament. Mustafa Kemal (Atatürk) wurde zum Staatspräsidenten gewählt.

---

<sup>135</sup> Vgl. Yıldız, Hasan: Fransız Belgeleriyle Sevr Lozan Musul Üçgeninde Kürdistan. Istanbul, 2005, S. 164.

<sup>136</sup> Atatürk, Mustafa Kemal: Nutuk. C. I, İstanbul, 1970, S. 12.

<sup>137</sup> Tülbentci, Feridun Fazıl: Cumhuriyet Nasıl Kuruldu? İstanbul, 1995.

<sup>138</sup> Vgl. Akbulut, Dursun Ali : Saltanatın Kaldırılması ve Sonuçları. Türkler, C. 16, S. 348.

Neben Nationalismus und Laizismus wurde auch Populismus zu einem der Grundsteine der Republik. Die Grundidee war, dass alle Staatsbürgerinnen und Staatsbürger ohne Klassen-, Rang-, Sprache-, Religions- und Berufsunterschied gleich waren. Die Unterscheidung auf Basis der Religion wurde abgeschafft. Widersprüchliche Klasseninteressen, sogar die Anwesenheit von Klassen wurde geleugnet. Die Gründung sozialistischer Parteien und von Gewerkschaften wurde verboten.<sup>139</sup> Der Populismus diente dazu, eine sich unterscheidende kulturelle Existenz von Kurden (oder Lasen oder Kaukasiern) während der Bildung der Nation zu verneinen und ignorieren und die Politik zu rechtfertigen, die die Kurden per Gesetz zu Türken erklärte.<sup>140</sup>

Die politischen und gesellschaftlichen Strömungen innerhalb der Kurden wurden nach der Gründung der Republik ganz wesentlich von der gesamtpolitischen Entwicklung in der Türkei beeinflusst und spielten eine wichtige Rolle beim sich wieder stärker entwickelnden Widerstand.

### **3.5 Die Verfassung von 1924 und die Kurden**

Weiter oben wurde unter der Überschrift *die Verfassung von 1921 und die Kurden* der Verfassungstext erwähnt, der die Beziehungen zwischen dem Staat und seinen Bürgern behandelt (in der Fassung vom 20. April 1924).

Die Tatsache, dass es im Staat keine Nation außerhalb der Türken gab, wurde im Begründungsteil der Verfassung von 1924 wie folgt erklärt: “Unser Staat ist ein Nationalstaat. Er ist kein internationaler oder nationenübergreifender Staat. Dieser Staat anerkennt keine Nation außer den Türken. (...)”<sup>141</sup> In der Verfassung von 1924 ist dazu zu lesen:

*Paragraph 10: Jeder Türke und jede Türkin hat ab 22 Jahren das aktive Wahlrecht.*

*Paragraph 11: Jeder Türke und jede Türkin hat ab 30 Jahren das passive*

---

<sup>139</sup> Bruinessen, Martin van: *Aga, Seyh, Devlet*. Istanbul, 2008, S. 402.

<sup>140</sup> Ebd.

<sup>141</sup> Yegen, Mesut: *Devlet Söyleminde Kürt Sorunu*. İstanbul, 2006, S. 118.

Wahlrecht.

*Paragraph 12: Personen, die im offiziellen Dienst ausländischer Staaten stehen, wegen Einbruch, Urkundenfälschung, Betrug, Glaubensmissbrauch oder betrügerischer Insolvenz verurteilt sind, die Staatsbürgerschaft eines anderen Staates innehaben, von öffentlichen Dienstleistungen ausgenommen sind oder Türkisch nicht in Wort und Schrift beherrschen, können nicht als Abgeordnete gewählt werden.*

*Paragraph 88: In der Türkei werden alle als Türken bezeichnet, ohne zwischen Religion und Rasse zu unterscheiden. Alle, die in oder außerhalb der Türkei wohnen und von einem türkischen Vater abstammen oder von einem in der Türkei wohnenden ausländischen Vater abstammen und in der Türkei leben und im Mündigkeitsalter die türkische Staatsbürgerschaft beantragen, oder vom Gesetz über die Staatsbürgerschaft als Türke akzeptiert werden, sind Türken. Die Eigenschaft des Türkentums geht in den im Gesetz festgelegten Fällen verloren.<sup>142</sup>*

Mit der Verfassung von 1924 wurde das aktive und passive Wahlrecht und die dafür geltenden Alteruntergrenzen festgelegt. Für die Erlangung diese Rechte war Voraussetzung, Türkin beziehungsweise Türke zu sein. Es wurde behauptet, dass der Ausdruck in der Staatsbürgerschaftsdefinition eine juristische Definition war.

Der Unterschied zwischen der Verfassung von 1924 und jener von 1921 liegt darin, dass zum ersten Mal versucht wurde, den Begriff "Türke" bewusst zu definieren.

Der achte Paragraph der Verfassung von 1876, den die Verfassung von 1924 fast völlig übernahm, hatte gelautet:

*„Egal welcher Religion und welcher Sekte sie angehören, werden im Osmanischen Reich Personen als Osmane bezeichnet.“<sup>143</sup>*

Die Verfassung von 1961 war einfacher. Der 66. Paragraph der geltenden Verfassung von 1982 wiederholt den 54. Paragraph der Verfassung von 1961;

---

<sup>142</sup> Kili, Suna / Gözübüyük, A. Şeref: Türk Anayasa Metinleri. İstanbul, S. 112, 128.

<sup>143</sup> Ebd. S. 44.



*„Jeder, der über die Staatsangehörigkeit mit dem türkischen Staat verbunden ist, ist ein Türke.“<sup>144</sup>*

Aus diesem Vergleich zwischen den Verfassungen kann man den Unterschied zur Verfassung von 1924 ablesen. Der Ausdruck *„hinsichtlich der Staatsbürgerschaft“* im Paragraph 88 bildete den Unterschied der Verfassung von 1924. Das Türkentum wurde als Fakt dargestellt. Es war nichts, von dem man einfach ein Teil werden konnte. Es ging um eine Klassifizierung des Türkentums - Türkentum einerseits als Staatsbürgerschaft und andererseits als mehr als Staatsbürgerschaft. Dieser Umstand, der zeigt, wie das Parlament das Türkentum erklärte, zeigt außerdem, warum die Kurden als eine Gruppe angenommen wurden, die durch Assimilation zu Türken werden konnten. Die Kurden wurden auch deshalb immer innerhalb der Grenzen des Türkentums betrachtet, weil sie gleichzeitig Muslime sind. Sie bildeten einen muslimischen Bestandteil von Anatolien und wurden deshalb als zukünftige Türken behandelt. Dies war in vielen Fällen durchaus auch im Interesse der Kurden, und so wurden viele Kurden zu Türken.<sup>145</sup>

Eine Gruppe von Offizieren der türkischen Armee, die Mitglieder von Azadi (Freiheit) waren, berichteten im September 1924 dem englischen Geheimdienst über die Behandlung der Kurden durch die türkische Regierung:

*1. Ein neues Gesetz bezüglich der Minderheiten führte zu Unruhen. Es herrschte Angst davor, dass die Türken die Kurden im Westen der Türkei sprengen und anstatt der Kurden Türken den Osten der Türkei besiedeln.*

*2. Die letzte Verbindung zwischen den Türken und Kurden, das Kalifat, wurde abgeschaffen.*

*3. Die Anwendung der kurdischen Sprache in Schulen und Gerichten wurde eingeschränkt. Bildung auf Kurdisch wurde verboten. Das führte zum Untergang der Bildung unter den Kurden.*

*4. Das Wort „Kurdistan“, das früher als ein geographischer Begriff angewendet worden war, wurde aus allen Geographiebüchern verbannt.*

*5. Alle hohen Staatsangestellten in Kurdistan waren Türken. Es gab nur einige,*

---

<sup>144</sup> Kili, Suna / Gözübüyük, A. Şeref: Türk Anayasa Metinleri. İstanbul, S. 188, 283.

<sup>145</sup> Vgl. Yegen, Mesut: Müstakbel Türk'ten Sözde Vatandasa. İstanbul, 2006, S. 73.

*gewählte Kurden auf niedrigeren Stufen.*

*6. Es gab keine ausreichenden Dienstleistungen im Vergleich zu den bezahlten Steuern.*

*7. In östlichen Städten intervenierte die Regierung bei den Wahlen im Jahre 1923.*

*8. Die Regierung verfolgte immer die Politik, Volksstämme gegeneinander aufzuhetzen und auszunützen.*

*9. Die türkischen Soldaten überfielen oftmals die kurdischen Dörfer und stahlen Tiere. Wenn Sie Essen bekamen, bezahlten sie dafür nicht oder nicht ausreichend.*

*10. Die Stellung und Position der Kurden war in der Armee nicht jener der Türken gleichgestellt. Die Kurden wurden für schwierige und unerwünschte Aufgaben eingesetzt.<sup>146</sup>*

Diese Beschwerden waren wesentliche Gründe für die starke Unterstützung der kurdischen nationalen Bewegung.

### **3.6 Die kurdischen Aufstände in der Republikperiode (1923-1938)**

Ab der Ausrufung der türkischen Republik gab es folgende kurdischen Aufstände:<sup>147</sup>

- *Nasturi-Aufstand (12.-28. September 1924)*
- *Scheich-Said-Aufstand (13. Februar – 31 Mai 1925)*
- *Rockotan- und Raman-Operation (9.-12. August 1925)*
- *Sason-Aufstand (1925-1937)*
- *Erste Ararat-Operation (16. Mai – 17. Juni 1926)*

---

<sup>146</sup> Kurdish nationalist society in East anatolia“, FO 371, 1924: E11093/11093/65.

<sup>147</sup> T.C'de Ayaklanmalar (1924-1938): Ankara, 1972.

- *Kocusagi-Aufstand (7.-30. Oktober 1926)*
- *Mutki-Aufstand (26. Mai – 25. August 1927)*
- *Zweite Ararat-Operation (13.-20. September 1927)*
- *Bicar-Tenkil-Operation (7. Oktober – 17. November 1927)*
- *Asi-Resul-Aufstand (22. Mai – 3. August 1929)*
- *Tendürek-Operation (4.-27. September 1929)*
- *Savur-Teknil-Operation (20. Mai – 9. Juni 1930)*
- *Zeylan-Aufstand (20. Juni – September 1930)*
- *Omar-Aufstand (16. Juli – 10. Oktober 1930)*
- *Dritte Ararat-Operation (September 1930) (Türkçe metinde tarihte hata var)*
- *Pülümür-Operation (18. Oktober – 14. November 1930)*
- *Dersim-(Tunceli)-Operation (1937-1938)*

Die größeren Aufstände, die die Regierung zur Ergreifung von Maßnahmen zwangen, waren der Scheich-Said- und der Dersim-Aufstand.

### 3.6.1 Der Scheich-Said-Aufstand (13. Februar – 31. Mai 1925)

Die Ursache für den Scheich-Said-Aufstand waren die Ermordung von Halit Pascha<sup>148</sup>, die zu politischen Unruhen führte, und die politischen Probleme, die während der Gründung der Republik zutage traten und im Parlament zu Diskussionen führten. Dieser Aufstand spielt eine wichtige Rolle in der kurdischen Befreiungsgeschichte.

Der Scheich-Said-Aufstand begann am 13. Februar 1925 in Bingöl und breitete sich schnell in den Gebieten um Elazığ und Diyarbakir aus. Obwohl die Rebellen vorhatten, den Aufstand erst ein paar Monate später nach einer guten Vorbereitungsphase zu starten, begann der Aufstand im Februar, nachdem einige Soldaten in die Wohnung des Bruders von Scheich Saida im Dorf Piran eindrangen und versuchten, zwei Flüchtlinge zu verhaften, was zu Feuertreffen führte.<sup>149</sup> Der Aufstand breitete sich wie geplant (aber eben viel zu bald) aus und hielt bis zum 15. April 1925 an. In den Gebieten von Genc, Bingöl, Mus, Diyarbakir, Tunceli, Elazığ, Ergani, Palu, Cermik, Cemishezek, Silvan, Siirt und Urfa kam es zu Gefechten.<sup>150</sup>

Weil der Aufstand früher als geplant begann, war er nicht ausreichend koordiniert und vorbereitet und führte dazu, dass die Rebellen das Ziel eines eigenständigen Kurdistan nicht artikulieren und keinen Kontakt mit dem Völkerbund aufnehmen konnten. Außerdem verloren die Führer des Aufstandes die Kontrolle. Scheich Said wurde Emir-ül Mücahidin (islamischer Kämpfer) genannt und als der Vertreter des Kalifen und der Muslimen dargestellt.<sup>151</sup>

Es gab viele Gefechte in Capakcur (Bingöl), Mus, Diyarbakir und Elazığ, wo die Aufständischen versuchten, den Sicherheitskräften Widerstand zu leisten. Sie bemühten sich

---

<sup>148</sup> Kalafat, Yaşar: Şark Meselesi Işığında Şeyh Sait Olayı Karakteri Dönemindeki İç ve Dış Olaylar. 1988, S. 97, 99.

<sup>149</sup> Vgl. İlhan, Suat: 8'inci Kolordu Bölgesindeki İsyandar. İstanbul, 1971, S. 54, 55; Olson, Robert: Kürt Milliyetçiliğinin Kaynakları ve Şeyh Said İsyanı. Ankara, 1992 S. 144.

<sup>150</sup> Vgl. Kalafat, Yaşar: Şark Meselesi Işığında Şeyh Sait Olayı Karakteri Dönemindeki İç ve Dış Olaylar. 1988, S. 154.

<sup>151</sup> Göktas, Hıdır: Türkiye Cumhuriyetinde İsyandar. 1992, S. 56,61; Mumcu, Uğur: Kürt-İslam Ayaklanması 1919-1925. İstanbul, 1991, S. 54.

insbesondere darum, Diyarbakır zu erstürmen. Am 29. Februar kam es zu einem Sturm von zehntausend Personen auf Diyarbakır, der jedoch fehlschlug.<sup>152</sup>

Als Scheich Said die Kontrolle über den Aufstand verloren hatte und dieser sich immer weiter ausbreitete, entschied sich die Regierung, härter gegen den Aufstand vorzugehen. In vierzehn Städten wurde der Ausnahmezustand ausgerufen.

Am 25. Februar 1925 deutete Kanzler Fethi an, dass ein Rebell mit einem Brief abgefangen worden war, laut dem die türkische Regierung plante, achthundert Personen in dieser Region zu töten. Einer davon sei Scheich Said, und dieser habe nun den Aufstand organisiert, um sich selbst zu retten. Der Kanzler zitierte auch einen anderen Bericht vom 17. Februar, laut dem der Aufstand als Deckmantel für weitere kurdische Aktionen diene.<sup>153</sup>

Die türkische Regierung bezeichnete den Scheich-Said-Aufstand als eine reaktionäre und degenerierte Bewegung, die von primitiven religiösen Führern und Anführern von Volksstämmen organisiert wurde. Ausgehend von dieser Annahme wurde ein Gesetz verabschiedet, das „die Ausnutzung der Religion oder der heiligen religiösen Begriffe als Landesverrat“ definierte.<sup>154</sup>

Nachdem die neue Regierung am 3. März ein Vertrauensvotum erhalten hatte, verabschiedete sie das strenge Gesetz zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung (Seferberlik ve Takrir-i Sükun Kanunu), um die staatliche Autorität und die Ruhe in der Region wiederherzustellen. Für die Umsetzung dieses Gesetzes wurden zwei Obergerichte (Unabhängigkeitsgerichte) in Ankara und in Ostanatolien gegründet, die zumeist an die Stelle von Militärgerichten treten sollten.<sup>155</sup>

Im ersten Paragraph dieses Gesetzes stand: *“Die fortschrittsfeindlichen Organisationen, die zu Unruhen im Lande führen, Agitationen und Hetzereien, Aktivitäten und Veröffentlichungen können mit der Genehmigung der Regierung offiziell verboten werden. Die Beschuldigten*

---

<sup>152</sup> Bruinessen, Martin Van: Osmanlıcılıktan Ayrılıkçığa Şeyh Said Ayaklanmasının Dini ve Etnik Arka Planı. Berlin, 1983, S. 387, Olson Robert: 1992 Kürt Milliyetçiliğinin Kaynakları ve Şeyh Said İsyanı. Ankara, 1992, S. 164, 166.

<sup>153</sup> Vgl. Gologlu, Mahmut: Devrimler ve Tepkileri (1924-1930). Ankara, 1972, S. 101, 103.

<sup>154</sup> Vgl. Jwaideh, Wadie: Kürt Milliyetçiliğinin Tarihi Kökenleri ve Gelişimi. Istanbul, 2008, S. 411.

<sup>155</sup> Genelkurmay Belgelerinde Kürt İsyanları. İstanbul, 1992, S. 156.

*können von Unabhängigkeitsgerichten verurteilt werden.*'' Dieses strenge Gesetz zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung wurde am 4. März verabschiedet.<sup>156</sup> Der Vorschlag von İsmet Paşa, die Unabhängigkeitsgerichte in Ankara und Diyarbakır zu gründen, wurde akzeptiert.<sup>157</sup> So entstand aus Sicht der Kurden ein repressives Staatssystem. Sie wurden immer mehr zu einem Volk, das unterdrückt werden musste. Ab diesem Zeitpunkt wurde die Existenz von Kurden nicht mehr anerkannt. Eine Politik der Gewalt und Zerstörung begleitete diesen Schritt. Als eine Antwort organisierten die Kurden zahlreiche Aufstände, konnten sich aber nicht durchsetzen.<sup>158</sup>

In der Nacht vom 14. auf den 15. April musste sich Scheich-Said in Varto ergeben. Einige Gefährten wurden mit Scheich Said vor das Unabhängigkeitstribunal in Diyarbakır gebracht. Am 29. Juni 1925 wurde er zum Tode verurteilt und gehängt.<sup>159</sup>

Nach kurdischen Angaben wurden in der Folge des Aufstands 206 Dörfer zerstört, 8752 Häuser verbrannt und 15206 Frauen, Männer und Kinder umgebracht. Eine unabhängige Bestätigung dieser Daten liegt nicht vor.

Laut Süreyya Bedirxan beträgt die Zahl der Kurden, die von der türkischen Regierung getötet oder ins Exil geschickt wurden, insgesamt eine Million. Der Historiker Chirguh nennt andere Daten zu dem Thema. Laut ihm wurden allein in den Wintern 1925/1926, 1926/1927 und 1927/1928 mehr als 500000 Personen in die Emigration gezwungen, von denen 200000 auf der Flucht in den Westen starben. Bei Gefechten starben 2400 Kurden und 50000 Türken. Die Kosten der Operation auf türkischer Seite betragen 60 Millionen türkische Lira.<sup>160</sup>

### **3.6.2 Die Organisation Xoybun (Unabhängigkeit) (1927)**

Nach der Niederschlagung des Scheich-Said-Aufstands bestand der kurdische Widerstand in Form kleiner und zusammenhangsloser Gruppen weiter. Viele Kurden waren festgenommen worden, andere gingen ins Exil – besonders die kurdischen Intellektuellen. Die Gruppen

---

<sup>156</sup> Genelkurmay Belgelerinde Kürt İsyanları. İstanbul, 1992, S. 156, 157.

<sup>157</sup> İnönü, İsmet: Hatıralar. Ankara, 1987, S. 200.

<sup>158</sup> Kandil, Sinan Sahin: Bir Uygurluk Hastalığı Milliyetçilik. Deutschland 2010, S. 255.

<sup>159</sup> Mumcu, Uğur: Kürt-İslam Ayaklanması 1919-1925. İstanbul, 1991, S. 103, 105.

<sup>160</sup> Jwaideh, Wadie: Kürt Milliyetçiliğinin Tarihi Kökenleri ve Gelişimi. İstanbul, 2008, S. 408, 409.

organisierten sich neu und veranstalteten einen geheimen Kongress, an dem langjährige Mitglieder der Gemeinschaft des Fortschritts Kurdistan, der Gemeinschaft für kurdische gesellschaftliche Organisation, der Partei der kurdischen Nation und der Gemeinschaft für ein freies Kurdistan teilnahmen. Auf diesem Kongress wurde die Organisation Xoybun gegründet. Einige ihrer wichtigsten Mitglieder waren Memduh Selim, Mehmet Sükrü Bedirxan, Xalil Rami Bedirxan, Celadet Bedirxan und Kamuran Bedirxan.<sup>161</sup>

Es wirkten auch viele Armenier in der Organisation Xoybun mit, und vielen Büchern zufolge waren sie auch an deren Gründung beteiligt. Laut Garo Sasoni definierte der Kongress in seinem Bericht den Zweck und die allgemeine Haltung der Organisation wie folgt:

*Der erste kurdische Kongress fasste den Beschluss, die Kurden, die von der türkischen Regierung unterdrückt werden und mit grausamen Umständen und Massakern konfrontiert sind, unter Berücksichtigung der Wünsche der kurdischen Nation nach Souveränität und Unabhängigkeit zu unterstützen und einen unabhängigen kurdischen Staat zu gründen.*

*Der Kongress erwartet, dass die englische und irakische Regierung die Forderung des Völkerbundes nach kurdischer Autonomie im Irak unterstützen.*

*Der Kongress bedankt sich herzlich bei der englischen, französischen, syrischen, iranischen und irakischen Regierung dafür, dass sie die kurdischen Asylanten einwandern ließen.*

*Der Kongress bekräftigt, dass in Armenien und Kurdistan seit Jahrhunderten Armenier und Kurden wohnen. Sie bemühen sich um ihre Souveränität und lehnen die Herrschaft eines anderen Staates ab, weil diese beiden Länder ausschließlich zur armenischen und kurdischen Nation gehören.<sup>162</sup>*

Die Organisation forderte die Unabhängigkeit für Nordkurdistan und Autonomie für Südkurdistan, das englischer und französischer Herrschaft unterlag.

---

<sup>161</sup> Vgl. Kandil, Sinan Sahin: Bir Uygurlik Hastaligi Milliyetçilik. Deutschland, 2010, S. 255.

<sup>162</sup> Ebd.

Diese neue Organisation ersetzte alle anderen alten kurdischen nationalistischen Gemeinschaften, indem alle sich freiwillig auflösten und in Xoybun zusammenschlossen.<sup>163</sup>

Der Ararat Aufstand wurde von Xoybun organisiert.

Der Führer des militärischen Arms der Organisation, Ihsan Nuri Pascha, betonte in einem Treffen mit einem Komitee aus von der Regierung entsandten Parlamentsabgeordneten, dass es bezüglich der Unabhängigkeit von Kurdistan keine Zugeständnisse geben könne und die Okkupation Kurdistans so schnell wie möglich beendet werden müsse. Der Ararat Aufstand wurde 1931 mit Unterstützung der Sowjetunion und des Iran niedergeschlagen.<sup>164</sup>

### **3.6.3 Der Ararat Aufstand (1927 – 1931)**

Die Niederschlagung des Scheich-Said-Aufstands, die Entwaffnung der Kurden, das strenge Vorgehen der Gerichte gegen die Rebellen, die Türkisierung aller Teile der Gesellschaft und Politik, also zusammenfassend die gesamte Assimilationspolitik war nicht geeignet, das Kurdenproblem zu lösen, weil die Unterdrückung, die Ungerechtigkeit und die Bestrafungen der Verursacher von kurdischen Aufständen immer noch existierten.<sup>165</sup> In der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre herrschten Guerillatätigkeiten im türkischen Kurdistan (Nordkurdistan). Kleine und große kurdische Guerillagruppen organisierten Angriffe auf die türkischen Sicherheitskräfte.

In den Jahren 1928 bis 1929 sammelten die von den Sicherheitskräften verfolgten Kurden ihre Kräfte in den bergigen Gebieten im Osten der Türkei. Der Berg Ararat wurde zum zentralen Rückzugsgebiet und zur Operationsbasis. Weil sie in den ungleichen Gefechten mit den Sicherheitskräften besiegt wurden, siedelten sie sich hoch in den Bergen an, um effizientere Kampfstrategien zu entwickeln.<sup>166</sup>

Das militärisch-politische Komitee Xoybun organisierte diesen Aufstand, der eine wichtige Rolle im Nationalbewusstsein der Kurden einnimmt. Das Xoybun Komitee war eigentlich

---

<sup>163</sup> Jwaideh, Wadie: Kürt Milliyetçiliğinin Tarihi Kökenleri ve Gelişimi. Istanbul, 2008, S. 419.

<sup>164</sup> Vgl. Kandil, Sinan Sahin: Bir Uygarlık Hastalığı Milliyetçilik. Deutschland, 2010, S. 256.

<sup>165</sup> Lazarev, M.S. / Mihoyan, Ş.X., / Vasilyeva, E.I. / Gasratyan, M.A. / Jigalina, O.I.: Kürdistan Tarihi. Istanbul, 2001, S. 238.

<sup>166</sup> Vgl. Ebd. S. 239.



eine politische Partei, die ihr eigenes Programm und eigene Statuten hatte und als ihren Zweck die Unabhängigkeit von Kurdistan definierte.

Ihsan Nuri, der nach Beginn des Aufstandes auch „Pascha“ genannt wurde, war ursprünglich Major in der türkischen Armee und führte 1925 eine Gruppe aus rebellierenden Soldaten an.<sup>167</sup>

1928 gab es de facto einen sehr kleinen kurdischen Staat auf dem Berg Ararat. Eine Armee aus ein paar tausend kurdischen, gut ausgebildeten Kämpfern wurde gegründet. Es wurden Munitionslager aufgebaut und ein regionales Verwaltungssystem und eine militärische Hierarchie entwickelt. Die kurdische Fahne flatterte in dieser Region. Dieses Gebiet sollte den Kern eines zukünftigen kurdischen Staates bilden. Die türkische Regierung zeigte sich kompromissbereit und versuchte, das Problem durch Verhandlungen zu lösen. Sie forderte im September 1928 von Ihsan Pascha eine Entwaffnung der Kurden und bot im Gegenzug eine Generalamnestie und einige persönliche Privilegien an. Auf die Forderung nach Autonomie wurde jedoch nicht eingegangen, weshalb das Angebot von den Kurden abgelehnt wurde.<sup>168</sup>

In der Folge verstärkte die Türkei die Bemühungen um eine militärische Zerschlagung des Aufstandes. Nach mehreren erfolgreichen Operationen führten die türkischen schließlich am 5. September 1930 in der Region um den Berg Ararat einen neuen Angriff durch. Zwar konnten die Kurden einige Gefechte gewinnen, aber im Laufe der Zeit mussten sie sich aufgrund der quantitativen und technischen Übermacht der Türken aus der Region zurückziehen. Ihsan Nuri und einige andere Führer schafften es, in den Iran zu flüchten.<sup>169</sup>

Schwere und strenge Bestrafungen folgten der Niederschlagung des Aufstands. Zwangsläufige Immigrationen, Massenfestnahmen, schnelle Vollstreckungen und Bombardierungen von kurdischen Dörfern waren die Folge.<sup>170</sup>

---

<sup>167</sup> Jwaideh, Wadie: Kürt Millyetçiliginin Tarihi Kökenleri ve Gelisimi. Istanbul 2008, S.. 420.

<sup>168</sup> Vgl. Ebd.

<sup>169</sup> Lazarev, M.S. / Mihoyan, Ş.X., / Vasilyeva, E.I. / Gasratyan, M.A. / Jigalina, O.I.: Kürdistan Tarihi. Istanbul, 2001, S. 240.

<sup>170</sup> Jwaideh, Wadie: Kürt Millyetçiliginin Tarihi Kökenleri ve Gelisimi. Istanbul 2008, S. 423.

### 3.6.4 Der Dersim Aufstand (1937-1938)

Dersim (das heutige *Tunceli*) und seine Umgebung waren sowohl im osmanischen Reich als auch später für die türkische Republik eine problematische Region. Das Interesse des Staates an Dersim begann mit den Reformen (Tanzimat) im Jahre 1839. Dieses Interesse hatte zwei Gründe: Erstens war Dersim eine potentielle finanzielle Quelle für den ärmer werdenden Staat, weil bis zu den Reformen dort keine Steuern eingehoben wurden.. Zweitens brauchte die neue Armee neue Soldaten, und diese hoffte man in Dersim rekrutieren zu können.<sup>171</sup>

Beginnend mit Gouverneur Arif Pascha wurden im späten neunzehnten und frühen zwanzigsten Jahrhundert regelmäßig Berichte über die Region erstellt. In diesem sind unter anderem folgende Zitate zu finden:

*Die geographische und gesellschaftliche Struktur von Dersim ist geeignet für Raub und Aufstand. Deshalb zahlen Leute in Dersim keine Steuern und leisten außerdem keinen Militärdienst.*

*Weil der Boden unfruchtbar ist, wendet sich das Volk dem Raub zu.*

*Die tatsächlichen Herren der Bevölkerung sind die Scheiche, religiöse Führer, feudale Herren und Führer von Volksstämmen. Die staatliche Herrschaft muss in Dersim unbedingt durchgesetzt werden.*

*Der Gehorsam kann nicht nur durch die Existenz von Soldaten und Sicherheitskräften geschaffen werden. Neben Bedrohungen braucht man auch Reformen.*

*Die Bevölkerung von Dersim stammt eigentlich von Turkmenen ab und wurde erst später zu Kurden. Es müssen auch Schulen neben Kasernen aufgebaut werden, damit sie sich an ihren türkischen Wurzeln erinnern.*

*Man darf nicht in jedem Fall eine weiche Haltung einnehmen. Religiöse Führer*

---

<sup>171</sup> Vgl. Bulut, Faik: Dersim Raporları. İstanbul, 2005, S. 65.

*und feudale Herren müssen ins Exil geschickt werden.*

*Damit die Ereignisse in Dersim sich nicht wiederholen, müssen die Häuser und Dörfer niedergebrannt werden. Die Bevölkerung muss in verschiedenen Orten des Landes angesiedelt werden.*<sup>172</sup>

In einem anderen Bericht über die Region betonte Ziya Gökalp die Notwendigkeit, bei der Bevölkerung den Übergang vom Nomadentum zur Sesshaftigkeit herbeizuführen. Er beschreibt, dass aufgrund der gebirgigen Landschaft kaum Möglichkeiten für die Landwirtschaft vorhanden seien. Er empfiehlt daher die Umsiedelung in besser geeignete Gebiete. Außerdem stellte er fest, dass die Kurden den Militärdienst nicht in weit entfernten Städten leisten wollten. Er empfahl daher, die Möglichkeit zu schaffen, in regionalen Bataillonen bei der Produktion und bei Bauarbeiten zu arbeiten. Dadurch könnte es vermieden werden, dass sich die Kurden durch Emigration dem Militärdienst entzogen.<sup>173</sup>

Inspektor Ibrahim Tali besuchte Dersim 1928 und verfasste 1930 einen Bericht für das Innenministerium. Er schlug vor, die Kommunikation von Dersim mit der Außenwelt zu unterbinden, den Handel und Angriffe zu verhindern, die Stadt vollständig einzukesseln und die Verursacher der Unruhen festzunehmen und in den Westen ins Exil zu schicken. Außerdem sollten die Scheiche, religiöse Führer und Kalifate zur Emigration gezwungen, die Landwirtschaftsflächen unter den Bauern aufgeteilt, die Bevölkerung besteuert, die Bauer ohne Grundbesitz in Westanatolien angesiedelt, und die Häuser in gebirgigen Regionen verbrannt werden.<sup>174</sup>

Der Innenminister Sükrü Kaya bestimmte 347 Familien von Feudalherren, die in den Westen der Türkei übersiedelt werden sollten. Laut dem Erlass mussten 76 Familien nach Tekirdağ, 38 nach Edirne, 56 nach Kırklareli, 65 nach Balıkesir, 73 nach Manisa und 34 Familien nach İzmir umziehen. Für insgesamt 3470 wurden dafür 3000 türkische Lira bereitgestellt.<sup>175</sup>

---

<sup>172</sup> Bulut, Faik: Dersim Raporları. İstanbul, 2005, S. 71, 73.

<sup>173</sup> Vgl. Gökalp, Ziya, Haz.: Şevket Baysanoğlu: Kürt Aşiretleri Hakkında Sosyolojik Tetkikler. İstanbul, 1992, S. 49, 50.

<sup>174</sup> Vgl. Mumcu, Uğur: Kürt Dosyası. Ankara, 2005, S. 31, 33.

<sup>175</sup> Ebd. S. 47, 51.

Der Dersim Aufstand unter der Führerschaft von Seyid Ali Riza begann 1937 aufgrund Unzufriedenheiten mit der Regierung. Der Aufstand wurde 1938 in einer Militäraktion niedergeschlagen. Elphinston analysiert die Gründe für den Aufstand wie folgt:

*Aufgrund der uns vorliegenden Beweise bemerken wir, dass die Politik der türkischen Regierung zuerst zur Feindschaft mit den patriarchalischen, feudalen kurdischen Herren und dann zur Opposition der religiösen Führer führte. Als Folge dessen hatte das kurdische Volk Angst davor, die eigene ethnische und selbstständige Identität zu verlieren.*<sup>176</sup>

Es gibt keine offiziellen Statistiken zu den Opferzahlen des Aufstands. Laut W. Jwaideh starben 33 Soldaten, 60 Soldaten wurden verwundet, während 163 Rebelle starben und 866 Rebellen verwundet wurden. 60 Dörfer wurden niedergebrannt.<sup>177</sup> An anderer Stelle ist von 40.000 Toten im Verlauf des Aufstandes die Rede.<sup>178</sup>

Nachdem der Aufstand niedergeschlagen worden war, verkündete Innenminister Celal Bayar in einer Rede im Parlament, dass es kein Kurdenproblem mehr gäbe und die Banditen mit roher Gewalt zivilisiert würden. Laut Elphinston *„blieb diese Erklärung bis heute die offizielle Haltung der Türken. Heute ist in offizieller Sprachweise von den Kurden als Türken in Bergen die Rede“*. Während des Dersim- und Ararat-Aufstandes gab es darüber keine Diskussion im Parlament. Die notwendigen Gesetze wurden schnell mit bloßer Abstimmung ohne Diskussion beschlossen, eine Opposition war nicht erlaubt.<sup>179</sup>

### **3.7 Lösungsvorschläge nach den Aufständen**

Nach den kurdischen Aufständen wurden vom Staat Berichte mit Lösungsvorschlägen verfasst. Kemalettin Sami Pascha, der 1925 die türkische Armee gegen den Scheich-Said-Aufstand kommandierte, unterbreitete den ersten Lösungsvorschlag mit folgenden Inhalten: Die Aufstände mussten mit roher Gewalt niedergeschlagen werden, alle Kurden - egal ob

---

<sup>176</sup> Elphinston, W. G.: Kurds and the Kurdish Question. JRCAS, 1948, S. 44.

<sup>177</sup> Göktaş, Hıdır: Türkiye Cumhuriyetinde İsyandar. 1992, S. 56, 61.

<sup>178</sup> Jwaideh, Wadie: Kürt Millyetçiliginin Tarihi Kökenleri ve Gelisimi. Istanbul, 2008, S. 419.

<sup>179</sup> Vgl. Göktaş, Hıdır: Türkiye Cumhuriyetinde İsyandar. 1992, S. 56, 61.

Rebellen oder nicht - mussten entwaffnet werden, die Kurden mussten in verschiedenen Regionen der Türkei angesiedelt werden, damit sie keine Mehrheit bildeten und zuletzt sollten Türken in den kurdischen Regionen angesiedelt werden.<sup>180</sup>

Der zweite Lösungsvorschlag war der Reformplan für den Osten (Sark Islahat Planı). Ab dem Jahre 1925 wurden viele Berichte über den Osten und Südosten verfasst, die später in einem Gesamtbericht zusammengefasst werden sollten. Das Komitee für Reform im Osten bestand aus dem Innenminister Cemil Uybadin, dem Justizminister Mahmut Esat Bozkurt, dem Parlamentsabgeordneten aus Cankiri, Abulhalik Renda, und dem Generalstabschef Kazim Orbay. Folgende Reformen waren für den Osten vorgesehen:

- Fortdauernder Ausnahmezustand
- Unterteilung des Landes in kleinere Inspektionsregionen
- Bildung einer gemeinsamen Inspektionsregion für Hakkari, Van, Mus, Bitlis, Siirt, Genc, Diyarbakir, Mardin, Urfa, Siverek, Elazığ, Dersim, Malatya, Ergani, Beyazit, Pülümür, Kigi und Hınıs
- Ausschluss der Einheimischen von Zivil- oder Militärgerichten in der Region
- Ansiedelung von Türken im (ehemaligen) armenischen Siedlungsgebiet in der Region zwischen Van und Midyat
- Ermutigung der Lasen und Georgiern, die in Rize, Trabzon und im Nordosten von Erzurum lebten, in den Süden zu migrieren
- Rücksiedelung der Kurden, die sich in den von den Armeniern verlassenen Regionen angesiedelt hatten, in ihre ursprünglichen Siedlungsgebiete oder Umsiedelung nach Westanatolien.
- Entfernung der Kurden aus der Bürokratie
- Verbot der kurdischen Sprache in Stadtzentren, Märkten, Behörden, Ämtern und Schulen in den Gebieten von Malatya, Elazığ, Diyarbakir, Bitlis, Van, Mus, Urfa, Ergani, Hozat, Ercis, Adilcevaz, Ahlat, Palu, Carsacak, Cemiskezek, Ovacik, Hisni, Mansur, Behisni, Arga, Hekimhan, Birecik und Cermik.
- Verbot der kurdischen Sprache westlich des Euphrats.
- Schaffung von Türkeizentren und –schulen in Regionen mit kurdischer oder arabischer

---

<sup>180</sup> Vgl. Lazarev, M.S. / Jagalina, O.D.İ. / Gasaratyan, M.A. / Mihoyan, Ş.; Haz. C. Celil: Yeni ve Yakın Çağda Kürt Siyaset Tarihi. İstanbul, S. 156, 157.

Mehrheit, in denen einmal eine türkische Mehrheit existiert hatte.<sup>181</sup>

Bei einer Konferenz schlug Abidin Özmen einen anderen Lösungsansatz vor. Er nannte 1937 Assimilation als eine Möglichkeit, den kurdischen Nationalismus zu unterbinden. In den östlichen Städten (um den Vansee, in die Mus-Ebene, in Bulanik und Malazgirt) und in allen Gegenden, die infrastrukturell mit Bahn oder Straßen erschlossen waren, sollten Türken angesiedelt werden. Dazu sollten Schulen aufgebaut werden, in denen die Kurden Türkisch lernen konnten, und "Türkenzentren" gegründet werden, um die "Assimilation" voranzutreiben. Die kurdische Sprache musste in Behörden und Ämtern verboten werden. Den Beamten, die kurdisch sprachen, musste dies untersagt werden. Im Falle einer Wiederholung sollten die Löhne gesenkt werden. Die Herrschaft der Feudalherren sollte abgeschaffen und der Straßenbau in der Region vorangetrieben werden. Wenn notwendig sollten auch junge Männer, die das Militäralter erreicht hatten, daran mitarbeiten.<sup>182</sup>

In einem Bericht, der vermutlich 1939-1940 verfasst und dem Generalsekretariat der CHP (der republikanische Volkspartei) vorgelegt wurde, finden sich folgende Analyse:

*"...Die türkische Republik stellt einen "Nationalstaat" dar. In diesem Sinne unterscheidet sich die türkische Republik stark vom osmanischen Reich, indem die Nationalität im Vordergrund steht. Der Weiterbestand eines selbstständigen Staates in diesem Land ist nur dann möglich, wenn die Nationalität eine primäre Rolle spielt. Die türkische Republik, die auf einer gesunden Basis gegründet ist, hat dieses Grundprinzip des Nationalismus als eines der wichtigsten Prinzipien definiert und das mit dem Gesetz über die grundlegende Organisation klargemacht.*

*Sowohl in der stärksten Zeit (im 16. Jahrhundert) der Osmanen, in der die Grenzen im Osten bis zur Wolga, im Westen bis Wien, im Süden bis zum Golf von Basra und in Afrika bis Marokko ausgedehnt waren, als auch in der schwächsten Zeit unter Abdülhamid II. trugen die Türken die schwersten Belastungen, bildeten aber nicht die Mehrheit in diesem Land. In der heutigen*

---

<sup>181</sup> Yıldız, Ahmet: Ne Mutlu Türküm Diyebilene - Türk Ulusal Kimliğinin Etno-Seküler Sınırları (1919-1938). İstanbul, 2001, S. 246, 247.

<sup>182</sup> Vgl. Mumcu, Uğur: Kürt Dosyası. Ankara, 2005, S. 99, 100.

*türkischen Republik hingegen ist die Mehrheitsfrage klar geklärt. Mindestens 85% der Bevölkerung hat Türkisch als Muttersprache. Die restlichen 15% haben eine andere Muttersprache. Unsere einzige Aufgabe diesbezüglich ist, im Sinne der Muttersprache "eine Nation als eine Einheit" zu bilden.*'<sup>183</sup>

Der Zweck des türkischen Nationalismus innerhalb des Staates wurde wie folgt erklärt:

*"Eine Einheit, die nur eine einzige Sprache spricht und im Sinne von Kultur und Idealen eine politische und gesellschaftliche Übereinstimmung darstellt, das heißt ein einheitliches Volk mit einer einzigen Sprache und mit denselben Idealen, zu bilden. Einen Turkismus, der nicht mit engen ethnischen und geographischen Perspektiven trennt und vermindert, sondern die Wünsche, Sprache und die kulturelle Einigkeit beachtet und vermehrt, hervorzubringen und zu überwachen, ist die Aufgabe unserer Partei."*

Die Instrumente, um dieses Ziel zu erreichen, waren:

- Die Aneignung des Verständnisses eines einheitlichen Volks seitens der Partei, die Schaffung eines Nationalbewusstseins, sodass sich jedes Individuum im Lande als Türke fühlt und sieht und keine andere Nationalismusperspektive als Turkismus hat.<sup>184</sup> Die Schaffung von Individuen, die dieselbe Sprache sprechen, mit einer einheitlichen Kultur und mit durch einheitliche Ideale miteinander verbunden sind
- Die Änderung der Territorien anderer Völker als der Türken, um die Gemeinschaften aufzubrechen.
- Die Schaffung wirtschaftlicher Abhängigkeit für die von den Türken unterschiedlichen Völker.
- Die Ausbreitung der nationalen einheitlichen Kultur.
- Die Förderung von Verwandtschaften zwischen Türken und Minderheiten.<sup>185</sup>

---

<sup>183</sup> Bulut, Faik: Kürt Sorununa Çözüm Arayışları - Devlet ve Parti Raporları - Yerli ve Yabancı Öneriler (1920-1997). İstanbul, 1998, S. 168, 169.

<sup>184</sup> Ebd. S. 174.

<sup>185</sup> Ebd. S. 175.

In diesem Bericht wurde betont, dass die Kurden das wichtigste Nationalitätsproblem in der Türkei bildeten:

*“Egal was ihre Rasse oder alte Nationalität war - wir haben keine sprachliche Einheit mit den Kurden, und dies ist der wichtigste Bestandteil der nationalen Einheit. Es ist notwendig, diese eindeutige Realität zu akzeptieren. Es hilft nichts, sie als “Bergtürken oder Türken der Hochebene” zu bezeichnen. Das führt nur zu einem Selbstbetrug. Wir können mit diesen Argumenten weder die Kurden noch andere überzeugen. Es ist notwendig, zu akzeptieren und zuzugeben, dass in vielen Regionen des Landes ein fremdes Volk wohnt. Ausgehend davon müssen wir Maßnahmen ergreifen (...)”*

Die zweite Maßnahme war die Ansiedlungspolitik. Der Bericht beschreibt, dass das Ansiedlungsgesetz von 1934 seit seinem Inkrafttreten nicht systematisch, sondern immer willkürlich vollgezogen wurde.

Damit die Ansiedlungspolitik erfolgreich würde, mussten folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- Die Erziehung in Volksschulen mit staatlicher Hilfe verwirklichen.
- Keine Schulen in kurdischen Regionen, sondern in Regionen mit gemischter Bevölkerung aufzubauen.
- In der Nähe von kurdischen Dörfern Internate aufzubauen.
- Keine kurdischsprachigen Lehrerinnen und Lehrer im Unterrichtswesen zu beschäftigen.
- Die Lehrerinnen und Lehrer immer in Abhängigkeit von einem Institut zu beschäftigen.
- Keine kurdischsprachigen Personen in der Lehrerausbildung und in den Dorfschulen zu beschäftigen.<sup>186</sup>

---

<sup>186</sup> Bulut, Faik: Kürt Sorununa Cözüm Arayışları - Devlet ve Parti Raporları - Yerli ve Yabancı Öneriler (1920-1997). İstanbul, 1998, S. 190.



Während der Einparteienphase war die CHP (die republikanische Volkspartei) im Osten nur sehr schwach organisiert. Die Gesellschaften zur Verteidigung der Rechte (Müdafaa-i Hukuk Cemiyetleri) wurden in 13 Städten im Osten geschlossen. Es wurden keine Volkshäuser im Osten aufgebaut. Es wurden Abgeordnete gewählt, aber von Ämtern innerhalb der CHP ferngehalten.<sup>187</sup>

1936 hatte die CHP im ganzen Osten und Südosten nur in drei Städten Organisationen, nämlich in Maras mit 10.497 Mitgliedern, in Malatya mit 4.463 Mitgliedern und in Gaziantep mit 1.575 Mitgliedern.<sup>188</sup> Der Aufbau einer Nation seitens der CHP und die Betonung der türkischen Kultur in dieser Nation kamen im Parteiprogramm ab dem Jahr 1927 vor. Als wichtigste Aspekte wurde dabei eine Übereinstimmung bei Sprache und Kultur betrachtet. Ausgehend davon definierte die Partei als ihre Hauptaufgabe die Verbreitung der türkischen Sprache und Kultur.<sup>189</sup>

## **4. KAPITEL: PERIODE DER GROßEN STILLE (1938-1961) UND MILITÄRPUTSCHE**

### **4.1 Periode der großen Stille als Ergebnis des Einflusses der Ablehnung, Verleugnung und Assimilation**

Die türkische Regierung berührte die kurdische Frage von den 1920ern bis ca. 1950 im allgemeinen Rahmen des Aufbaus einer modernen, säkularen und nationalen Staatsgesellschaft. In den 40er Jahren endeten die kurdischen Aufstände und beendeten vorerst die lange Periode, in denen die kurdische Frage eine dominante Rolle einnahm.

Die Kurden konnten nach der Unterdrückung der nationalen Aufstände in Kurdistan keine unabhängige Organisation gründen und sich so nicht direkt an der Politik beteiligen. Sie

---

<sup>187</sup> Vgl. Akyol, Mustafa: Kürt Sorununu Yeniden Düşünmek. Yanlış Giden Neydi, Bundan Sonra Nereye? İstanbul, 2006, S. 122.

<sup>188</sup> Koçak, Cemil: Türkiye’de Milli Şef Dönemi (1938-1945). İstanbul, 2003, S. 161.

<sup>189</sup> Vgl. Beşikçi, İsmail: CHF Tüzüğü (1927) ve Kürt Sorunu. Ankara, 1990, S. 81.

hatten keinen legitimen Weg, die Selbst- oder Mitverwaltung ihres eigenen Staates zu fordern. Überdies war die Bevölkerung Kurdistans stark verängstigt. Ein umfangreiches System zur Assimilation wurde aufgebaut. Die kurzfristige Organisation einer so tief verwundeten Nation, ihr Aufstand und die wiederholte Forderung ihrer Rechte waren nicht möglich. Es ist die Periode, in der die Kurden am wenigsten organisiert waren, sie aus der Politik verdrängt wurden und ihre Kraft und Energie hinsichtlich der Politik und Mitverwaltung vererbten.<sup>190</sup>

Obwohl die meisten Benachteiligungen, Ausgrenzungen und Verbote für die Kurden weitergingen, erhoben die Türken zum ersten Mal seit Jahren ihre Stimmen für Gerechtigkeit gegenüber „den Völkern des Ostens“. In den Jahren 1948 und 1949 wurden unrechtmäßige Vorgänge, Schikanen und Pflichtverletzungen im Parlament und in der Presse umfangreich debattiert.

Eine der wichtigsten Ursachen für das liberale und tolerante Verhalten zahlreicher sensibler Türken gegenüber den Kurden waren zweifellos die geistigen Strömungen und Entwicklungen nach dem zweiten Weltkrieg. Die Umsetzung des Mehrparteiensystems als ein weiteres deutliches Zeichen für den Einfluss dieser geistigen Strömungen und Entwicklungen auf die Türkei erleichterte die offizielle Haltung gegenüber den Kurden im großen Ausmaß. Im Gegensatz zur Periode der Einparteienregierung der Türkei, in der die Unterstützung durch die Wähler nur eine untergeordnete Rolle spielte, mussten die miteinander konkurrierenden Parteien und Kandidaten die Wähler im Mehrparteiensystem zu gewinnen versuchen.<sup>191</sup>

In der Phase dieses Mehrparteiensystems entstand aus dem Kreis der CHP (Republikanische Volkspartei) die Demokratische Partei. Diese neugegründete Partei versuchte, sich deutlich von ihrer „Mutterpartei“ abzuheben und sich in Konkurrenz zu dieser zu platzieren. Die Demokratische Partei gab sich noch pro-westlicher und pro-amerikanischer nach außen, und weniger despotisch, weitreichender im demokratischen Verständnis und noch aufgeschlossener gegenüber den vom Staat unterdrückten Schichten und Gruppen nach innen.

Diese Änderung der politischen Rahmenbedingungen in der Türkei verursachte die Änderung der Haltung der Kurden. Ein neuer Prozess begann, bei dem sich die Kurden an der Politik und an der Verwaltung beteiligten. Die ins Exil geschickten kurdischen Feudalherren,

---

<sup>190</sup> Vgl. Beşikci, İsmail: Resmi Tarih Tartışmaları 6. Ankara, 2009, S. 228.

<sup>191</sup> Vgl. Jwaideh, Wadie: Kürt Milliyetçiliğinin Tarihi Kökenleri ve Gelişimi. İstanbul 2008, S. 432.

Scheichs und Intellektuellen kehrten aus dem Exil zurück und unterstützten die Demokratische Partei, wenn auch nicht offen mit ihrer eigenen kurdischen Identität.

Der Wahlsieg der Demokratischen Partei in kurdischen Gebieten und die Mitgliedschaft der Mehrheit der Abgeordneten aus den kurdischen Gebieten in dieser Partei war ein wichtiges Zeichen der kurdischen Unterstützung.

Dieser Prozess der kurdischen Beteiligung mit einer geheimen Identität an der Politik war der Kern eines neuen Integrationsprozess der Kurden in der Türkei. Neben der Entwicklung der Demokratischen Partei (und auch wegen dieser) gab und gibt es auch Kurden in anderen Parteien wie Adalet Partisi, ANAP, AKP, CHP oder MHP.

Viele Kurden waren in dem Glauben und der Hoffnung auf die Lösung des Problems im neuen Parlament nach dem Übergang zum Mehrparteiensystem in der Türkei ab 1949 aktiv politischen Parteien beigetreten. Diese Hoffnungen wurden jedoch binnen kurzer Zeit enttäuscht. Die Festnahme von 49 Intellektuellen im Jahr 1959 brachte das Kurdenproblem zurück auf die Tagesordnung.<sup>192</sup>

#### **4.2 Der Militärputsch von 1961 und sein Einfluss auf die Kurden**

Der Militärputsch 1961 war der erste Militärputsch der türkischen Streitkräfte in der Geschichte der türkischen Republik. Sein Ziel war die Absetzung der Regierung unter der Führung der Demokratischen Partei.

Eine Gruppe von Offizieren innerhalb der türkischen Streitkräfte warf der 1950 an die Macht gekommenen Demokratischen Partei unter anderem vor, eine repressive Alleinherrschaft anzustreben und den laizistischen Grundsätzen zuwider zu handeln (ein Muster, das sich bei späteren Militärputsch wiederholen sollte) und ergriff am 27. Mai 1960 die Macht. In der darauffolgenden kurzen Periode der Militärrherrschaft kam es zu grundlegenden gesetzlichen Änderungen beziehungsweise der Vorbereitung dieser.

---

<sup>192</sup> Kürt Sorunu: Acil Sorun Gerçekci Yaklaşım, Kürt sorunu ve yerel Siyaset üzerine çok katımlı görüşler-öneriler, Birey Yayıncılık, İstanbul, 2009, S. 69.

Als Ergebnis dieses Putsches legte das aus 37 Offizieren bestehende nationale Einheitskomitee die Verfassung und TBMM (Große Nationalversammlung der Türkei) außer Kraft, unterband alle politischen Aktivitäten und ließ viele Mitglieder der Demokratischen Partei festnehmen, insbesondere den Staatspräsident Celal Bayar und den Bundesminister Adnan Menderes. Der Generalstabchef General Rüstü Erdelhun, einer der Helden des Befreiungskrieges Ali Fuat Pascha, und der Korea-Veteran Tahsin Yazici waren ebenfalls unter den Festgenommenen. Später wurden einige der Angeklagten, darunter der Bundesminister Adnan Menderes, am 17. September 1961 auf der Insel Imrali hingerichtet.<sup>193</sup>

Am Vortag des Putsches wurde die Mehrheit der mit dem Vorwurf der Aktivitäten „gegen die nationalen Interessen“ festgenommenen kurdischen Intellektuellen freigelassen.

Am 31. Mai 1960 wurde in der türkischen Presse eine Nachricht verbreitet, dass das nationale Einheitskomitee (MBK) Beweisdokumente über die vermeintlichen Bestrebungen einiger Mitglieder der nun verbotenen Demokratischen Partei zur Errichtung eines kurdischen Staates entdeckt hatte. Vier Tage nach dem Putsch wurden 485 ausgewählte Landfeudale (Aga) und Scheiche aus Ost- und Südostanatolien in der Sivas-Garnison in einem Lager interniert. Es wurde behauptet, dass Cemal Gürsel vorschlug, „2500 führende Kurden zu töten“.<sup>194</sup>

Die neuen Machthaber führten Massenfestnahmen unter den Kurden durch. Sie versuchten, das kurdische Problem mit repressiven Mitteln zu lösen, indem sie 244 kurdische Bürger unter dem Vorwurf der Errichtung einer illegalen Organisation festnahmen. Am 17. Oktober 1960 verabschiedete das nationale Einheitskomitee das Gesetz Nr. 105 als Zusatz zum Gesetz Nr. 2510 (Gesetz über Siedlungen). Laut diesem Gesetz unterlagen geächtete kurdische Familien einer Zwangsumsiedlung in andere Städte der Türkei. Daneben wurden 147 Professoren und Universitätsbeauftragte teilweise unter dem Vorwurf von Aktionen für die Errichtung eines

---

<sup>193</sup>

[http://blog.milliyet.com.tr/Yakin\\_tarihimizin\\_utanc\\_veren\\_olaylari\\_\\_27\\_Mayis\\_Darbesi\\_\\_1960/Blog/?BlogNo=212490](http://blog.milliyet.com.tr/Yakin_tarihimizin_utanc_veren_olaylari__27_Mayis_Darbesi__1960/Blog/?BlogNo=212490) (3.5.2010).

<sup>194</sup>

[http://blog.milliyet.com.tr/Yakin\\_tarihimizin\\_utanc\\_veren\\_olaylari\\_\\_27\\_Mayis\\_Darbesi\\_\\_1960/Blog/?BlogNo=212490](http://blog.milliyet.com.tr/Yakin_tarihimizin_utanc_veren_olaylari__27_Mayis_Darbesi__1960/Blog/?BlogNo=212490) (3.5.2010).

unabhängigen Kurdistan am 27. Oktober vom nationalen Einheitskomitee auf Basis des neu geschaffenen Paragraph 114 aus ihren Ämtern entfernt.<sup>195</sup>

Als die wichtigsten Entwicklungen nach dem Putsch sind die konstituierende Versammlung und die Vorbereitung der Verfassung von 1961 zu sehen. Der Paragraph 3 („*Souveränität geht bedingungslos von der Nation aus!*“) der Verfassung von 1924 wurde in der neuen Verfassung von 1961 auf „*Souveränität geht bedingungslos von der türkischen Nation aus!*“ geändert. In der neuen Verfassung wurde im Unterschied zu 1924 Populismus, Etatismus, und Revolutionismus kein Platz eingeräumt, und der Begriff „*Nationalismus*“ wurde auf „*Nationaler Staat*“ geändert. Das Prinzip des *sozialen Staates* taucht zum ersten Mal in dieser Verfassung auf. Die mit 61.7 % Zustimmung akzeptierte neue Verfassung war sehr liberal und schützte alle Grundprinzipien und -rechte. Der Putsch als Ergebnis eines repressiven Regimes versuchte alles, damit die ihm zugrunde liegenden Entwicklungen nicht wieder auftreten konnten. In dieser Hinsicht wies die neue Verfassung eine bemerkenswerte Qualität auf.<sup>196</sup>

Der Putsch von 1960 bereitete auch den Boden für die ihm folgenden weiteren Putsche, indem es dem Militär das Selbstverständnis gab, als oberster Hüter des Staates und seiner Prinzipien aufzutreten und notfalls auch gegen die Regierung vorzugehen, wenn diese gegen diese Prinzipien verstieß. Der Grund des folgenden Putsches wurde als der Konflikt zwischen Linken und Rechten interpretiert. Den Boden für diese Argumentation lieferte die Bildung von Organisationen rechter Studenten wie dem Verein zur Bekämpfung des Kommunismus. In den siebziger Jahren intensivierten sich die Konflikte zwischen rechten und nationalistischen Jugendlichen und linken Studenten.

### **4.3 Der Militärputsch von 1971**

Die Periode des 12. März Regimes, wie es in der türkischen Politik genannt wurde, begann (und daher kommt der Name) am 12. März 1971 mit einem Militärputsch des

---

<sup>195</sup> Lazarev, M.S. / Mihoyan, Ş.X. / Vasilyeva, E.I. / Gasratyan, M.A. / Jigalina, O.I.: Kürdistan Tarihi. Istanbul, 2001, S. 289.

<sup>196</sup>Vgl.

[http://blog.milliyet.com.tr/Yakin\\_tarihimizin\\_utanc\\_veren\\_olaylari\\_\\_27\\_Mayis\\_Darbesi\\_\\_1960/Blog/?BlogNo=212490](http://blog.milliyet.com.tr/Yakin_tarihimizin_utanc_veren_olaylari__27_Mayis_Darbesi__1960/Blog/?BlogNo=212490) (3.5.2010).

Generalstabschefs und von fünf Generälen (darunter auch ein Admiral).<sup>197</sup> Er endete im April 1973 mit der Wahl des Generals Faruk Gürler zum Staatspräsidenten. Bei dem Putsch wurde vordergründig die Regierung von Süleyman Demirel und seiner Gerechtigkeitspartei (AP), die über eine Mehrheit an Sitzen im Parlament verfügte, gestürzt und durch eine überparteiliches Kabinett von Technokraten und Bürokraten ersetzt, das sich als reformistisch bekannte. Allerdings entsprach diese nicht den Erfahrungen und den zugrunde liegenden historisch wichtigen Ereignissen.<sup>198</sup>

Hinter diesen Vorgängen ist zu erkennen, dass in den zwei Jahren der Militärherrschaft, in der de facto der politische Diskurs untersagt war (ohne jedoch das Parlament selbst aufzulösen), die Gerechtigkeitspartei AP von Süleyman Demirel am wenigsten in Mitleidenschaft gezogen wurde. Demirel und seine Partei gelang es, jene Paragraphen abzuändern, die in der Verfassung von 1961 zu einer Ausdehnung der verfassungsmäßig garantierten Freiheiten geführt hatten. Dagegen leisteten die Sozialisten vehementen Widerstand, die die ökonomische und politische Gedanken der Gerechtigkeitspartei vehement ablehnten und eine dynamische Opposition innerhalb der Intellektuellen, Arbeiter, Studenten und Offiziere etablieren konnten, die sich außerhalb der CHP zu organisieren pflegten. Der Gerechtigkeitspartei gelang es jedoch, diese mit Hilfe ihrer neuerlichen starken Position aus dem politischen Feld zu verdrängen.<sup>199</sup>

Als erste Reaktion auf den Putsch war Demirel zurückgetreten, und İnönü hatte die Armee für die Einmischung in die Politik kritisiert. Aber innerhalb kurzer Zeit nahmen beide Parteiführer eine stärker konsensbereite Haltung ein. Demirel ermahnte seine Partei, Ruhe zu bewahren und abzuwarten. İnönü verkündete andererseits seine Unterstützung für die neue von den Generälen beauftragte Regierung, als klar wurde, dass dieser mit Nihat Erim ein Mitglied des rechten Flügels der CHP vorstehen würde.<sup>200</sup>

Viele Sympathisanten und Politiker der Linken begrüßten den Putsch anfangs als gegen eine rechte Regierung gerichtet. Dies stellte sich jedoch schon bald als Fehlinterpretation heraus.

---

<sup>197</sup> Tunçay, Mete: Türkiye Tarihi. Cilt 4, Istanbul, 1997, S. 226.

<sup>198</sup> Vgl. Ebd. S. 227.

<sup>199</sup> Ebd.

<sup>200</sup> Zürcher, Erik John: Modernleşen Türkiye'nin Tarihi. Istanbul, 1999, S. 162.

Das eigentliche Ziel des Putsches war es, die türkische Linke und kurdische Organisationen zurückzudrängen.<sup>201</sup>

Die Deklaration über die Autonomie des südlichen Kurdistan am 11. März 1970 löste eine sehr deutliche negative Reaktion in türkischen Regierungskreisen aus. Eine Aussage des Staatspräsidenten der Türkei im Juni 1970 beinhaltete einen klaren und direkten Aufruf zur Verstärkung der Bekämpfung der „kurdischen Separatisten“ bei ihrem Versuch der „Errichtung eines kurdischen Staates“. Diese Haltung der Regierung wurde auch von wesentlichen oppositionellen Parteien unterstützt. Pro-kurdische linke Fraktionen wurden daran gehindert, Stellungnahmen abzugeben. Einer der Gründe für den Militärputsch am 12. März 1971 war auch der Versuch, dem Wachstum der kurdischen nationalen Bewegung entgegenzutreten. Hinter der Forderung des Militärs zur „Beseitigung der Rechtslosigkeit im Lande“ war das Ziel der Beseitigung der „kurdischen Gefahr“ im Land zu erkennen.<sup>202</sup>

Die überaus autoritär agierende Regierung ging sehr direkt gegen die Kurden und Mitglieder der Demokratischen Partei vor. Es wurden zahlreiche Militärgerichte errichtet. In der ersten Mai-Hälfte 1971 wurde 22 kurdischen Aktivisten in Diyarbakir unter dem Vorwurf des „Versuches der Errichtung eines kurdischen Staates“ der Prozess gemacht. Die Gerichte gingen in ihren Urteilen sehr hart vor und verhängten gegen die kurdischen Aktivisten langjährige Gefängnisstrafen. Führende kurdische Intellektuelle wie Tarik Ziya Ekinçi, Canip Yildirim, Musa Anter, Kemal Burkay, Naci Kutlay, Mehdi Zana und M. Emin Bozarslan sowie hunderte kurdische Aktivisten wurden festgenommen. Allein in Diyarbakir und Silvan wurden viertausend Kurden festgenommen. Laut einer Erklärung der „Stabstelle des Kriegsrechts“ Ende April 1972 wurden nach 10230 Anzeigen zehntausend Personen festgenommen.<sup>203</sup>

Vom Militärgericht wurden auch drei Jugendliche verurteilt und hingerichtet: Deniz Gezmiş, Hüseyin İnan und Yusuf Aslan.

---

<sup>201</sup> Zürcher, Erik John: *Modernleşen Türkiye'nin Tarihi*. Istanbul, 1999, S. 163.

<sup>202</sup> Vgl. Lazarev, M.S. / Mihoyan, Ş.X. / Vasilyeva, E.I. / Gasratyan, M.A. / Jigalina, O.I.: *Kürdistan Tarihi*. Istanbul, 2001, S. 337.

<sup>203</sup> Ebd.

Nach dem Putsch wurde die TIP (Arbeiterpartei der Türkei) und die Autonomie der TRT abgeschafft, die Grundrechte und -freiheiten wurden eingeschränkt. Die CHP (Republikanische Volkspartei) befand sich nach der verheerenden Wahlniederlage und dem Putsch vom 12. März in einem chaotischen Zustand. Ecevit stellte sich gegen die Unterstützung der Regierung von Nihat Erim durch İnönü und trat von seiner Position als Generalsekretär zurück. Die Basis unterstützte Ecevit und er wurde im Kongress gewählt. Als Folge trat nun İnönü zurück. Als die Amtszeit des Staatspräsidenten Cevdet Sunay ablief, versuchte die Armee erneut, Druck auszuüben und die Wahl von Faruk Gürler durchzusetzen, der von seiner Position als Generalstabchef zurücktrat. Die Versuche blieben allerdings erfolglos. Ecevit und Demirel unterstützten beide die Wahl des Moskauer Botschafters, des pensionierten Flottenadmiral Fahri Korutürk. Die im gleichen Jahr abgehaltenen Wahlen markierten das Ende der März-Periode.<sup>204</sup>

#### **4.4 Unabhängige Kurdische Organisationen der Periode zwischen 1960-1970**

Die Entwicklung kurdische Bewegungen gingen Hand in Hand mit dem schnellen Wachstum der linken Bewegungen in der Türkei. In der Periode zwischen 1970 und 1980 gingen die Aktivitäten trotz Festnahmen und Verurteilungen kurdischer Aktivisten weiter.

Die Mehrheit dieser Organisationen unterbrachen ihre Aktivitäten aufgrund der militärischen Intervention am 12. September 1980 für einige Zeit. Zwischen 1969 und 1992 wurden in der Türkei folgende kurdischen Organisationen gegründet:

1. Komal-Rızgari Antikoloniale Demokratische Kulturvereine (ASDK-DER) (1975)
  - (a) Komal-Rızgari Befreiungspartei Kurdistan (PRK) (1975)
  - (b) Ala-Rızgari-Flagge der Befreiung (1978)
2. Weg der Freiheit - Revolutionäre Volkskulturvereine (DHKD)
  - (a) Weg der Freiheit
  - (b) Sozialistische Partei Kurdistan der Türkei (TKSP) (1975)

---

<sup>204</sup> Vgl. <http://www.osmanli-tr.org/Karargah/12-mart-1971-darbesi-t308.0.html;wap2> (04.02.2010).



3. Revolutionäre Demokratische Kulturvereine (DDKD) (1969)
  - (a) Hauptsitz-Anhänger
  - (b) Gruppe der Anhänger der bewaffneten Aktion
4. Kawa-Proletarische Einheit Kurdistan (YPK) (1976)
  - (a) Kawa (1976)
  - (b) Rote Peschmergas der Kurdistan Revolution (PSŞK) (1976)
  - (c) Rote Partisanenorganisation Kurdistans (KPSK)
  - (d) Denge-Kawa
5. Kurdische Volksbefreiungsarmee (KHKO)
6. Tekoşin
7. Demokratische Partei Kurdistan der Türkei (TKDP) (1965)
  - (a) Nationale Liberationisten Kudistan (KUK),
  - (b) Demokratische Partei Kurdistan der Türkei
8. Partiya Karkaren Kürdistan (PKK) (Arbeiterpartei Kurdistans) (1978)
9. Partei des Islam Kurdistan (PIK) (1979)
10. Sozialistische Einheit Kurdistan (YSK) (1986)
11. Sozialistische Bewegung Kurdistan (TSK) (1986)
12. Befreiungsbewegung Kurdistan (TEVGER) (1988)<sup>205</sup>

Besonders in den Siebzigern entstanden neben illegalen kurdischen politischen Parteien auch legale Jugendorganisationen und andere soziale Organisationen. 1969 wurden die Revolutionären Kulturschmieden des Ostens (DDKO) auf Initiative der kurdischen Fraktion innerhalb der Arbeiterpartei der Türkei (TIP) mit dem Ziel der Verbreitung der kurdischen

---

<sup>205</sup> Şehirli, Yücel Atilla: Türkiye’de Kürtçülük Hareketleri ve İsyanlar. Ankara, 1980, S. 91.

Sprache, Literatur, Folklore und Geschichte gegründet. Die anfangs in Kurdistan organisierte TIP hatte keine klare Haltung zum kurdischen Problem. Allerdings zwang die Entwicklung der kurdischen Bewegung im Land die TIP, das kurdische Problem aufzuarbeiten. TIP sah die diskriminierende Politik der Regierung als einen der Hauptgründe der Rückständigkeit des kurdischen Volkes in seinen Lebensgebieten.<sup>206</sup>

Trotz (oder wegen) der anti-kurdischen Maßnahmen der Regierung wurde die Spannung in kurdischen Gebieten nicht weniger. Anfang der 80er Jahre übten die kurdischen Organisationen ihre Aktivitäten in legalen und illegalen Vereinigungen im türkischen Kurdistan aus: PKK, TKSP, KUK, Kawa, Tekosin und andere.<sup>207</sup>

#### **4.5 Die Gründung der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)**

Eine Organisation, deren ideologische und gedankliche Basis von obengenannten Organisationen und ihren Aktivitäten bereitet wurde, war der 1974 errichtete Demokratische Patriotische Hochschulverein Ankaras. Die Entstehung dieser Organisation war ein Schritt in Richtung der Gründung der Partiya Karkeren Kurdistan (Arbeiterpartei Kurdistans), der PKK.

Am 27. November 1978 gründete die als Apoisten bekannte Studentengruppe bei einem Treffen im Dorf Fis im Bezirk Lice in Diyarbakir ihre revolutionär linke Kurdische Partei namens Partiya Karkeren Kurdistan (PKK - Arbeiterpartei Kurdistans) und wählte Abdullah Öcalan zum Generalsekretär. Bei diesem Treffen, das als der 1. Kongress gesehen wird, wurden das Parteiprogramm und die Parteistatuten und eine Reihe weiterer Themen zur Entwicklung und Ausbreitung der PKK diskutiert und beschlossen.

Die erstmals am 16. September 1967 veranstalteten Östlichen Kundgebungen und die Vertragsunterzeichnung von Mele Mustafa Barzani im Namen der Demokratischen Partei Kurdistans am 11. März 1970 mit dem Irak über eine Autonomie weckten die nördlichen Kurden wieder auf, die seit der blutigen Unterdrückung des Dersim-Aufstands bisher geschwiegen hatten. Die 70er Jahre als Zeit des Aufstiegs der linken Bewegungen in der

---

<sup>206</sup> Vgl. Lazarev, M.S. / Mihoyan, Ş.X. / Vasilyeva, E.I. / Gasratyan, M.A. / Jigalina, O.I.: Kürdistan Tarihi. Istanbul, 2001, S. 335.

<sup>207</sup> Ebd. S. 358.

Türkei boten zugleich auch eine Erholungsmöglichkeit für kurdische Gruppen wie die DDKO wurden langsam von zahlreichen bewaffneten kurdischen Organisationen in verschiedener Größe abgelöst. Dabei führte das noch nicht geklärte Selbstverständnis der linksgerichteten Kurden auch zu ernsthaften Konflikten zwischen kurdischen Organisationen.<sup>208</sup>

Die PKK wurde schon vor Bekanntwerden der Grausamkeit im Gefängnis von Diyarbakir (also vor den Foltern nach dem Putsch am 12. September 1980) gegründet. Ihr Wachstum wurde jedoch nach dem 12. September deutlich beschleunigt. Die PKK erhielt durch die Ausrufung des Kriegsrechts starken Zulauf. Die Zeugen der damaligen Ereignisse in diesem Gebiet, in und um die Dörfer, berichteten von unmenschlichem Vorgehen gegen die Kurden. Berichte über Aktionen, bei denen Dorfbewohner Menschenkot essen mussten, waren an der Tagesordnung. Die Grausamkeiten machten nicht an den Gefängnismauern halt, sondern waren auch außerhalb dieser traurige Realität. Durch diese Aktionen wandte sich die allgemeine Stimmung noch stärker gegen die türkischen Machthaber, was zu einer Stärkung der PKK führte. Es gab schon zuvor einen kurdischen Nationalismus, und es gibt ihn auch heute noch. Doch in der Phase der grausamen Repressionen erlebte er einen bis dahin unbekanntem Zulauf.<sup>209</sup>

Die PKK entstand und wuchs aufgrund der Bedingungen im Rahmen des Militärputsches. Dieses radikalisierte Klima führte auch zu einer neuen Qualität des Widerstandes: Die PKK organisierte erstmals einen gezielten bewaffneten Widerstand gegen das Militär.

Bei der Entstehung der PKK spielt vor allem auch das koloniale System in Kurdistan und seine System von Angst und Gewalt eine wesentliche Rolle. Im in vier Teile geteilten Kurdistan lebte in gewissem Sinne ein zum Tode verurteiltes Volk. Während überall auf der Welt verschiedene Völker und Staaten, deren Bevölkerung und Territorien nicht mal der Hälfte Kurdistans entsprechen, zur internationalen Anerkennung gelangten, konnten die Kurden in Kurdistan ihre eigene Identität nicht ausleben und ihre Interessen nicht artikulieren. Ihre Sprache durfte nicht gesprochen werden, die Kultur nicht gelebt, die Eigeninteressen nicht artikuliert werden. Aussagen, die auch nur die Existenz von Kurden postulierten, führten

---

<sup>208</sup> Vgl. <http://komunistforum.net/kurt-tarihi/31194-pkknin-kurulus-tarihi.html> (26.04.2010).

<sup>209</sup> Vgl. Belge, Murat: *Linc Kültürünün Tarihsel Kökeni: Milliyetçilik*. Istanbul, 2006, S. 202.

zu schweren Übergriffen.<sup>210</sup> Die PKK begann, dieses System zu hinterfragen und dagegen aktiven Widerstand zu leisten.

#### **4.6 Der Militärputsch des 12. September 1980 und seine Auswirkungen auf die Kurden**

Am 12. September 1980 entmachteten die türkischen Streitkräfte (TSK, Türk Silahlı Kuvvetleri) die Regierung mit der 'Operation Fahne'. Es gab keinen Widerstand.<sup>211</sup> Die verantwortlichen Generäle bildeten einen nationalen Sicherheitsrat und traten als seine Mitglieder auf. So wurde nur der Name des staatlichen Organs, das mit der Verfassung von 1961 eingeführt worden war, vom nationalen Sicherheitskomitee zum nationalen Sicherheitsrat geändert. Die Ähnlichkeit dieses Namens mit dem in den USA in den 1960er Jahren aufgeworfenen Begriff „Lehre vom nationalen Sicherheitsstaat“ ist auffällig.<sup>212</sup>

Die Armee setzte sich auf der einen Seite eine Rückkehr zum demokratischen System und auf der anderen Seite radikale Veränderungen im politischen System zum Ziel. Am 1. Oktober wurde ein Programm von acht Paragraphen für die Rückkehr zum demokratischen System veröffentlicht, wobei der Zeitplan dafür unklar blieb.<sup>213</sup> Die Veränderungen zielten darauf ab, die Änderungen des Militärputsches vom 27. Mai 1960 rückgängig zu machen. Erstes demonstratives Zeichen war, dass der erste und der siebenundzwanzigste Mai keine Feiertage mehr waren.<sup>214</sup> Das Ziel der Armee, eine Rückkehr zum demokratischen System, war glaubhaft und auch international soweit anerkannt, dass es seitens der westlichen Welt keine Proteste gegen den Putsch gab.

Es bleibt auch heute noch Gegenstand von Diskussionen, welchen politischen Lagern der Putsch am meisten nutzte und von wem er organisiert wurde. Es scheint jedoch nicht wahrscheinlich, dass es ein linker Putsch war, wie die Rechtsgerichteten behaupteten, aber

---

<sup>210</sup> Vgl. Kandil, Sinan Sahin: *Bir Uygurlik Hastaligi Milliyetçilik*. Deutschland, 2010, S. 278.

<sup>211</sup> Tanör, Bülent: *Türkiye Tarihi*. Cilt 4, Istanbul, 1997, S. 26.

<sup>212</sup> Vgl. Ebd.

<sup>213</sup> Ebd. S. 405, 406.

<sup>214</sup> Ebd. S. 406.

auch kein rechtsextremer Putsch, wie Bülent Ecevit und die Parteien des linken Lagers befürchteten.

Der nationale Sicherheitsrat veröffentlichte am 12. September "Mitteilungen" und erklärte die ergriffenen Maßnahmen zur Wiederherstellung der Sicherheit und der öffentlichen Ordnung. Es wurden Ausnahmezustandskommandanten ernannt. Sie wurden dazu berechtigt, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. Bürger wurden dazu aufgerufen, den Befehlen Folge zu leisten.<sup>215</sup> Das Verlassen des Landes wurde eingeschränkt. Alle politischen- und Vereinstätigkeiten bis auf die der türkischen Fluggesellschaft und des türkischen roten Halbmonds (Kızılay) wurden verboten.<sup>216</sup> Die Vorsitzenden aller politischen Parteien bis auf Alparslan Türkeş wurden festgenommen. Türkeş, der sich versteckt hatte, stellte sich nach zwei Tagen.<sup>217</sup>

Die ganze Macht konzentrierte sich auf den nationalen Sicherheitsrat, besonders beim Chef des Generalstabs Kenan Evren, der am 14. September offiziell zum Staatspräsidenten ausgerufen wurde. Der Sicherheitsrat, der nur aus Soldaten bestand, ernannte nach einer Woche einen Ministerrat mit 27 Mitgliedern unter dem Vorsitz des pensionierten Admiral Bülent Ulusu. Auch der Ministerrat bestand nur aus Offizieren. Seine einzige Aufgabe war es, dem nationalen Sicherheitsrat Empfehlungen zu machen und die Beschlüsse zu vollziehen.

Der nationale Sicherheitsrat hatte die Befugnis, Minister zu entlassen.<sup>218</sup> Ein Beschluss im Jahre 1982 verbot es den alten Politikern fast im orwell'schen Sinne, über die Vergangenheit, die Gegenwart und die Zukunft zu diskutieren. Die politischen Parteien, deren Tätigkeiten schon mit dem Putsch eingestellt waren, wurden am 16. Oktober offiziell verboten. Ihre Vermögen wurden konfisziert.<sup>219</sup> Das deutet darauf hin, dass die alten Politiker von den Generälen im neuen politischen System nicht erwünscht waren.

Nachdem Kenan Evren verkündet hatte, dass die türkischen Streitkräfte die Regierung entmachtet hatten, wurde innerhalb von einem Tag das Gesetz bezüglich der Untersuchung

---

<sup>215</sup> Tanör, Bülent: Türkiye Tarihi. Cilt 4, Istanbul, 1997, S. 29.

<sup>216</sup> Ebd.

<sup>217</sup> Zürcher, Erik John: Modernleşen Türkiye'nin Tarihi. Istanbul, 1999, S. 405.

<sup>218</sup> Ebd. S. 406.

<sup>219</sup> Ebd. S. 407.

von politischen Parteien und Organisationen verabschiedet. Die Internierungsdauer, die vor dem Putsch im Ausnahmezustand 15 Tage betrug, wurde auf drei Monate verlängert.<sup>220</sup>

Die Militärregierung nutzte türkistisch-islamistische Strömungen gegen die Linke und die nationalistischen Kurden. Der Putsch schadete am meisten den Kurden. Es wurden Foltertechniken angewendet, die in der menschlichen Geschichte nur selten vorkamen. Das Militärgefängnis von Diyarbakır ist ein Wendepunkt in der menschlichen Geschichte und im Kurdenproblem. Mustafa Akyol, der umfangreiche Forschungsergebnisse über das Kurdenproblem veröffentlichte, schrieb dazu:

*„Eine hervorragende Erzählung dieser Erlebnisse habe ich vor kurzem im Buch „Kurden“ von Hasan Cemal gelesen. Das Buch beginnt mit Foltererlebnissen des bekannten Geschäftsmannes Felat Cemiloglu aus Diyarbakır – inklusive dem Essen von Fäkalien. Wenn Sie es nicht gelesen haben, lesen Sie es auf jeden Fall. Sie werden schaudern. Die Verantwortung dafür trug die Militärregierung. Die Politik von Gewalt, Demütigungen und Folter der Militärregierung führte zu Gegenwirkungen und Verfremdungen, die für die PKK eine große Chance darstellte.(...)“<sup>221</sup>*

In dieser Periode wurden 1 683 000 Personen von der Polizei verfolgt, 650 000 interniert. Es wurden 210 000 Personen angeklagt und 230 000 verurteilt. Die wichtigste Verhörtechnik war die Folter. Insgesamt 299 Personen kamen während der Internierung oder im Gefängnis ums Leben. Durch Folter wurden 171 Personen getötet. 43 Personen begingen „Selbstmord“ während der Internierung und 73 Personen starben den Berichten zufolge an natürlich Todesursachen.<sup>222</sup>

Die Militärregierung feindete sich durch ihre Gewaltbereitschaft mit allen politischen Parteien, Organisationen und Vereinen an, um im gesellschaftlichen Leben die Herrschaft

---

<sup>220</sup> Mumcu, Ugur: 12 Eylül Adaleti. Ankara, 2007.

<sup>221</sup>

[http://books.google.com/books?id=dWNsWUzD\\_s8C&pg=PA380&lpg=PA380&dq=80+darbesi+ve+kürtler&source=bl&ots=Y7NUmSJUFN&sig=JpWPwIzI5haZp7PvqUErX8jok&hl=de&ei=qLf2S9StNoSUON2DwYcJ&sa=X&oi=book\\_result&ct=result&resnum=4&ved=0CCcQ6AEwAw#v=onepage&q&f=false](http://books.google.com/books?id=dWNsWUzD_s8C&pg=PA380&lpg=PA380&dq=80+darbesi+ve+kürtler&source=bl&ots=Y7NUmSJUFN&sig=JpWPwIzI5haZp7PvqUErX8jok&hl=de&ei=qLf2S9StNoSUON2DwYcJ&sa=X&oi=book_result&ct=result&resnum=4&ved=0CCcQ6AEwAw#v=onepage&q&f=false) (10.05.2010).

<sup>222</sup> Birand, M. A. / Bila, H. / Akar, R.: 12 Eylül Türkiye'nin Miladı. Istanbul, 2000.

ihrer eigenen Werte zu schaffen.<sup>223</sup> Die Wortführer der Regierung versuchten die Politik von Unterdrückung, Gewalt und Zerstörung durch Äußerungen über die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit zu rechtfertigen und gleichzeitig der Gesellschaft zu zeigen, welche Konsequenzen es hatte, wenn man politischen Tätigkeiten außerhalb der vom Staat vorgesehenen Grenzen nachging.

So führte der Militärputsch 1980 zu radikalem Wandel in Wirtschaft, Gesundheit, Politik, und im Recht und wurde zum dritten und wichtigsten Glied der Militärputschtrilogie (27. Mai 1960, 12. März 1971 und 12. September 1980) in der jüngeren politischen Vergangenheit der Türkei.

Die PKK rief 1984 ihren bewaffneten Kampf aus. Die Anti-Kurdenpolitik des Staates wurde, wenn auch mit neuen Facetten, fortgesetzt. Auch die neuen, genau wie die alten, Führer der Türkei stellten ausdrücklich fest, dass sie kein nationales Recht der Kurden anerkannten.

Die Verfassung von 1982, genau wie die alten Verfassungen, bestätigt die ungleiche Lage der Kurden. In der Einleitung steht: „die Herrschaft gehört bedingungslos der türkischen Nation“.<sup>224</sup> Gemäß diesem diskriminierenden Prinzip im fundamentalsten Text des Staates ist die Zugehörigkeit zur türkischen Nation eine Voraussetzung, die erfüllt werden muss, um politisch tätig und öffentlich beschäftigt werden zu können.

Dabei wurde seitens des Staates aber sehr wohl zwischen den verschiedenen Ethnien unterschieden. Den Kurden war die Verwendung der Muttersprache in der Öffentlichkeit, bei der Ausbildung oder in Veröffentlichungen untersagt. Anderen Minderheiten wie Armeniern, Griechen, Arabern und Juden war dies jedoch (ausgehend vom Begriff der „nationalen Gemeinden“) jedoch erlaubt.<sup>225</sup>

---

<sup>223</sup> Vgl. Çubukçu, A.: 12 Eylül’ün Kültür Politikası ve Toplumsal Sonuçları. Toplum ve Hekim Dergisi 15. 2000, S. 248, 251.

<sup>224</sup> Lazarev, M.S. / Mihoyan, Ş.X. / Vasilyeva, E.I. / Gasratyan, M.A. / Jigalina, O.I.: Kürdistan Tarihi. Istanbul, 2001, S. 358.

<sup>225</sup> Ebd.

## 4.7 Die Verfassung von 1982 und die neue Verfassungsreform

Nach dem Putsch von 1980 hatte das sogenannte Gründerparlament die Aufgabe, eine neue Verfassung vorzubereiten. Es sollte den Verfassungsentwurf vorbereiten, der dann vom nationalen Sicherheitsrat genehmigt werden musste. Der endgültige Text musste zuletzt mit einer Volksabstimmung legitimiert werden.<sup>226</sup> Am 23. November 1981 wählte die Hauptversammlung eine Verfassungskommission mit 15 Mitgliedern. Zum Kommissionschef wurde Prof. Orhan Aldıkacti ernannt (24.11.1981).<sup>227</sup>

Der erste Entwurf der neuen Verfassung wurde am 17. Juli 1982 vorgelegt. Der Text änderte viele Abschnitte der Verfassung von 1960. Die Macht der Exekutive wurde gestärkt, die Befugnisse des Präsidenten und des nationalen Sicherheitsrates wurden ausgeweitet.<sup>228</sup> Außerdem wurde die Pressefreiheit, Gewerkschaftsfreiheit (Streiks mit politischen Zwecken, Solidaritätsstreiks und Generalstreiks wurden verboten) und individuelle Rechte und Freiheiten begrenzt.<sup>229</sup>

Der Putsch hatte mit dem Ziel begonnen, den laizistischen und demokratischen Staat und dessen Ideale zu retten. Dieser Verfassungsentwurf widersprach diesen Zielen, weil er viele Elemente enthielt, die die demokratischen Rechte schwächten. Das Militär hatte in der Vergangenheit die Politik dafür kritisiert, vor allem auf den eigenen Machterhalt abzuzielen und damit die Demokratie zu schwächen. Diesen Fehler beging die Arme nun selbst, indem sie versuchte, die Meinungsfreiheit und andere demokratische Rechte einzuschränken und damit keinen Widerstand gegen die Umsetzung der eigenen Pläne zuzulassen.

Um die Durchsetzung der Verfassung zu erreichen, wurden auch die Präsidentenwahl und die Volksabstimmung über die neue Verfassung miteinander verknüpft. Entsprechend den Übergangsbestimmungen der Verfassung bewirkte die Zustimmung zur neuen Verfassung durch Volksentscheid gleichzeitig, dass der Vorsitzende des nationalen Sicherheitsrates zum Präsident wurde.<sup>230</sup> Weil Kenan Evren den politischen Spaltungen entgegengewirkt hatte, war er beim Volk beliebt und beabsichtigte, dies als eine Motivation für die Zustimmung zur

---

<sup>226</sup> Vgl. Tanör, Bülent: Türkiye Tarihi. Cilt 4, Istanbul, 1997, S. 39.

<sup>227</sup> Ebd.

<sup>228</sup> Zürcher, Erik John: Modernleşen Türkiye'nin Tarihi. Istanbul, 1999, S. 409.

<sup>229</sup> Ebd.

<sup>230</sup> Tanör, Bülent: Türkiye Tarihi. Cilt 4, Istanbul, 1997, S. 41.



neuen Verfassung zu nutzen. Die anderen Aspekte einer neuen Verfassung waren aufgrund ihrer Abstraktheit den meisten Wählern fremd, und spielten für sie keine wesentliche Rolle.<sup>231</sup>

Trotzdem wollten die Generäle kein Risiko eingehen. Die Teilnahme an den Wahlen war verpflichtend. Ein Verstoß wurde mit einer Geldstrafe und dem Entzug des Stimmrechtes für 5 Jahre geahndet.<sup>232</sup>

Die Wahl der neuen Verfassung wurde von einer umfangreichen Kampagne begleitet. Sie begann am 24. Oktober 1982 mit einer Rede von Kenan Evren im Fernsehen und Radio, ging mit seinen Reden in einzelnen Städten weiter und endete mit einer allgemeinen Rede am 5. November 1982. Nach zweitägigen Wahlen wurde am 7. November die Verfassung durch Volksentscheid angenommen und somit wurde Kenan Evren zum Präsident.<sup>233</sup> Der Hohe Wahlausschuss veröffentlichte folgende Ergebnisse<sup>234</sup>:

Registrierte Wähler	: 20 690 914
Teilnehmer	: 18 885 488 (91.27%)
Gültige Stimmen	: 18 841 990
JA-Stimmen	: 17 215 559 (91.27%)
NEIN-Stimmen	: 1 626 431 (8.63%)

Aktuell wird diskutiert, die Verfassung von 1982 zu reformieren, indem Veränderungen in insgesamt 26 Paragraphen (23 Paragraphen und 3 Übergangsparagraphen) vorgenommen werden. Folgende Veränderungen sind geplant:

- Das Verbot politischer Parteien soll erschwert werden. Die „Wiener Kriterien“ werden in Verbotsklagen als Basis genommen. Nur Parteien, die als gewalttätig eingestuft werden, können verboten werden. Eine Zustimmung des Parlaments wird für Parteiverbote vorausgesetzt.
- Struktur, Mitgliederanzahl und Wahl der Mitglieder des Hohen Richter- und Staatsanwälters (HSYK – Türkisch: Hakimler ve Savciler Yüksek Kurulu) sollen

---

<sup>231</sup> Vgl. Zürcher, Erik John: Modernleşen Türkiye'nin Tarihi. Istanbul, 1999, S. 409, 410.

<sup>232</sup> Ebd.

<sup>233</sup> Tanör, Bülent: Türkiye Tarihi. Cilt 4, Istanbul, 1997, S. 42.

<sup>234</sup> Vgl. Ebd.

geändert werden. HSYK soll aus 21 Mitgliedern bestehen, die vom Präsident und Parlament ernannt werden.

- Auch Soldaten werden der zivilen Gerichtsbarkeit unterstellt.
- Die Kinderrechte sollen gestärkt und eine positive Diskriminierung von Frauen umgesetzt werden.
- Die Urteile des Hohen Militärrats (YAS – Türkisch: Yüksek Askeri Sura) und des Hohen Richter- und Staatsanwälterats werden der zivilen Gerichtsbarkeit unterstellt.
- Die Mitglieder des Verfassungsgerichts (Türkisch: Anayasa Mahkemesi) und des Staatsrates werden vom Parlament gewählt.
- Die Persönlichkeitsrechte der Staatsbeamten werden neu geregelt.
- Die Möglichkeit zur Verhängung von Ausreiseverboten werden eingeschränkt.
- Die personenbezogenen Daten sollen stärker geschützt werden.
- Es sollen ombudsmännische Verfahren eingeführt werden.<sup>235</sup>

Eine demokratische Verfassung ermöglicht es den Bürgern, an den Entscheidungsprozessen mittelbar oder unmittelbar teilzunehmen und erleichtert somit die demokratische Lösung von Problemen. Eine undemokratische Verfassung hingegen schließt diese Möglichkeit aus, indem die Teilnahme der Bürger an den Lösungsprozessen eingeschränkt oder verboten wird. Die Verfassung von 1982 führte zu einer Intensivierung des Kurdenproblems, weil demokratische Lösungsmöglichkeiten durch Verbote unmöglich gemacht wurden.

Das Kurdenproblem erreichte den heutigen Zustand durch das Zusammenspiel verschiedener Faktoren. Deswegen setzt die Lösung dieses Problems das gleichzeitige Greifen von einander unterstützenden volkswirtschaftlichen, politischen und rechtlichen Maßnahmen voraus. Vor allem braucht man eine freiheitliche und demokratische Verfassung, die die Lösung erleichtern und den Prozess beschleunigen kann.

Es sind nicht nur die Kurden, die von den Entscheidungsprozessen ausgeschlossen sind. Andere gesellschaftliche Gruppen wie die Aleviten und die nicht-muslemischen Minderheiten, die Behinderten und die Frauen sind ebenfalls der Meinung, diskriminiert und ausgeschlossen zu werden. Deshalb müssen auch die anderen Probleme mit Sensibilität

---

<sup>235</sup> <http://www.haber7.com/haber/20100317/Anayasa-degisikliginden-neler-yer-aliyor.php> (12.04.2010).

behandelt und gelöst werden. Auch dafür ist eine freiheitliche und demokratische Verfassung notwendig.

Kurz gesagt muss die neue Verfassung eine demokratische anstelle der autoritären Haltung, eine freiheitliche Perspektive anstelle von Verboten, repräsentative Demokratie anstelle von Vormundschaft und eine integrative statt ausschließende Tendenz der Verfassung von 1980 als Grundlage nehmen und alle staatliche Mechanismen von diesen Werten ausgehend bilden.

#### **4.8 Der politische Kampf der Kurden**

Ab Mitte der 1970er Jahre gründeten die Führungspersonen der Kurden ihre eigenen Organisationen und begannen mit einem ideologischen Aufbauprozess. Das führte zur Ausbreitung und Konsolidierung des kurdischen Bewusstseins. Der Militärputsch 1980 löste diese Bewegungen entweder auf oder zwang die Menschen zur Auswanderung. Die seit 1938 unbewaffnet kämpfenden Kurdenbewegungen wandten sich mit der PKK wieder dem bewaffneten Kampf zu.

In den fünfzehn Jahren von der Razzia 1984 bis zum Jahre 1999, in dem Abdullah Öcalan gefangengenommen wurde, kamen 30 000 Personen ums Leben. In dieser Periode wurden 3 000 Morde begangen, deren Täter unbekannt sind. Mehr als 4 000 Dörfer wurden verbrannt und zerstört. Laut der offiziellen Berichte mussten 300 000 und laut inoffiziellen Aussagen 3 Millionen Personen emigrieren.<sup>236</sup>

Aufgrund der Gewalt- und Unterdrückungspolitik konnte man nicht einfach nur mehr vom "Kurdenproblem" sprechen. Statt der Vernunft waren die Waffen aktiv. Wissenschaftler, Intellektuelle und nichtstaatliche Organisationen wurden unterdrückt und konnten sich nicht frei äußern. Der Staat wollte nicht, dass über das Problem offen diskutiert werden konnte und versuchte, es mit militärischen Mitteln zu lösen.<sup>237</sup>

Die Weltkonjunktur, der EU-Mitgliedschaftsprozess und die Feststellung, dass das Problem mit Gewalt nicht gelöst werden konnte, führten von Zeit zu Zeit zu interessanten und auffallenden Kommentaren der Staatsspitze. Süleyman Demirel sagte 1991 in Diyarbakir als

---

<sup>236</sup> Beşikci, İsmail: Resmi Tarih Tartışmaları 6. Ankara, 2009, S. 317.

<sup>237</sup> Ebd. S. 318.

Kanzler „*wir anerkennen die kurdische Realität*“, während Mesut Yilmaz 1995 ebenfalls als Kanzler „*der Weg in die EU geht durch Diyarbakir*“ sagte. Der gegenwärtige Kanzler Recep Tayyip Erdogan betonte 2005 in Diyarbakir: „*Der Staat war auf dem falschen Weg. Die Lösung ist nur mit mehr Demokratie möglich*“.<sup>238</sup>

Die Realität ist aber, dass diese Feststellungen nie in die Praxis umgesetzt wurden. Die Wortführer äußerten solche Aussagen entweder als eine Botschaft an die EU, für Propagandazwecke oder um Zeit zu gewinnen. Obwohl die Lösung des Problems in den Händen der Politik lag, zeigte sie, dass sie keinen Bestandteil der Lösung sondern einen Bestandteil des Problems darstellte.

Bis zum heutigen Tag trugen alle Regierungen zur Unlösbarkeit des Problems bei, indem sie das Finden einer Lösung der Sicherheitsbürokratie übertrugen. Turgut Özal, der 1983 mit ANAP (Mutterlandspartei) an die Macht kam und 1989 zum achten Präsident der türkische Republik wurde, kam der Lösung am nächsten. Aber mit seinem unerwarteten Tod am 17. April 1993 wurden viele seiner Projekte mitten in ihrer Umsetzung abgebrochen.

Der Chefredakteur der SABAH Zeitung, Mehmet Barlas, erklärt die Änderungen seit der Periode Özals bis heute wie folgt:

*"Damals war Öcalan in Syrien, heute ist er in Imrali (Gefängnis). Damals gab es Saddam Hussein im Irak und es gab keine autonome kurdische Regierung. Er sagte, dass das Kurdenproblem in Freiheit und Demokratie und im Dialog behandelt werden müsse. Aber Özal wählte den Dialog mit Talabani und Barzani und nicht mit der PKK. Er versuchte, mit ihnen zusammenzuarbeiten und die PKK zu isolieren. Er war gegen eine föderalistische Lösung aber schlug vor, zu diskutieren. Man konnte die Auslieferung Öcalans an die Türkei wegen der mangelnden Entscheidungsfähigkeit der Koalitionsregierung nicht ausnützen, obwohl man viel hätte tun können. "* (...)<sup>239</sup>

Barlas betont die Notwendigkeit einer politischen Lösung und die Befreiung von der Angst vor einem unabhängigen kurdischen Staat. Das Problem könne nur mit Sicherheitsdoktrinen

---

<sup>238</sup> Vgl. Beşikci, İsmail: Resmi Tarih Tartışmaları 6. Ankara, 2009, S. 318.

<sup>239</sup> <http://www.turktime.com/haber/ILK-CIKIS-OZAL-DAN-ANNEANNEM-KURT-ISTE-OZAL-DAN-GUL-E-DEVLETIN-ZIRVESININ-KURT-ACILIMI/55079> (02.23.2010).

nicht gelöst werden.

Die Hauptaussage der vor kurzem verbotenen DTP (Partei der demokratischen Gesellschaft, Türkisch: Demokratik Toplum Partisi) war die Artikulation der Forderung nach Gleichberechtigung der Kurden.

Die erste Partei der Kurden war die Arbeitspartei des Volkes (HEP, Türkisch: Halkın Emek Partisi), die von zehn Abgeordneten gegründet wurde, die im Jahr 1990 aus der Sozialdemokratischen Populistischen Partei (SHP, Türkisch: Sosyaldemokrat Halkçı Parti) ausgetreten waren. Die Partei der Demokratie (DEP, Türkisch: Demokrasi Partisi) folgte im Jahr 1991 dieser Partei nach. Nachdem auch die DEP verboten wurde, wurde zuerst die Partei der Demokratie des Volkes (HADEP, Türkisch: Halkın Demokrasi Partisi) und danach die demokratische Volkspartei (DEHAP, Türkisch: Demokratik Halk Partisi) gegründet.<sup>240</sup> Diese Parteien wurden ebenfalls verboten. 2005 wurde die Bewegung der demokratischen Gesellschaft zur Partei der demokratischen Gesellschaft – auch sie wurde kürzlich verboten.

Nach der Wahl am 22. Juli 2007 änderte die DTP sowohl ihre Politik als auch ihre regionalen Politiker. Vor der Regionalwahl am 29. März 2009 ersetzte sie die erfolglosen Bürgermeister mit jungen und ausgebildeten Kandidaten, die mehr oder weniger Erfahrungen in der Verwaltung hatten. Für die DTP war es eine entscheidende Wahl, die über ihren weiteren Fortbestand entschied.<sup>241</sup>

Mit dieser Wahl steigerte die DTP ihre Vertretungsmacht für die Kurden, besiegte die AKP und bewies, dass sie ernst zu nehmen war. Die Tradition der HEP (die Arbeitspartei des Volkes) wurde von der Bevölkerung respektiert und anerkannt, und diesmal zeigte sie diese Macht auch bei der Wahl. Mit neuen regionalen Koalitionen erweiterte die DTP ihre Front und gewann gegen die AKP.

Der Kolumnist Oral Calislar, der in der Zeitung Radikal schreibt, äußerte sich nach der Wahl zur DTP:

---

<sup>240</sup> Kürt Sorunu, Acil Sorun Gerçekçi Yaklaşım: Kürt sorunu ve yerel Siyaset üzerine çok katımlı görüşler-öneriler. İstanbul, 2009, S. 18.

<sup>241</sup> Ebd. S. 24.

*„Mit der großen Unterstützung der DTP bewiesen die Kurden Folgendes: Egal wie sie politisch eingestellt sind - sie wollen die Anerkennung ihrer kurdischen Identität. (...)*

*Wie ich in meinen Schriften mehrmals ausgedrückt habe, machten die Kurden immer klar, dass sie sich mit ihrer eigenen Identität vertreten lassen wollen. Der Kanzler hat sich dazu etwas ungeschickt geäußert: „Sie (er will nicht einmal den Namen der Partei aussprechen) betreiben Identitätspolitik.“ Er schien damit zum Ausdruck bringen zu wollen, man müsse die DTP „entweder lieben oder verlassen“. Diese Haltung des Kanzlers, die DTP zu ignorieren und auszuschließen, führte dazu, dass das kurdische Volk nicht mehr mit der AKP sympathisiert.*

*Die DTP spielt eine Schlüsselrolle bei der Lösung [des Kurdenproblems]. Die Politik des Ignorierens muss beendet werden und die Türkei muss die unterschiedlichen Identitäten als kulturellen Reichtum interpretieren und somit zu einer höheren Demokratie übergehen. Die kurdische wie auch die alevitische Identität stellt eine der zentralen Realitäten der Türkei dar. Die Politik des Ignorierens führt jeden Tag zu schlimmeren Ergebnissen.’<sup>242</sup>*

Die am 9. November 2005 gegründete DTP bildete nach der ersten Wahl 2007 eine eigene Fraktion im Parlament. Der Oberste Gerichtshof klagte am 16. November 2007 die DTP an, und im Dezember 2009 wurde die Partei vom Verfassungsgericht der Republik Türkei verboten. Die Hauptbegründung war, dass die Partei zum Brennpunkt der Aktionen gegen die untrennbare Integrität des Staates und der Nation wurde. Dem Urteil lagen die Paragraphen 68 und 69 der Verfassung und die Paragraphen 101 und 103 des Gesetzes über die politischen Parteien zugrunde.<sup>243</sup>

Dem Vorsitzenden Ahmet Türk aus Mardin und dem stellvertretenden Vorsitzenden Aysel Tugluk aus Diyarbakir wurde das Mandat entzogen. Es war auffallend, dass nur die Mandate der moderaten Abgeordneten entzogen wurden. Neben Türk und Tugluk wurden 37 Personen

---

<sup>242</sup> Oral Calislar: Radikal Gazetesi. 31.03.2009.

<sup>243</sup> <http://www.radikal.com.tr/Radikal.aspx?aType=RadikalDetay&Date=&ArticleID=968810> (02.20.2010).

mit politischem Verbot verurteilt. Das ganze Vermögen der Partei wurde dem Staat übertragen.<sup>244</sup>

Das Verbot der DTP führte zu unterschiedlichen Reaktionen. Politische Parteien interpretierten den Prozess im Sinne ihrer eigenen Weltanschauung, während Intellektuelle Kritik an dem Urteil übten, weil politische Verbote die Demokratie schädigen.

Die erste Reaktion der EU auf das Verbot der DTP war sehr stark. Der stellvertretende Vorsitzende des gemeinsamen parlamentarischen Komitees EU-Türkei Hele Flautre interpretierte das Verbot im demokratischen Sinne als eine Sabotage. In einer schriftlichen Erklärung erklärte sie gleich nach der Bekanntgabe des Urteils: *"Das ist ein schlimmes Urteil und eine Sabotage der demokratische Öffnung in der Türkei."* Sie erklärte, dass eine Partei, die sich um die versöhnliche Lösung des Problems bemühte, verboten wurde und hob hervor, dass Ahmet Türk, Aysel Tugluk und Leyla Zana, die 1995 den Sacharow-Preis des europäischen Parlaments bekam, zu einem Politikverbot für fünf Jahre verurteilt wurden. Sie empfahl den Politikern der DTP, sich an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu wenden und der Regierung, die rechtlichen Regelungen, die das Verbot politischer Parteien erschweren, so schnell wie möglich umzusetzen.<sup>245</sup>

Am 2. Mai 2008 wurde die Partei des Friedens und der Demokratie (BDP, Türkisch: Baris ve Demokrasi Partisi) gegründet, weil ein Verbot der DTP immer wahrscheinlicher wurde. Im Gründungsansuchen stand Anwalt Mustafa Ayzit als Vorsitzender der Partei. Der Anwalt der DTP, Mahmut Tanzi, der frühere Bürgermeister von Baglar (und gleichzeitig ein ehemaliges Mitglied von HADEP) Cabbar Leygara und der frühere Bürgermeister von Sur, Cezayir Serin, waren ebenfalls Gründungsmitglieder der BDP. Der erste Parteitag fand am 7. September 2008 statt und Demir Celik wurde zum Vorsitzenden gewählt.<sup>246</sup>

Im Parteiprogramm der BDP finden sich wichtige Feststellungen zu den Problemen der Türkei und Lösungsvorschläge für diese. Einige Punkte des Programms, in dem eine demokratische Verfassung vorgesehen und eine demokratische Lösung für das Kurdenproblem gefordert und für die Stärkung der regionalen Verwaltungen argumentiert

---

<sup>244</sup> <http://www.radioasti.org/Rojev/189-DTP-kapatildi-gerekce-teror--.html> (03.14.2010).

<sup>245</sup> Vgl. Ebd.

<sup>246</sup> Vgl. <http://www.radikal.com.tr/Radikal.aspx?aType=RadikalDetay&Date=&ArticleID=968810> (02.20.2010).

wird, sind:

Die neue Verfassung: *Statt der Auffassung von einer Rasse, einer Sprache, einer Religion, einer Kultur und sexistischen Rollen muss die ethnische, kulturelle und religiöse Vielfalt anerkannt und eingeschlossen werden. Die Staatsbürgerschaft der türkischen Republik muss statt des Türkentums als Basis genommen werden.*

*Es muss verfassungsrechtlich garantiert werden, dass die Kurden und die anderen kulturellen Gruppen sich mit ihren Identitäten frei artikulieren, ihre Kulturen entwickeln, ihre Muttersprachen sprechen und weiterentwickeln, in ihren Muttersprachen erzogen werden, und die audiovisuellen Medien frei verwenden können.(...)*

Das Gesetz über politische Parteien und das Wahlgesetz: *Die Einschränkung des Spielraums der politischen Parteien muss beendet werden. Ausgehend von ihrer Existenz als wesentliche Bestandteile des parlamentarischen und demokratischen Systems muss ihre Organisations- und Handlungsfreiheit sichergestellt werden. (...)*

Laizismus: *Die nur eine Religionsrichtung als Basis nehmende Struktur muss geändert werden. Das Präsidium für Religionsangelegenheiten muss abgeschafft und somit alle religiösen Angelegenheiten im Laufe der Zeit den glaubenden Gruppen überlassen werden. (...)*

Das Kurdenproblem: *Die Realisierung der Demokratie und des gesellschaftlichen Friedens in der Türkei hängt von der Lösung des Kurdenproblems ab. Das Ende der Gewaltpolitik und der gewalttätigen Organisationen (wie das System der „Dorfschützer“) stellt den Anfang, die Feststellung und die Beseitigung der durch die Gefechte der letzten 25 Jahre verursachten Zerstörungen die zweite Phase, die Bildung der politischen und administrativen Infrastruktur nach den universellen und supranationalen Rechtsnormen die dritte und letzte Phase der Lösung dar. (...)*

Frauenrechte: *Die BDP sieht die Beseitigung der Hindernisse für die Teilnahme*



*der Frauen am politischen und gesellschaftlichen Leben als eine obligatorische Aufgabe. Die Frauen werden positiv diskriminiert, bis die Hemmnisse für ihre Teilnahme an Umsetzungs- und Entscheidungsprozessen beseitigt sind. (...)*

*Autonomie der Gemeindeverwaltungen: Die unterdrückende Aufsicht der Gemeinden durch die zentrale Autorität und die Entlassung der gewählten Vertreter durch eine zentrale Entscheidung muss beendet werden. (...)*

*Der Kampf gegen Arbeitslosigkeit: Unsere Partei wird die Produktion nach den gesellschaftlichen und nationalen Bedürfnissen organisieren. (...)*

*Das Migrationsproblem: Unsere Partei erzielt die Lösung des Migrationsproblems durch die Realisierung adäquater sozialer, ökonomischer und politischer Projekte. (...)<sup>247</sup>*

## **5. KAPITEL: DIE UNLÖSBARKEIT DES PROBLEMS UND DIE STAATSPOLITIK**

### **5.1 Menschenrechtsverletzungen: Unaufgeklärte Morde, Dorfverbrennungen und Politik der gewaltsamen Unterdrückung**

Immer wenn Gesellschaften am Übergang von einer Konfliktperiode, in der vom Staat intensive Menschenrechtsverletzungen verübt oder unterstützt wurden, zu einem demokratischen Regime übergehen, stellt sich die Frage nach dem Umgang mit der Vergangenheit. Entweder versucht man, sich der Geschichte zu stellen, oder aber diese wird „zu Grabe getragen“ – in dem Sinn, dass die Gesellschaft beschließt, die Vergangenheit ruhen zu lassen, sie (vorerst) zu vergessen und ein neues Kapitel aufzuschlagen. Ein Beispiel für den

---

<sup>247</sup> <http://www.aktuelbakis.com/Politika/8304.html> (02.20.2010).

zweiten Fall ist die Wahl der Gesellschaft in Spanien, die mit General Francos Tod von einer langjährigen Diktatur zur Demokratie übergang und die Vergangenheit hinter sich ließ.<sup>248</sup>

Die Mechanismen in jenen Gesellschaften, die die Konfrontation mit der Vergangenheit wählen, können ebenfalls sehr unterschiedlich sein. Manche beschließen, dass für Konsens und Frieden die Aufarbeitung der Wahrheit genügt, und manche kommen zu der Meinung, dass die Wahrheit alleine nicht genügt und dass Gerechtigkeit der wichtigere Aspekt ist. Die Gesellschaften, die davon ausgehen, dass ein Frieden ohne Gerechtigkeit nicht funktionieren kann, beschließen in Folge die Bestrafung der Schuldigen.

Der Umgang mit den Gruppen, die unter den Menschenrechtsverletzungen litten, kann kein willkürlicher sein. Er unterliegt den Mechanismen des des internationalen Rechts. Im Jahr 2006 stimmten die Vereinten Nationen der Umsetzung der Bassiouni-Prinzipien zu. Diese sehen einen fünffachen Mechanismus für die Reparation systematischer und schwerer Menschenrechtsverletzungen vor<sup>249</sup>:

1. Wiederherstellung der Verluste (*restitution*). Das Grundprinzip ist hier die Wiederherstellung der verletzten Rechte der Person wie Freiheit, Eigentum, Beschäftigung zumindest auf dem Zustand vor der Verletzung (*restitutio in integrum*).
2. Sowohl materielle als auch geistige Entschädigung (*compensation*).
3. Rehabilitation zur Genesung der physischen und psychologischen Wunden der Opfer (*rehabilitation*).
4. Umsetzung einer Reihe vorbeugender Maßnahmen, um die Entstehung ähnlicher Verletzungen zu verhindern (*preventive measures*).
5. Die Entwicklung einer Reihe von Richtlinien, mit demnen der Staat die Opfer

---

<sup>248</sup> Heinrich Böll Stiftung Dernegi Türkiye Temsilciliği: Türkiye’de Kürtler: Baris süreci için Temel gereksinimler. Istanbul, 2009, S. 55.

<sup>249</sup> Bassiouni, M. Cherif: Civil and Political Rights, Including the Question of Independence of the Judiciary, Administration of Justice, Impunity: The Right to Restitution, Compensation and Rehabilitation for Victims of Gross Violations of Human Rights and Fundamental Freedoms. New York: United Nations, 2000.

zufrieden stellt und für die Erfüllung der Gerechtigkeitserwartungen sorgt (*satisfaction*).

Im Folgenden soll das Kurdenproblem anhand der oben beschriebenen Prinzipien betrachtet werden: Welche Menschenrechtsverletzungen gegen Kurden haben in der Türkei stattgefunden, und wie weit ist der Staat für die Genesung der Wunden aufgekommen?

In der Türkei fand zwischen 1984 und 1999 eine bewaffnete Konfliktperiode statt. Besonders mit der Verkündung des Ausnahmezustands (OHAL) nach 1987 wurden schwere Menschenrechtsverletzungen gegen die kurdische Bevölkerung in den östlichen und südöstlichen Gebieten begangen: Wälder, Häuser und Gärten wurden verbrannt, Menschen erschossen oder verwundet oder verschwanden in der Untersuchungshaft. Auch wenn ein Teil der Menschenrechtsverletzungen von der PKK begangen wurde, ging doch die Mehrzahl der Aktionen vom Staat aus. Verletzungen wie unaufgeklärte Morde, Entführungen, Folter und Missbrauch, die von Sicherheitskräften und „Dorfschützern“ begangen wurden, wurden von nationalen<sup>250</sup> und ausländischen Menschenrechtsinstitutionen<sup>251</sup>, der Großen Nationalversammlung der Türkei (TBMM)<sup>252</sup> und dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte detailliert dokumentiert. Die Türkei wurde viele Male von der internationalen Öffentlichkeit angeprangert, verurteilt und mit Entschädigungszahlungen bestraft.<sup>253</sup>

Das obengenannte Beispiel von Spanien zeigt den Unterschied zwischen den Dimensionen der baskischen und katalanischen Probleme der anti-demokratischen Periode und der in der heutigen demokratischen Periode erreichten großen Verbesserung auf besonders deutliche Weise. Viele Länder konnten die ethnischen Probleme im Rahmen des Demokratisierungsprozesses lösen.

---

<sup>250</sup> Für nähere Informationen siehe: Türkiye İnsan Hakları Vakfı: İnsan Hakları Raporu. Istanbul, 1995.

<sup>251</sup> Für nähere Informationen siehe: Kurdish Human Rights Project: Ülke İcinde Göç Ettirilen İnsanlar.

<sup>252</sup> Für nähere Informationen siehe: Türkiye Büyük Millet Meclisi: Doğu ve Güneydoğu Anadolu’da Bosaltılan Yerleşim Birimleri Nedeniyle Göç Eden Yurttaşlarımızın Sorunlarının Arastirilarak Alinmasi Gereken Tedbirlerin Tespit Edilmesi Amaciyla Kurulan Meclis Arastirma Komisyonu Raporu. Tutanak Dergisi 53. Dönem 20, 1998.

<sup>253</sup> Vgl. Heinrich Böll Stiftung Derneği Türkiye Temsilciligi: Türkiye’de Kürtler: Baris süreci için Temel gereksinimler. Istanbul, 2009, S. 57.

In der Türkei hingegen gibt es beim Umgang mit dem Kurdenproblem keine wesentlichen Fortschritte. Die Gesellschaft setzt sich weiterhin nicht mit der Periode des Ausnahmezustandes auseinander. Die Sicherheitsbeauftragten und ihre Auftraggeber, die die Menschenrechtsverletzungen begingen, wurden nicht belangt oder vor Gericht gestellt. Der Diskurs zum Kurdenproblem erfolgt immer noch unter der Überschrift des „Kampfes gegen den Terror“. Eine wesentliche Ausnahme stellt ein Bericht dar, der 1998 von einer Unterkommission innerhalb der TBMM Menschenrechtskommission vorbereitet und vom Staat akzeptiert wurde. In diesem werden die von den Sicherheitsbeauftragten während des Ausnahmezustandes begangenen schweren Menschenrechtsverletzungen dokumentiert. Dieser Bericht ist zwar politisch bedeutend, aber dennoch begrenzt und rechtlich unverbindlich.<sup>254</sup>

Andererseits kann man in den letzten Jahren eine signifikante Haltungsänderung der Türkei gegenüber dem kurdischen Problem im Allgemeinen und dem Problem der erzwungenen Umsiedlung im Besonderen beobachten.

Seit 1999 wird jenen Personen eine begrenzte finanzielle Hilfe für den Bau von Häusern angeboten, die in ihre Dörfer zurückkehren.<sup>255</sup> Obwohl die Regierung weiterhin ihre Verantwortung für die Entstehung und den Fortbestand des Problems leugnet, akzeptiert sie nun die Existenz des Problems, wenn auch indirekt und unwillig.

Ein wichtiger Schritt für die Entschädigungen ist das 2004 beschlossene Gesetz 5233 zur „Abfindung der Schäden, die durch Terror und den Kampf gegen den Terror entstanden sind“.<sup>256</sup> Dem Beschluss des Gesetzes liegen zwei politische Hauptmotive zugrunde. Erstens soll eines der Hindernisse auf dem Weg zur Mitgliedschaft der Türkei bei der EU beseitigt werden, und zweitens sollen hohen Entschädigungszahlungen der Türkei verhindert werden, indem die Ablehnung der damals beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wartenden 1500 Verfahren über die Deportation der Dörfer ermöglicht wird.<sup>257</sup>

---

<sup>254</sup> Vgl. Heinrich Böll Stiftung Derneği Türkiye Temsilciligi: Türkiye’de Kürtler: Baris süreci için Temel gereksinimler. Istanbul, 2009, S. 58.

<sup>255</sup> Hacettepe Üniversitesi Nüfus Etütleri Enstitüsü: Türkiye Göç ve Yerinden Olmuş Nüfus Arastirmasi. Ankara, 2006.

<sup>256</sup> Resmi Gazete: No. 25619, 20.10.2004.

<sup>257</sup> Heinrich Böll Stiftung Derneği Türkiye Temsilciligi: Türkiye’de Kürtler: Baris süreci için Temel gereksinimler. Istanbul, 2009, S. 59.

Die Türkei weist immer noch sehr hohe Defizite beim Umgang mit den Menschenrechten auf. Diejenigen, die versuchen, diese zu thematisieren, sehen sich seit Jahren Vorwürfen wie Verrat, Separatismus, Befürwortung reaktionärer Tendenzen, Spionage und Ähnlichem ausgesetzt. Besonders in gewissen politischen, polizeilichen und militärischen Kreisen wird diese Rhetorik sehr oft verwendet.

Die erzwungenen Änderungen als Ergebnis des Drucks des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und dem Versuch der Verbesserung der Beziehungen zur EU, die wichtigen Arbeiten der Forschungskommission für Menschenrechte des Parlaments, besonders im Kampf gegen Folter, sind wichtige Schritte auf dem Weg zur Etablierung einer neuen Menschenrechtspolitik. Andere wichtige Veränderungen im Menschenrechtsbereich besonders in der Amtsperiode der aktuellen Regierung sind fundamentale Änderungen im Strafrecht, die die systematischen Folter beendeten, die teilweise Aufhebung des Verbots unterschiedlicher Sprachen und Dialekte in auf lokaler Ebene, die Zulassung der Verwendung der kurdischen Sprache bei staatlichen und privaten Fernsehsendern, die Änderung der Struktur des Nationalen Sicherheitsrates (MGK) und die Abschaffung von. Dennoch existiert eine Reihe grundlegender Probleme.<sup>258</sup>

Beim „Kurdenproblem“ scheitern umfassende Lösungsansätze jedoch schon am Mangel an einer Übereinstimmung bei der Problemanalyse und der Bezeichnung für das Problem. Während die einen vom „Kurdenproblem“ sprechen, nennen es andere das „Problem des Südostens“ oder das „Terrorproblem“. Diese Bezeichnungen spiegeln unterschiedliche Meinungen zur Ursache des Problems und den daraus abzuleitenden Lösungsansätzen.

Diejenigen, die vom „Problem des Südostens“ sprechen, sehen die Quelle des Problems in der feudalen Struktur des Gebiets und in der ökonomischen und kulturellen Rückständigkeit. Ihr Lösungsvorschlag ist das „Dorf-Stadt-Projekt“. Dieses Projekt sieht über 20 ökonomische Maßnahmen vor, die zur Assimilation der Kurden und zur Verbesserung der Sicherheitslage führen sollten. Es wird jedoch seit Jahren nicht umgesetzt. Für diejenigen, die das Problem als „Terrorproblem“ bezeichnen, ist die Quelle des Problems der PKK-Terror, und demnach

---

258

[http://webcache.googleusercontent.com/search?q=cache:sLL8jLyctKgJ:site.mynet.com/diyarhuder/rapor/huder\\_insan\\_haklari.doc+ohal'in+kaldirilmasi+ve+insan+haklari+ihlalleri&cd=1&hl=de&ct=clnk&client=safari](http://webcache.googleusercontent.com/search?q=cache:sLL8jLyctKgJ:site.mynet.com/diyarhuder/rapor/huder_insan_haklari.doc+ohal'in+kaldirilmasi+ve+insan+haklari+ihlalleri&cd=1&hl=de&ct=clnk&client=safari)  
(06.04.2010).

sollte die Vernichtung der PKK das Problem lösen. Ein Erfolg dieses Ansatzes darf bezweifelt werden, da das zugrunde liegende Problem deutlich älter ist als die PKK. Die Quelle des Kurdenproblems in der Türkei ist primär in der Gründungsphilosophie der Republik und in der aktuellen Verfassung von 1982 zu suchen. Die türkische Republik wurde im Gegensatz zum Verständnis im osmanischen Reich von der französischen Revolution 1789 inspiriert und baut auf der Struktur des Nationalstaats auf. Weder die Türken noch die Kurden stimmten dem Verständnis des Nationalstaats bewusst und willig zu. Es handelt sich also um uniformisierende Probleme, die vom System verursacht werden. Die PKK ist nicht die Ursache von Terror, Migration, Rückständigkeit und ähnliche Probleme im Gebiet, sondern vielmehr ein Ergebnis daraus und eine Form, wie sich diese Ursachen präsentieren.<sup>259</sup>

## **5.2 Einfluss der Aktionen der PKK auf die Lösung des kurdischen**

### **Problems**

Wie oben erwähnt begannen bewaffnete kurdische Gruppen unter der Führung der PKK Ende der 70er Jahre und Anfang der 80er Jahre mit Guerilla-Aktionen im Südosten Anatoliens. Ab 1984 erklärte die PKK den offenen Krieg gegen das Regime in der Türkei. Die Angriffe auf Gendarmerie und Polizeizentralen nahm stark zu.

Ende der 80er Jahre und Anfang der 90er Jahre wandte sich die PKK im In- und Ausland der breiten politischen Propagandaaktivität zu.

Die Festnahme des PKK-Führers Abdullah Öcalan 1999 durch die Türkei und der gleich folgende Beschluss des Waffenstillstands wurde seitens der Türkei als ein großer Sieg gefeiert. In der anfangs euphorischen Stimmung glaubte man an die erfolgreiche Auflösung der Rebellengruppe. Dennoch bedeutete das Ende des bewaffneten Widerstandes weder das Ende der PKK noch das Ende des kurdischen Problems in der Türkei. Seit über zehn Jahren hält die PKK als die primäre politische Organisation der Kurden in der Türkei ihre

---

<sup>259</sup>

Vgl.

[http://webcache.googleusercontent.com/search?q=cache:sLL8jLyctKgJ:site.mynet.com/diyarhuder/rapor/huder\\_insan\\_haklari.doc+ohal'in+kaldirilmasi+ve+insan+haklari+ihlalleri&cd=1&hl=de&ct=clnk&client=safari](http://webcache.googleusercontent.com/search?q=cache:sLL8jLyctKgJ:site.mynet.com/diyarhuder/rapor/huder_insan_haklari.doc+ohal'in+kaldirilmasi+ve+insan+haklari+ihlalleri&cd=1&hl=de&ct=clnk&client=safari)  
(06.04.2010).

Kontrollmacht und ihren Einfluss aufrecht. Die Türkei hielt - trotz des Friedenszustandes - das kurdische Problem am Leben, indem sie auf die Forderungen der Kurden zu wenig einging.<sup>260</sup> 2004 sammelte die PKK ihre Kräfte wieder und rief zur einseitigen Beendigung des Waffenstillstandes auf. 2006 nahm die Anzahl der Konflikte und Toten auf beiden Seiten wieder zu.<sup>261</sup>

Das bekannte und fundamentale Gründungsziel der PKK ist die Ausrufung eines eigenen kurdischen Staates. Dies wird auch vom PKK Führer Abdullah Öcalan in seinem Buch „Ein Volk verteidigen“ offen artikuliert. Im Kapitel „Kritik und Selbstkritik im Namen der PKK“ schreibt er:

*„(...) Obwohl die Zielsetzung einer klassenlosen und ausbeutungslosen kommunistischen Gesellschaft theoretisch erwähnt wird, wird als eine vorläufige Annahme akzeptiert, dass ohne eine lange Periode der sogenannten „proletarischen Diktatur“ dieses Ziel nicht zu erreichen ist. Das Staatsziel ist also auch eines der verbindlichen Grundelemente der Parteien dieses Jahrhunderts sowie auch der PKK. Das Interesse der PKK wie auch aller anderen Parteien an einem eigenen Staat, sowie der Einsatz für die Erreichung und Umsetzung eines Staates mit ganzer Willenskraft ist eine schwer abzustreitende Tatsache. Man kann diskutieren, wie bewusst und wie erfolgreich für dieses Ziel gekämpft wird. Man kann beurteilen, ob es erreichbar ist oder nicht. (..) Dennoch wäre es nicht ehrlich zu sagen, dass die PKK nie beabsichtigte, auf einen eigenen Staat hinzuarbeiten. (...)“<sup>262</sup>*

Die PKK ist geprägt vom türkischen Selbstverständnis, das die Existenz, Sprache und Kultur der Kurden ablehnt. Sie sieht sich als eine Partei des Problems. Ihr offensichtlicher Einfluss und Autorität ist eine Realität, die von der offiziellen Türkei weiterhin geleugnet wird.

---

<sup>260</sup> Vgl. Marcus, Aliza: Blut und Glaube: Die PKK und die kurdische Bewegung. Istanbul, 2009, S. 18.

<sup>261</sup> Vgl. Ebd.

<sup>262</sup> Öcalan, Abdullah: Bir Halki Savunmak. Tek Kisilik Tutukevi / Mudanya, Bursa, 2004, S. 351.

Die Gründung der PKK ist eines der wichtigsten Ereignisse in der Türkei im Bezug auf das kurdische Problem. Aliza Marcus schreibt im Nachwort seines Buches über die PKK und die kurdische Bewegung:

*„(..) Die Kurden in der Türkei können nun der PKK kaum ihren Rücken zuwenden, denn das würde den Verrat ihrer Träume bedeuten. (...) Der Kampf der PKK, ganz abgesehen davon wie gut oder wie schlecht dieser Kampf ist, brachte das kurdische Problem auf die Tagesordnung der Türkei und der Welt. Er löste die Selbstartikulation der Kurden innerhalb der kurdischen Identität und ihre Wahrnehmung davon als ein Ehrenproblem aus.“<sup>263</sup>*

Eine objektive und von politischen Interessen unabhängige geschichtliche Betrachtung der PKK und der kurdischen Bewegung zeigt, dass die Kurden die bewaffnete PKK trotz alledem seit fast 30 Jahren als einen wesentlichen Machtfaktor in der Region verstehen. Politisch erfolgt die Vertretung durch die Parteien AKP und DTP, wobei letztere mittlerweile unter dem Namen BDP auftritt. Diese beiden Parteien kontrollieren die politischen Dynamiken und scheinen die politischen Machtverhältnisse auch stabil halten zu können.

Das ist ein Zeichen, dass die Kurden auch eine unbewaffnete PKK in der kommenden Phase erleben und unterstützen wollen. Dafür ist die Entwaffnung der PKK im Rahmen eines angemessenen Plans nötig, um weiteres Leiden und Blutvergießen zu vermeiden. Eine solche Entwicklung wird in der Türkei von allen Konfliktparteien mit Argwohn betrachtet. Vor allem bei westlichen Intellektuellen und Journalisten wie Aliza Marcus, die die kurdische Bewegung seit Jahren beobachten, ist dies in der politischen Diskussion das bestimmende Thema.

### **5.2.1 Die Festnahme Öcalans**

Am 15. Februar 1999 wurde Öcalan aus der griechischen Botschaft in Kenia, wohin ihn der griechische Geheimdienst auf US-Vorschlag mit falschen Versprechungen gelockt hatte, von Agenten des türkischen Geheimdienstes in die Türkei verschleppt. Im Juni 1999 wurde Öcalan in einem Schauprozess wegen Hochverrats zum Tode verurteilt, das Urteil aber später auf Druck der EU in lebenslange Haft umgewandelt. Seit seiner Gefangennahme befindet er

---

<sup>263</sup> Marcus, Aliza: Blut und Glaube: Die PKK und die kurdische Bewegung. Istanbul, 2009, S. 407.



sich, bewacht von über 1000 Soldaten, als einziger Häftling auf der Gefängnisinsel Imrali im Marmarameer.<sup>264</sup>

Das Antifolterkomitee beim Europarat (CPT) beklagt, dass die Isolationshaft Öcalans Gesundheit schade und fordert dessen Überführung in ein normales Gefängnis.<sup>265</sup>

Aus der Haft heraus setzt sich Öcalan für eine politische Lösung der kurdischen Frage ein, in deren Mittelpunkt die verfassungsmäßige Anerkennung der kurdischen Identität innerhalb einer „Demokratischen Republik Türkei“ stehen soll.<sup>266</sup>

Bundesminister Bülent Ecevit, in dessen Periode die Auslieferung Öcalans an die Türkei 1999 fiel und der die Nachricht damals im Fernsehen angekündigt hatte, sagte in den folgenden Jahren, „dass er nicht wisse, wieso Öcalan ausgeliefert wurde“. Es scheint jedoch so, dass diese im Kontext einer multinationalen Politik zu sehen ist:

1. Die USA und Israel, die bei der Auslieferung Öcalans an die Türkei eine wesentliche Rolle spielten, verlangten im Gegenzug die Unterstützung und Zusammenarbeit der Türkei beim Friedensprozess im Mittleren Osten und eine positive Zusammenarbeit im gesamten Gebiet von Kaukasien bis in den Iran.
2. Außerdem musste die türkische Regierung den Widerstand gegen ein autonomes oder unabhängiges Kurdengebiet im Norden des Irak aufgeben.<sup>267</sup>

Die Türkei hoffte, dass die Verschleppung Öcalans zum Untergang der PKK führen würde. Gerüchteweise planten die Behörden, ein Foto von Öcalan in Handfesseln zwischen zwei türkischen Fahnen im Kurdengebiet zu verteilen, falls die PKK die Mitteilung nicht glauben sollte.<sup>268</sup> Die türkische Regierung hoffte, dass die Nachricht von der Festnahme zu einer Demoralisierung der bewaffneten Kämpfer und ihrem langsamen Rückzug aus der Organisation bedeuten würde.

---

<sup>264</sup> <http://kurdistan.blogspot.de/2009/02/> (07.05.2010).

<sup>265</sup> Ebd.

<sup>266</sup> Ebd.

<sup>267</sup> Tan, Altan: Kürt Sorunu: Ya Tam Kardeslik Ya Hep Birlikte Kölelik. Istanbul, 2010, S. 578.

<sup>268</sup> Hürriyet Gazetesi: 23 Subat 1999.

Die Türkei erreichte mit der Festnahme aber den gegenteiligen Effekt: Die Unterstützung für Öcalan war größer als jemals zu vor, und ein großer Teil der Kurden sympathisierte mit der PKK und reagierte zornig und verärgert auf die Nachricht. In allen wichtigen Städten Europas, von Wien bis London, richteten sie ihren Ärger auf Geschäfte und Botschaften der Staaten Kenia und Griechenland, denen sie für die Auslieferung die Schuld gaben, und verübten gewalttätige Angriffe. Zwei Kurden wurden bei einem Angriff gegen das israelische Konsulat in Berlin erschossen. Manche verbrannten sich selbst lebendig. So wurde der gefangene Öcalan zum Symbol der kurdischen Nation. Seine Gefangenschaft wurde als die Gefangenschaft Kurdistans interpretiert und seine Freiheit bot sich als eine Vorbedingung für die kurdische Freiheit an.<sup>269</sup>

Die PKK gelang es, ihren politischen Einfluss zu bewahren. Der Hauptgrund dafür ist im Verhalten der Türkei zu suchen. Der Staat verabsäumte es, das nach der Verhaftung Öcalans herrschende Chaos zu nützen und die Mitglieder der PKK auszuschalten und wartete stattdessen ab. Nach Öcalans Festnahme kam es zu einer Reihe von Reformen – allerdings nicht freiwillig, sondern größtenteils zur Erfüllung der Vorbedingung für Verhandlungen über eine Vollmitgliedschaft in der EU, die offiziell am 3. Oktober 2005 begannen und voraussichtlich noch zehn Jahre dauern werden. Die EU zwang die Türkei, die Kopenhagener Kriterien im Bereich der Demokratie und Menschenrechte einzuhalten. Allerdings blieb die Grundhaltung des Staates unverändert. Wo möglich wurden die Reformen verschleppt oder ihre Umsetzung erschwert. Beispielsweise wurde Sendungen in kurdischer Sprache bereits 2002 zugelassen, aber die Regelungen für die Verwirklichung der Sendungen in dieser Sprache im staatlichen Sender der Türkei dauerten noch zwei Jahre.<sup>270</sup> Auf der anderen Seite ist Kurdisch als Sprache beim Sender TRT-Ses erlaubt, bei TRT-3 jedoch verboten – offiziell aufgrund der Gesetze zu den politischen Parteien in der Verfassung. Mit Fortbestand dieser Widersprüche und des Mangels einer rechtlichen Integrität werden diese praktisch politischen Öffnungen aufgrund ihrer Begrenztheit unwirksam.

Es gibt keine Möglichkeit für die Freilassung Öcalans, falls es keine spezielle Amnestie gibt. Die TBMM (Große Nationalversammlung der Türkei) schaffte 2002 im Rahmen der nötigen

---

<sup>269</sup> Marcus, Aliza: Blut und Glaube: Die PKK und die kurdische Bewegung. Istanbul, 2009, S. 373.

<sup>270</sup> Vgl. Ebd. S. 390.

Reformen für den EU-Beitritt die Todesstrafe ab. So wurde die Strafe Öcalans in eine lebenslange Haftstrafe umgewandelt.

Öcalan beharrte lange auf der Ungerechtigkeit des Gerichtsprozesses. Er beantragte die Berufung gegen den Prozess beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Dieser entschied 2005 für Öcalan, allerdings waren die Bescheide für die Türkei nicht verbindlich. Öcalans Forderung eines neuen Gerichtsprozesses wurde 2006 abgelehnt. Die Unterstützer Öcalans beharren darauf, dass ohne seine Freilassung das kurdische Problem nicht zu lösen ist.<sup>271</sup>

### **5.2.2 Die Suche der PKK nach Aktivitäten auf dem politischen Boden**

Vor dem Prozess gegen Öcalan (29. Juni 1999) hatte die kurdische Partei HADEP die Oberhand im Südosten und bekam 60% der Stimmen der größten Stadt des Gebietes, Diyarbakir. Da die Sympathisanten der PKK die Mehrheit innerhalb der Partei hatten und die Wähler die HADEP (Partei der Demokratie des Volkes) als die legale Vertreterin der PKK sahen, war der Wahlsieg HADEPs ein großes Vertrauensvotum. HADEP hielt zahlreiche Bezirksverwaltungen in den Gebieten mit kurdischer Mehrheit in ihrer Hand, was eine wichtige Ursache für den Fortbestand der Kraft der PKK und ihrer populären Unterstützung trotz der politischen Kapitulation Öcalans und des Chaos innerhalb der PKK-Hierarchie war.<sup>272</sup> Obwohl die Bürgermeister nicht direkt mit der PKK verbunden waren, waren sie aufgeschlossen gegenüber ihren Interessen. Sie kritisierten die Gefangenschaft Öcalans. Ihr Verhalten verstärkte das Bild der PKK als eine stabil weiterbestehende und ihrem Ziel treue Organisation.

Nach dem Verbot der HADEP durch den türkischen Verfassungsgerichtshof aufgrund der Verbindungen mit der PKK, wurden die danach gegründete DEHAP (Die Demokratische Volkspartei) und später die DTP (Partei der demokratischen Gesellschaft) aus denselben Gründen verboten. Der Einfluss der PKK auf die kurdische Öffentlichkeit wurde auch von der kurdischen Zeitung und anderen Medien verstärkt. Diese Zeitung setzt momentan unter dem

---

<sup>271</sup> Marcus, Aliza: Blut und Glaube: Die PKK und die kurdische Bewegung. Istanbul, 2009, S. 395.

<sup>272</sup> Vgl. Ebd. S. 388.

Namen „Özgür Gündem“ in der Türkei und „Özgür Politika“ in Europa ihre Sympathie zur PKK fort.

Der populärste Fernsehsender der Kurden in der Türkei „Roj TV“ sendet aus Dänemark. Auch dieser Sender in kurdischer und türkischer Sprache zeigt eine kompromisslose Unterstützung der PKK.

Die PKK überlebt auch heute, weil sie bei den Kurden in der Türkei beliebt ist. Sie ist vor allem deshalb beliebt, weil sie eine sehr lange Zeit für ihre Rechte und Freiheit kämpfte. Dieser Kampf der PKK verbindet die Menschen mit der Partei.

Heute wird vor allem diskutiert, wie die PKK überzeugt werden kann, ihre Waffen niederzulegen. Für die Beantwortung dieser Frage ist eine Analyse der Position der PKK notwendig. Die PKK gab den Separatismus schon lange auf und fordert heute eine demokratische Lösung innerhalb der Grenzen der Türkei. Sie hat zwei Hauptforderungen: Erstens eine demokratische Politik, die die Rechte der Kurden akzeptiert, und zweitens die Freilassung ihres Führers Öcalan.

Heute repräsentiert die Partei für Frieden und Demokratie (BDP) die Kurden im Parlament, welche die gleiche gesellschaftliche Basis wie die PKK hat, aber den Einsatz von Gewalt ablehnt. BDP kann einen großen Beitrag zur „Demokratischen Öffnung“ leisten. Die Regierung hat zum Ausdruck gebracht, dass sie eine „interne“ Diskussion über einen Waffenstillstand zwischen PKK und BDP erwartet. Eine weitreichende Amnestie nicht für die PKK-Spitze, aber für PKK-Mitglieder in Gefängnissen und in Freiheit im In- und Ausland könnte ermöglichen, den gewaltbereiten Arm der PKK zu isolieren. PKK-Mitglieder könnten in der BDP oder in anderen politischen Parteien mitwirken.

Diese Ansichten werden auch von der BDP Abgeordneten Emine Ayna geteilt. Sie antwortet auf die Frage: *„Ist die Kritik berechtigt, dass keine Bewegung für die Lösung des kurdischen Problems unabhängig von der PKK sein kann?“*;

*„Wenn wir danach trachten, dass die Kurden unabhängig von der PKK handeln sollen, bedeutet das, dass wir das Unmögliche wollen. Ich sage nicht, dass alle organisierten Kräfte abhängig von der PKK sein müssen. Die PKK ist nicht die*

*Ursache des kurdischen Problems, sondern ein Ergebnis davon. Wir sagen, dass heute keine Lösung ohne Rücksicht auf die PKK möglich ist. Die PKK sagt, dass sie Teil einer demokratischen Politik sein will, dass sie Frieden will. Warum sollte ich denn dagegen opponieren? Wir schauen auf die Aussagen und Forderungen der PKK. Das sind keine grundsätzlich abzulehnenden Forderungen. Falls es akzeptable, realisierbare Forderungen sind, falls wir uns zusammensetzen und besprechen wollen, eine gemeinsame Heimat zu schaffen, dann wieso dieser Teufelskreis? „<sup>273</sup>*

### **5.3 Demokratische Lösungswege**

Die Menschheit bemüht sich am Anfang des 21. Jahrhunderts, eine friedliche Welt zu schaffen, in der die Menschenrechte garantiert, demokratische Institutionen gestärkt und partizipative Demokratie weit verbreitet sind.

Wenn heute nicht alle ihre politischen Rechte genießen und an politischen Entscheidungen teilhaben können, drückt dies eine noch reale Ungleichheit aus. Wenn Bürger ihre politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Rechte nicht einfordern können, bedeutet das, dass wir uns nicht innerhalb der Grenzen der Demokratie befinden.

Heute wollen verschiedene Segmente der Gesellschaft in der Türkei demokratischere soziale Strukturen und einen innerstaatlichen Frieden schaffen. Die große Mehrheit will heute, nach zweihundert Jahren andauernder Modernisierungsbestrebungen, eine gleichberechtigte Mitgliedschaft des Landes in der säkularen demokratischen Welt und.

Um dieses Ziel zu erreichen, muss die Türkei ihre Hauptprobleme schnell lösen. Eines davon ist das kurdische Problem. Die Tatsache, dass in letzter Zeit immer mehr Gruppen, Institutionen und Personen eine friedliche und demokratische Lösung dieses Problems anstreben, gibt Grund zur Hoffnung.

---

<sup>273</sup> <http://www.aamedya.com/haberler/20460/haber-Ayna-PKKya-SIYASET-YOLU-acilsin/haber-Ayna-PKKya-SIYASET-YOLU-acilsin.html> (28.05.2010).

Vor allem setzt sich immer stärker die Überzeugung durch, dass ein weitreichendes Menschenrechtsverständnis als Ausgangspunkt zur Lösung des kurdischen Problems vorauszusetzen ist. Es wird hinterfragt, welche Rechte der Kurden in welchen Bereichen begrenzt wurden und werden, wie diese Begrenzungen überwunden werden können und welche Schritte als nächstes zu setzen sind.

Das Ziel der Türkei ist eine moderne Zivilisation, und die absolute Voraussetzung dafür sind die Menschenrechte, der Rechtsstaat und eine pluralistische Demokratie. In den letzten Jahren wurden im Rahmen der EU-Anpassungen zu diesen drei Themen positive Änderungen in Gesetzen und Institutionen unternommen. Allerdings ist oft nicht die für die praktische Umsetzung dieser Änderungen notwendige Entschiedenheit zu erkennen.<sup>274</sup>

Dieser Mangel ist von der Politik durchaus beabsichtigt, und es wird weiterhin versucht, die Mitglieder einer anderen Sprach- oder Kulturgruppe mit der Mehrheitskultur zu verschmelzen. Diese fehlgeleitete Politik des Staates erreichte ihren Höhepunkt 1938 mit dem Verbot der kurdischen Sprache. Dieses Verbot wurde 1991 aufgehoben, und die im November 1991 gebildete Koalitionsregierung zwischen DYP (Partei des rechten Wegs) und SHP (Sozialdemokratische Volkspartei) ging mit der offiziellen Anerkennung der „kurdischen Identität“ noch einen Schritt weiter. Dadurch wurde eine große Hoffnung auf eine friedliche Lösung und eine weitreichende Demokratisierung geweckt. Dennoch konnten die Verfassungs-, Gesetzes- und institutionalen Reformen nicht realisiert werden.<sup>275</sup> Es waren Aussagen zu hören wie: *„Zuerst sollen die Gewalt und der Terror beendet werden. Nachdem wir mit der PKK fertig sind, werden wir weiter sehen.“* Eine historische Gelegenheit wurde versäumt, und das schadete vor allem der Türkei. Die Anerkennung der „kurdischen Realität“ auf dem Papier und die doch nicht erfolgte notwendigen Anpassungen verstärkten die bestehenden politischen, ökonomischen und sozialen Probleme in der Türkei.

Auch in Bereichen des täglichen Lebens gab es in der Türkei positive Veränderungen. Beispielsweise wurde der Fernsehsender „TRT Ses“ (also „TRT 6“) gegründet. Damit wurde ein Staatssender geschaffen, der rund um die Uhr auf Kurdisch sendet.

---

<sup>274</sup> Karatas, Ercan: Kürt Sorunu – Sosyal Demokratik Yaklaşımlar. Istanbul, 2009, S. 39.

<sup>275</sup> Ebd. S. 55.

Allerdings wurde in der Beurteilung der ersten sechs Monate dieses Senders betont, dass er von der AKP-Regierung aus politischen Gründen vor den Wahlen gegründet wurde. Es wurde festgestellt, dass *„der Sender mit einer wichtigen politischen Mission heute in Folge ernsthafter Verwaltungsmängel, bürokratischer Hindernisse und inneren Reibungen banalisiert wird“*. Der Bericht stellt fest, dass bei der Gründung von TRT6 *entschiedene und ehrgeizige Ziele verfolgt wurden. Er hält jedoch auch fest: „TRT Ses sieht heute wie ein zu früh ermüdeten 100-Meter-Läufer aus. Statt als attraktiver, interessanter, qualitativvoller Sender agiert er heute im Sinne einer kafkaesken Struktur, in der die Verbote verteidigt, das Gefühl erweckt wird, zur Schau gestellt zu werden und in der die bürokratischen Mechanismen und kleinen Berechnungen vor jeglichen Rundfunkprinzipien stehen.“*<sup>276</sup>

TRT 6 ist ein Verdienst des demokratischen Kampfes der Kurden. Er ist in seinen Grundabsichten positiv, kann allerdings die Erwartungen nicht erfüllen. Die Sendeinhalte bürgerlicher Sender werden imitiert, und so wird auch eine Identifikation mit diesen geschaffen. Seit seiner Gründung er der Kritik ausgesetzt, der Kontrolle und Regelung durch das System zu dienen und die kurdische Sprache zur beliebigen Prägung und Schablonisierung der Menschen zu instrumentalisieren. Will man die ursprünglichen Ziele von TRT6 erreichen, muss die Regierung diese Widersprüche möglichst schnell beseitigen.

Um in einem Land wie der Türkei mit seiner komplexen politischen – und Machtsituation eine ausgeprägte Demokratie zu verwirklichen, müssen sich alle zivilen und politischen Kräfte - auch und besonders die Kurden - an diesem Prozess beteiligen und eine konstruktive Rolle übernehmen. Die Türkei erlebt die Schmerzen des Übergangs zur Demokratie. Wenn das kurdische Problem in einer konfliktfreien Situation nicht diskutiert und somit gelöst werden kann, wird die Türkei mit dem Risiko konfrontiert sein, auf dem Weg zu umfangreicher Demokratie und damit auch bei der Annäherung an die EU weit zurückgeworfen zu werden. Die Türkei besitzt die Mittel und die Möglichkeiten zur Bewahrung der Authentizität, Vervielfachung der ökonomischen Wohlfahrt und Lösung der Probleme innerhalb des demokratischen Systems durch eine politische und sozioökonomische Integration. Den Weg dorthin kann man durch eine neue Verfassung ebnen. Schon allein der Satz *„Die türkische Republik anerkennt die Existenz und Selbstartikulation aller Kulturen in*

---

<sup>276</sup> <http://www.firatnews.org/index.php?rupel=nuce&nuceID=12102> (01.23.2010).

*einer demokratischen Weise*“ spielt eine wichtige Rolle und hat das Potential, die Gewalt der letzten 30 Jahre zu beenden.<sup>277</sup>

In der neuen Verfassung sind eine Definition des Bürgers ohne Betonung auf Ethnizitäten, die verfassungsrechtliche Sicherheit anderer Muttersprachen neben der offiziellen türkischen Sprache als Unterrichtssprache, die Abschaffung der Hindernisse bei der Organisations-, Meinungs- und Glaubensfreiheit sowie die Revision und Neustrukturierung des Gesetzes für politische Parteien und Wahlen auf der Grundlage demokratischer Maßstäbe festzulegen. Wenn die Türkei ihre gesellschaftlichen Probleme lösen will, muss bei der vollständigen Umsetzung dieser unveräußerlichen Rechte begonnen werden.<sup>278</sup>

### **5.3.1 Die staatlichen Ansichten zur Lösung innerhalb des Systems**

Die Generalstabsstelle behauptet, die Verfolgung einer separatistischen Politik durch die PKK mit einer ethnischen Grundlage sei die Quelle der Probleme in den kurdischen Gebieten. Gleichzeitig ist sie der Ansicht, dass die PKK die Strukturen der Türkei als Nation sowie als unitärer Staat bedroht. Deshalb sind die meisten Militärkreise gegen jeden politischen Dialog mit der PKK.

Die Militärs sehen den Begriff „Türke“ als eine gemeinsame Überidentität, die alle Unteridentitäten umfasst und verteidigen die Ansicht, dass dieser Begriff Identitäten anderer ethnischen Gruppen nicht assimiliert.

Die Stabsstelle beurteilt die Identitätspolitik der DTP als eine gefährliche Entwicklung und ist der Meinung, dass die Politisierung der ethnischen Identität - anders gesagt ihr Übergang zu einer gesellschaftlichen politischen Identität - die territoriale Integrität der Türkei unmittelbar bedroht. Deshalb ist die Armee vehement gegen die Anerkennung der Unteridentitäten in einem Verfassungs- und Gesetzesrahmen und die Erteilung der kollektiven (Gruppen-)Rechte an diesen Identitäten, da dies die bestehende Verfassungsstruktur bedrohen würde. Trotzdem unterstützt sie den Gebrauch der individuellen Grundrechte und -freiheiten von

---

<sup>277</sup> Vgl. Heinrich Böll Stiftung Derneği Türkiye Temsilciliği: Türkiye’de Kürtler: Barış süreci için Temel gereksinimler. Istanbul, 2009, S. 109.

<sup>278</sup> Vgl. Ebd.



Unteridentitäten. Zum Beispiel wird der Unterricht des Kurdischen in Kursen als positiv betrachtet.<sup>279</sup>

Mit der Betonung auf die Verbesserung der sozialen und ökonomischen Bedingungen des Gebiets und der Forderung des Entwurfs konkreter Projekte durch die Regierung stellt sich die Armee deutlich gegen eine umfassende Amnestie für die PKK. Hingegen sollen PKK Kämpfer, die den bewaffneten Kampf aufgeben, mit neuen Identitäten die Chance auf ein neues Leben bekommen.<sup>280</sup>

Die AKP Regierung ist wie die Generalstabsstelle der Meinung, dass der Staat, strukturell gesehen, keine Assimilations- oder Verweigerungspolitik gegen ethnische Gruppen einsetzt. Aber im Gegensatz zur Generalstabsstelle erklärt sie eine fehlende Demokratisierung und Menschenrechtsverletzungen sowie die sozioökonomische Rückständigkeit des Gebiets zu den Ursachen des Problems. Die Regierung ist gegen die Anerkennung der PKK als eine Ansprechpartnerin von Staatsinstitutionen und unterstützt den Genuss der kulturellen Rechte der ethnischen Gruppen in der Türkei unter der Bedingung, dass dies im privaten Bereich erfolgt. Beispiele für diese Haltung und Politik sind das Zulassen von muttersprachlichem Unterricht in Kursen und die Eröffnung des kurdischen Fernsehsenders TRT 6.

Außerdem sieht die Regierung die Notwendigkeit für militärischer Methoden zur Schwächung der PKK und unterstützt deren Entwaffnung. Dennoch will sie keine Amnestie für die PKK.

### **5.3.2 Politische Lösungsvorschläge der demokratischen Partei**

Laut Politikern der demokratischen Partei (DTP beziehungsweise BDP) hat das kurdische Problem eine ethnische Grundlage und kulturelle, rechtliche, politische, soziale, ökonomische und psychologische Ebenen. Manche betonen die Verweigerungspolitik und Assimilationsabsichten des Staates gegenüber den Kurden, andere wiederum beschreiben es als ein sozioökonomisches Problem in Folge von Menschenrechtsverletzungen, der Armut

---

<sup>279</sup> Vgl. Radikal Gazetesi, 5.4.2008.

<sup>280</sup> Taraf Gazetesi, 6.6.2009.

und der Rückständigkeit. Dennoch äußern sie keine Forderungen wie demokratische Autonomie der DTP/BDP und PKK, sondern schlagen vor, dass Lokalverwaltungen die finanzielle und administrative Autonomie erteilt werden soll.

Diese Politiker fordern eine Bürgerdefinition, die unter Berücksichtigung der multikulturellen Struktur der Türkei nicht auf ethnischer, religiöser, konfessioneller oder sprachlicher Identität basiert. Sie schlagen die Abschaffung des Sprachverbots vor, das ein Hindernis für die Organisation der Kurden im politischen Bereich darstellt.

Im kulturellen Bereich schlagen sie folgende Schritte vor:

- Kurdisch soll im öffentlichen Dienst des Gebietes frei verwendet werden können.
- Der Unterricht soll in der Muttersprache erfolgen.
- Hetzerische und Hass säende Aussagen sollen in den Medien verboten werden.
- Fehlerhafte Darstellungen der Kurden sollen aus den Unterrichtsbüchern entfernt werden.
- Institute für Kurdologie sollen an den Universitäten gegründet werden.
- Erteilung der Presse- und Organisationsfreiheit für kurdische Veröffentlichungen.
- Die individuellen Grundrechte und -freiheiten des Volkes sollen unter Verfassungssicherheit stehen.
- Die Orts- und Gebietsnamen sollen wieder durch kurdische Namen ersetzt werden.<sup>281</sup>

Daneben schlagen sie auch die Bekämpfung der Armut, die Vorbereitung von Programmen für arme und ungebildete Kinder, Schaffung von Frauenprojekten, Abschaffung des Dorfschützersystems, die Förderung der Rückkehr in die Dörfer und eine positive Diskriminierung der Opfer der Zwangsmigration vor.

Außerdem fordern sie den Stopp der Angriffe durch die PKK und der Operationen der militärischen Kräfte. Sie wollen die Niederlegung der Waffen durch PKK-Milizen und die Rehabilitation ehemaliger PKK- Kämpfer fördern und schlagen vor, dass dies im Rahmen einer Generalamnestie umgesetzt wird.<sup>282</sup>

---

<sup>281</sup> Vgl. <http://www.setav.org/ups/dosya/27874.pdf> (24.05.2010).

<sup>282</sup> Vgl. Ebd.

### 5.3.3 Lösungsvorschläge der PKK

Die Anführer der PKK fordern die Lösung mit Hilfe gegenseitiger Gespräche, indem die türkische Republik sie als Ansprechpersonen anerkennt. Unter Rücksichtnahme auf politische Bedingungen erscheint dies allerdings nicht realistisch. Dennoch ist eine mittelbare Kontaktaufnahme mit der PKK möglich.<sup>283</sup>

In diesem Punkt sind die Ansichten der Anführer der PKK, vor allem Öcalans, zu dem Prozess wichtig. Die weitreichendste Meinungsäußerung Öcalans vertrat dieser im Gespräch mit seinen Anwälten in der Debatte über die „zivile Verfassung“:

*„Mein Vorschlag ist, die Verfassung von 1921 als Beispiel zu nehmen. „Die Verfassung der türkischen Republik anerkennt die demokratische Existenz und Selbstartikulation aller Kurden.“ Allein dieser Satz reicht, ebnet den Weg für viele Dinge. Sobald dieser Satz in die Verfassung aufgenommen wird, legt die PKK innerhalb von zwei Monaten ihre Waffen nieder, und die verdeckten Organisationen lösen sich auf. Die nächst Stufe wird durch demokratische Gesetze geregelt. Das, was ich sage, ist möglich, wir können das Blutvergießen stoppen.“<sup>284</sup>*

Auch die gelegentlich getroffenen Aussagen des ehemaligen Präsidenten der DTP, Ahmet Türk, bezeichnen den Weg einer Verfassungsänderung als Grundlage für die Umsetzung des Friedens. Zu möglichen neuen Gesetzen beziehungsweise einer Verfassung meint er: *„Sie sollen ein Projekt umsetzen, das den Ansprüchen des europäischen Rechts genügt, und wir werden es akzeptieren...“*

Die frühere DTP, die heute in der BDP organisiert ist, beschreibt die PKK als die Vertreterin der Kurden wie die Palästinensische Befreiungsorganisation oder die Partei Mandelas, schlägt den PKK Führer Abdullah Öcalan als Ansprechperson vor und nennt Beispiele der verfassungsrechtlichen Strukturen in Schottland, im Kosovo und im Irak für die strukturelle Lösung des Problems. Die DTP/BDP schlägt die Gründung politischer Parteien auf ethnischer

---

<sup>283</sup> Tan, Altan: Kürt Sorunu – Ya Tam Kardeslik Ya Hep Birlikte Kölelik. Istanbul, 2010, S. 576.

<sup>284</sup> Heinrich Böll Stiftung Dernegi Türkiye Temsilcileri: Türkiye’de Kürtler: Baris süreci için Temel gereksinimler. Istanbul, 2009, S. 21.

Grundlage vor, und nennt die verfassungsrechtlichen und strukturellen Faktoren als wichtigsten Punkt zur Lösung des Problems.<sup>285</sup>

Diesem Verständnis entsprechend verlangt die DTP/BDP die Anerkennung des Kurdischen als zweite offizielle Sprache und die Erteilung der kollektiven kulturellen Rechte der Kurden im kulturellen Bereich.<sup>286</sup>

## 5.4 Die Demokratische Öffnung

„Die Demokratische Öffnung“ ist in letzter Zeit eine Redewendung in der politischen Tagesordnung, die sich wegen terminologischer Interpretationsunterschiede etablieren konnte. Die anfangs als „kurdische Öffnung“ bezeichnete, danach zur „demokratischen Öffnung“ umgewandelte und letztendlich den Punkt der „Öffnung der nationalen Einheit“ erreichende Bewegung der türkischen Öffnung wurde in der Türkei mit großer Hoffnung wahrgenommen. Die Demokratisierung sollte nun im Gebiet die Stabilität sichern, ein großer Schritt auf dem Weg zur Demokratisierung würde gemacht werden und die Türkei würde ihren Platz unter den modernen demokratischen Staaten einnehmen.

Ab der Gründung der Republik herrschte in der Türkei ein Regimeproblem und ein Verlangen nach demokratischer Öffnung. In letzter Zeit verstand man unter der demokratischen Öffnung eine nicht definierte und mit keiner Bedeutung versehene „kurdische Öffnung“ und erklärte das „Problem der Demokratie“ zum alleinigen Problem der Kurden. Die Regierung korrigierte später dieses Bild und beschrieb die „demokratische Öffnung“ als die demokratische Lösung des Terror- und Südostenproblems. Schließlich wurde die Öffnung von Bundesminister Erdogan über den Terror und Südosten hinaus als ein Projekt der „nationalen Einheit und Brüderlichkeit“ artikuliert.

Ab dem Frühling des Jahres 2009 wurden zum Thema Demokratisierung verschiedene politische Liberalisierungen zur Verwirklichung initiiert und die Infrastruktur zur Entwicklungen der neuen demokratischen Phase ab 2009 vorbereitet. In der neuen

---

<sup>285</sup> Vgl. <http://www.setav.org/ups/dosya/27874.pdf> (24.05.2010).

<sup>286</sup> Ebd.

demokratischen Phase würde die Öffnung der Demokratie in allen Dimensionen und Bereichen des Rechts, der Politik und der Gesellschaft relevant sein und eine totale Demokratisierung der Türkei vorantreiben. In diesem Rahmen kommen unterschiedliche Verbesserungen in Frage, zum Beispiel die Verstärkung der nationalen Einheit und Brüderlichkeit, die Verhandlungen zur Waffenniederlegung mit der PKK, der ökonomische und soziale Fortschritt des Südostens und die Umsetzung kultureller Forderungen.

Bei der Liberalisierung gäbe es keinen Kompromiss bezüglich der nationalen und unitären Struktur der Türkei, und Grundprinzipien wie „Die Einzelheit der Türkischen Nation, Türkisch als offizielle - und Unterrichtssprache“ würden weiterhin bewahrt. Damit würde Kurdisch in den Universitäten als Wahlfach unterrichtet und könnte erforscht werden, Kinder würden ohne Rücksicht auf „Terrorverbrechen“ in Kindergerichtshöfen verurteilt, die Gefangenen und Verhafteten würden sich mit ihren Verwandten in ihren Muttersprachen unterhalten, die veränderten Ortsnamen würden durch alten Namen ersetzt, private Fernsehsender dürften 24 Stunden in verschiedenen Sprachen und Dialekten senden, verschiedene Sprachen und Mundarten dürften in sozialen und religiösen Diensten verwendet werden, politische Parteien dürften die Bürger in verschiedenen Sprachen und Dialekten ansprechen, eine Kommission zur Bekämpfung der Diskriminierung würde errichtet und ein neuer Mechanismus für die Beschwerden der Menschenrechtsverletzungen würde gegründet. Das wichtige an diesem Projekt ist, die gesellschaftliche Integration zu sichern, ohne dass verschiedene politische Identitäten und kollektive Rechte entstehen können.<sup>287</sup>

Im Rahmen der Aktivitäten und Debatten der demokratischen Öffnung fallen auch andere Aktivitäten wie die Öffnung gegenüber dem Alevitentum (hinsichtlich der religiösen Minderheiten) und den Armeniern sowie Regelungen für die neue Verfassung.

Dieser Änderungsbedarf, der nun verstärkt behandelt werden soll, war in der Türkei immer vorhanden. Ein Problembereich war dabei die meiste Zeit die Kurdenfrage. Diese kostete seit Jahren zehntausenden Menschen ihr Leben und wartet ohne Zweifel als eines der brennendsten Probleme auf seine Lösung. Dennoch ist dieser Bedarf nicht nur auf das kurdische Problem begrenzt. Religiöse Minderheiten wie Aleviten stellen ebenfalls Ansprüche. Gewerkschaftliche Forderungen der öffentlich Bediensteten für einen

---

<sup>287</sup> Vgl. [http://www.kentselhaber.com/V13/ColID/115/Demokrasi-Acilimini-anlamak-\(04.07.2010\)](http://www.kentselhaber.com/V13/ColID/115/Demokrasi-Acilimini-anlamak-(04.07.2010)).

Kollektivvertrag mit Streikrecht sind ebenfalls aktuell. Die Arbeiter und die Gewerkschaften stellen klare Forderungen in Bezug auf das Arbeitsrecht. In all diesen Bereichen müssen Schritte gesetzt werden. Wenn die Demokratisierung in dem großen Umfang wie versprochen vorgenommen wird, können sich in der Türkei gewisse Dinge ändern.

## **ZUSAMMENFASSUNG**

Die Kurden wohnten bis zum 19. Jahrhundert in halbautonomen Fürstentümern unter der Herrschaft des osmanischen Reichs, ohne dass es zu größeren Problemen gekommen wäre. Im 19. Jahrhundert versuchte das osmanische Reich, eine zentralisierte Regierung einzusetzen, und die Autonomie der Kurden wurde dadurch gefährdet. Das führte zu einer Welle von kurdischen Aufständen. Obwohl man alle diese Aufstände nicht als nationalistisch beurteilen kann, sind sie von Bedeutung, weil sie die Basis der zukünftigen Aufstände bildeten.

Die zerstörerischen Auswirkungen des ersten Weltkriegs auf das osmanische Reich führten zu Unabhängigkeitsbestrebungen der Völker im Reich. Die mit ihren eigenen Zielen in der Region zusammenhängenden Aktionen von England, Frankreich und Russland innerhalb der Grenzen des Reiches verstärkten diese Bewegungen. Einer der 14 Grundsätze von Wilson, „die Selbstregierung der Völker“, zeigte ebenfalls schnell seine Auswirkungen. Die Führer der kurdischen Bewegungen folgten ihren Eigeninteressen in dieser Periode und hatten hohe Erwartungen an die großen imperialistischen Staaten.

Das Abkommen von Sèvres stellte eine Zeitenwende für die kurdischen Nationalisten dar. Obwohl dieses Abkommen von den Staaten, die es unterzeichneten, nie ratifiziert und in die Tat umgesetzt wurde, war es das erste internationale Abkommen, in dem das Thema eines eigenständigen kurdischen Staates behandelt wurde. In diesem Sinne war es eine wichtige Referenz für die Kurden. Trotz einiger oppositioneller Bewegungen war die allgemeine Haltung der Kurden während des Befreiungskriegs gegenüber der türkischen Regierung nicht negativ. Nach dem Befreiungskrieg ersetzte das Abkommen von Lausanne das alte und nicht ratifizierte Abkommen von Sèvres.

Dieses am 24. Juli 1923 in Lausanne zwischen der Türkei und den imperialistischen Staaten unterzeichnete Abkommen ignorierte die Interessen der Kurden. Mit diesem Abkommen wurden die Rechte, die Vertretung, die Unabhängigkeit und die Autonomie der Kurden ignoriert. Es gab keinen Paragraphen über den Schutz von Minderheiten. Aus der Sicht des internationalen Rechts und der Türkei lässt sich sagen, dass das Abkommen von Lausanne die nationalen Rechte der Kurden stark beschädigte; die nationalen Rechte und die Freiheit des kurdischen Volks wurden nicht nur praktisch, sondern auch offiziell von der Tagesordnung gestrichen und die mangelnde innenpolitische Aufarbeitung des Problems und der Einsatz von Gewalt als interne Angelegenheit eingestuft.

1924 wurde eine Verfassung umgesetzt, in der alle Völker und ethnischen Gruppen in der Türkei missachtet und als „Türken“ bezeichnet wurden. Ein Großteil des kurdischen Volks glaubte nicht mehr, sich unter den Bedingungen dieser Verfassung mit demokratischen Instrumenten artikulieren zu können. Es wurde ein bewaffneter Kampf aufgenommen.

Ab dem Jahr 1930 wurden unter dem kemalistischen Einparteiensystem nationalistische und antidemokratische Gesetze bezüglich des Kurdenproblems erlassen. Mit dem Paragraph 2510 des Besiedelungsgesetzes wurden die Kurden zur Migration in den Westen der Türkei gezwungen. Das bereitete die Basis für den Aufstand von Dersim.

Die nationalen Bewegungen gegen den türkischen Kolonialismus in den 60er Jahren hatten gemeinsam mit der liberalen Atmosphäre der Verfassung von 1961 starke Auswirkungen auf die Kurden. Dieser Prozess verwandelte sich zu einer nationalistischen Massenbewegung, die auch die Gründung der PKK vorbereitete.

Der Militärputsch 1971 zielte auf die Unterdrückung der kurdischen Organisationen und der türkischen Linken ab. Hunderte Kurden wurden festgenommen und verurteilt. Als Folge dieses Militärputsches wurden viele illegale kurdische Organisationen gegründet.

Der Militärputsch am 12. März 1971, der auch als „Operation Schmiedehammer“ bezeichnet wurde, zerstörte die Führungsstrukturen der kurdischen Bewegung. Erst Mitte der 1970er Jahre gründeten die ehemaligen Führer eigene Organisationen und begannen mit einem ideologischen Aufbauprozess. Dieser Umstand führte zur Wiederverbreitung des kurdischen Bewusstseins. Der Militärputsch am 12. September 1980 vernichtete große Teile der

Organisation und zwang viele Mitglieder zur Migration. Erst mit diesem Putsch entstand eine starke kurdische Diaspora im Ausland. Wichtiger aber war die Entstehung der PKK als eine Folge der starken Unterdrückung und der Gewalt. Die PKK wurde zu einer bewaffneten Massenbewegung.

Die Militärregierung griff alle Bereiche des Lebens an, beschränkte die Grundrechte und –freiheiten oder schaffte manche sogar ab. Sie strebte eine passive und schweigsame Gesellschaft an, die über ihre Probleme nicht diskutiert und diese in den betreffenden Institutionen nicht kanalisiert. Dieser Umstand hatte schwerwiegende und weitreichende gesellschaftliche Folgen. Mit brutalen und gleichzeitig einfachen Methoden wurde die gesellschaftliche Entwicklung behindert.

Die Militärregierung wurde durch Betrug, antidemokratische Methoden und eine vermeintliche Wahl der Regierung der Mutterlandspartei (Anavatan Partisi) verlängert und somit stellten die Jahre, in denen weltweit wichtige Entwicklungen stattfanden, für die Türkei Jahre des Rückschritts dar. In dieser Periode gab es Probleme im gesamten Land, aber die Unruhen im Südosten der Türkei waren am stärksten und gewalttätigsten. Beispielsweise wurde den Staatsbürgerinnen und –bürgern verboten, andere Muttersprachen als das Türkische zu verwenden. Mit dem Ausnahmezustandsgesetz von 1983 (Paragraph 2935) wurden in der Region alle Kommunikationsmittel konfisziert, es wurde ein Ausgangsverbot verhängt, Autos und Wohnungen von Menschen wurden durchsucht, die Veröffentlichung und Distribution von Zeitungen, Zeitschriften, Bücher, Schriften, Bilder und Filme wurde verboten, und die Einwanderung von Kurden in die Region wurde mit der Begründung der Beeinträchtigung der öffentlichen Ordnung verboten und viele Kurden wurden ins Exil geschickt. Am wichtigsten war jedoch, dass die neue Verfassung die Freiheiten sehr stark einschränkte.

Die autoritäre, die Freiheiten einschränkende, bevormundende und nationalistische Grundhaltung der Verfassung von 1982 machte die Lösung des Kurdenproblems unmöglich und führte somit zur Intensivierung des Problems und zum heutigen Zustand.

Die Lösungsvorschläge der AKP-Regierung (der gegenwärtige Regierung) auf der Basis von mehr Rechten, mehr Demokratie und mehr Wohlstand wurden zuerst auch von vielen Kurden unterstützt. Aber nach der Wahl 2007 verschob die AKP die Lösung des Kurdenproblems



wieder. Sowohl die AKP als auch viele andere Parteien, die früher an der Macht waren, ließen die Parteien, die die Lösung des Kurdenproblems als wesentliche Punkte ihres Parteiprogramms festhielten, vom Verfassungsgericht verbieten und erlaubten es den Kurden nicht, auf legaler Ebene Politik zu betreiben. Die AKP glaubte, dass ein Sieg über die DTP (im Wege des Verbotes der Partei) gleichzeitig die Beendigung der Unterstützung des kurdischen Volkes für die PKK bedeutete. Die Regierung setzte ihre Versprechen politisch nicht um, sodass es zu neuerlichen Rückschritten kam, die schließlich in den aktuellen Zustand mündeten.

## **FAZIT**

Die Ursprünge der Kurden bleiben bis heute unklar und umstritten. Am plausibelsten erscheint jedoch die Theorie, dass es sich in der Basis um das ursprünglich neolithische Volk handelt, das sich mit der Zeit mit zahlreichen anderen Völkern vermischt hat. So erscheinen die Kurden als linguistisch und ethnisch ähnliche aber doch inhomogene Gruppe, die sich aber durch die gemeinsame Entwicklung in einer schwierigen Umwelt zu einer Nation entwickelt hat.

Die Kurden lebten ursprünglich in kleinen Dorfgemeinschaften und Fürstentümern ohne starke Zentralgewalt. Dies war auch in der Zeit des Osmanischen Reiches lange Zeit der Fall. In der Zeit der außenpolitischen Schwäche wandte sich das Osmanische Reich jedoch stärker nach innen und versuchte, die Kurden stärker an die Zentralgewalt zu binden. Aus dieser Zeit stammen die ersten kurdischen Aufstände. Diese waren kaum politisch oder ethnisch motiviert, spielen jedoch im Selbstverständnis der Kurden eine wichtige Rolle und werden als Basis für die aktuellen Probleme betrachtet.

Die Hauptgründe für die noch immer vorherrschenden Probleme sind jedoch in der Zeit des Ersten Weltkrieges zu suchen: Während und nach dem Ersten Weltkrieg gelang es den Kurden nicht, geeint und mit klarem Willen aufzutreten. Die Kurden vermittelten ein uneinheitliches Bild. Aus Sicht der Siegermächte mussten sie als machtpolitisch irrelevant betrachtet werden. Eine Unterstützung der kurdischen Minderheit hätte aus ihrer Sicht zu keiner Stabilisierung der Region geführt. Da viele Kurden die Türken unterstützten und nicht

die Unabhängigkeit anstreben, war aus Sicht der Siegermächte eine Aufgabe der Unterstützung der Kurden und eine Stärkung der Türkei (insbesondere angesichts der neuen russischen Bedrohung) die logische Folge. Die Kurden brachten sich durch ihr uneinheitliches und ungeschicktes Vorgehen selbst um die Chance auf einen kurdischen Staat.

Hatten die Kemalisten vor und während des Befreiungskrieges noch um die Unterstützung und Gunst der Kurden gebuhlt (wohl insbesondere um keine weitere Front zu eröffnen), so änderte sich dieses Bild rasch. Im Bild der neuen, nationalistisch geeinten Türkei war kein Platz für ein autonomes Kurdistan oder andere weitreichende Zugeständnisse. Als die Kurden dagegen aufbegehren, versuchte die türkische Regierung mit Unterstützung des Militärs, diesen Widerstand zu brechen. Neben Verboten der kurdischen Sprache und Kultur kam es auch zum massiven Einsatz von Gewalt. Man hoffte damit, den Widerstand brechen zu können – erreichte damit aber, dass diese gemeinsam erlebte Gewalt und das Leiden von den Kurden als identitätsstiftend wahrgenommen wurde und das Nationalgefühl bestärkte. Diese Unterdrückung und der daraus resultierende Widerstand dauerten in unterschiedlicher Ausprägung und Intensität mehrere Jahrzehnte. Den Höhepunkt bildete schließlich der bewaffnete Widerstand der PKK. Von der offiziellen Türkei als das eigentliche Problem beschrieben, entstand die PKK als Reaktion auf die Unterdrückung und ist damit eine Folge, und nicht die Ursache des Problems.

Aus Sicht der Kurden gab es seit dem Ersten Weltkrieg immer wieder Phasen, die Hoffnung auf eine friedliche Lösung des Problems weckten. Diese wurden aber alle recht schnell wieder zunichte gemacht. Insbesondere in den Zeiten der Militärputsche wurden immer wieder die Rechte der Minderheiten eingeschränkt.

Aus heutiger Sicht ist ein Zusammenhang zwischen der demokratiepolitischen Entwicklung der Türkei und den Problemen im Umgang mit Minderheiten erkennbar. Das ist auch ein Punkt, der Anlass zur Hoffnung bietet: Wesentlich angetrieben durch den Versuch der Annäherung an die EU ist die Türkei bemüht, die dafür notwendigen (demokratiepolitischen) Voraussetzungen zu erfüllen. Wesentliche Aspekte dabei sind der Umgang mit Frauen und Minderheiten. Die Änderung der türkischen Verfassung ist ein Schritt in diese Richtung. Da sie aber mit wesentlichen anderen (macht)politischen Absichten verknüpft wurde, bleibt ihre Beurteilung ausständig. Hier muss abgewartet werden, welche tatsächlichen politischen Konsequenzen sich daraus entwickeln. Dies gilt insbesondere auch für den Umgang mit

Minderheiten: In der Vergangenheit gab es schon eine Reihe entsprechender politischer Reformen, die jedoch alle aufgrund des mangelnden Willens zu einer konsequenten Umsetzung versandeten.

Die aktuellen Meinungen zur Kurdenproblematik gehen in der Türkei noch immer sehr weit auseinander. Die stark ignorante Grundhaltung, die die Kurden als einen türkischen Stamm aus Kleinasien bezeichnet, ist am abnehmen. Allerdings gibt es in der Türkei noch viele, die eine Fortsetzung der Verleugnungs-, Unterdrückungs- und Assimilationspolitik befürworten, das Kurdenproblem als ein staatsfeindliches und separatistisches Terrorproblem interpretieren und keine Maßnahmen außer den Sicherheitsmaßnahmen akzeptieren. Den Forderungen nach Möglichkeiten zum Ausdruck der kurdischen Identität unterstellen sie Subversion und sind der Meinung, dass jede demokratische Öffnung Anreize für weitere Öffnungen schaffen kann und die kulturellen-individuellen Rechte sich zu Gruppenrechten verwandeln, diese in Folge zu einer ethnischen Föderation führen, und die ethnische Föderation zu einem eigenständigen Kurdistan führen könnte.

Ein signifikanter Teil der Gesellschaft hingegen begreift das Kurdenproblem mittlerweile jedoch entsprechend seiner tatsächlichen Tragweite und betrachtet es als das wichtigste Problem der Türkei, ohne dessen Lösung die Türkei keine echten Fortschritte erzielen kann.

Es ist jedoch umstritten, wie eine Lösung aussehen sollte. Folgende Varianten stehen zur Diskussion:

1. Eigenständiges Kurdistan
2. Autonomie, Föderation
3. Zusammenleben im Rahmen der bestehenden Türkei

Die ersten beiden Varianten werden vor allem von extremen Befürwortern vertreten. Am realistischsten ist eine (neue) Form des Zusammenlebens in der Türkei. In diesem Sinne ist folgende Feststellung von Graham Fuller sehr passend und richtig: „Auf der ganzen Welt findet man keine andere ethnische Gruppe, die sich in die allgemeine Gesellschaft so gut integriert hat wie die Kurden in der Türkei.“<sup>288</sup>

---

<sup>288</sup> Vgl. Tan, Altan: Kürt Sorunu: Ya Tam Kardeslik Ya Hep Birlikte Kölelik. Istanbul, 2010, S. 536.

Das Kurdenproblem in der Türkei steht in einem ursächlichen Zusammenhang mit dem türkischen Demokratieproblem. In diesem Sinne muss die demokratische Öffnung, die den Willen für das Zusammenleben als Basis hat, so schnell wie möglich in die Tat umgesetzt werden. Die Demokratie verspricht ein besseres Leben für die Menschheit. Das bedeutet, dass für die Umsetzung der Demokratie Solidarität und Freiraum für den demokratischen Diskurs notwendig sind.

In diesem Sinne kann man die politischen, sozialen und ökonomischen Aufgaben, die auf demokratischer Ebene umgesetzt werden müssen, wie folgt zusammenfassen:

- Für die Lösungen der Probleme gibt es und kann es kein einheitliches Rezept geben. Ein Bestandteil, der jedoch in allen Rezepten vorkommt, ist die verfassungsrechtliche Sicherstellung der Anwendung und Entwicklung der Rechte. Es muss vor allem der Ausdruck in der Verfassung „alle sind Türken“ geändert und die Definition der Staatsbürgerschaft erneuert werden.
- Ein zentraler Punkt des Kurdenproblems ist die Sprache. Die Verwendung der Muttersprache ist ein ontologisches Recht, das Verbot der Verwendung der Muttersprache hingegen eine Grausamkeit. In diesem Sinn muss die multikulturelle und mehrsprachige Struktur der Gesellschaft in der Verfassung anerkannt werden. Die kurdische Sprache und die anderen Sprachen der Minderheiten müssen als Bildungssprache erlaubt werden und alle Hemmnisse für die Anwendung dieser Sprachen an Universitäten, Schulen, Gerichten, öffentlichen Institutionen und Medien müssen durch gesetzliche Regelungen beseitigt werden. An Universitäten müssen Kurdologie-Institute und kurdische Philologien eröffnet werden.
- Die zeitlich begrenzten kurdischen Sendungen in Radio und Fernsehen müssen durch unbegrenzte private Sendungen ergänzt werden können.
- Die ursprünglichen Namen aller geographischen Einheiten, deren Namen geändert wurden, müssen wiederhergestellt werden.
- Die Einschränkung der Meinungs- und Ausdrucksfreiheit müssen abgeschafft werden.

- Die Traumata, verursacht durch erzwungene Migrationen, Morde durch „unbekannte“ Täter, rechtswidrige Internierungen und Festnahmen, Haftstrafen und Folter, haben das gesellschaftliche Unterbewusstsein schwer beschädigt. Deshalb müssen möglichst schnell Rehabilitationsprogramme umgesetzt werden.
- Die bewaffneten Gefechte führten insbesondere in der Region und bei den Kurden, aber auch allgemein in der gesamten Gesellschaft sowohl zu materiellen als auch zu immateriellen Verlusten. Der Kampf gegen die PKK in den letzten fünfundzwanzig Jahren zeigt uns, dass das Kurdenproblem nicht mit militärischen Methoden gelöst werden kann. Solange die Gefechte fortgesetzt werden, werden auch die weiteren Lösungsversuche versagen.
- Den Vertriebenen muss die Rückkehr in die Heimat ermöglicht werden.
- Es muss eine politische Generalamnestie ausgerufen werden.
- Ein großes wirtschaftliches Programm muss in der Region umgesetzt und die Kurden müssen positiv diskriminiert werden.
- Die Felder mit Landminen müssen bereinigt und für die Landwirtschaft zugänglich gemacht werden.
- Das Wahlgesetz muss geändert werden. Wahlwerbung auf Kurdisch muss erlaubt werden.
- Mitglieder und Aktivisten der PKK und DTP/BDP müssen ankündigen, dass sie die wesentlichen Werte wie die nationale und territoriale Integrität der Türkei anerkennen.

Eine Lösung des Problems bedeutet, dass es die Möglichkeit gibt, diese Forderungen unter demokratischen Rahmenbedingungen auszudrücken und die realisierbaren Forderungen tatsächlich umzusetzen. Dies umfasst nicht nur als die Forderungen der Kurden, sondern aller Staatsbürger der türkischen Republik.

Es kann keine solide Analyse vorgenommen werden, ohne die Ursachen und die Folgen des Problems voneinander zu trennen. Deshalb habe ich in dieser Arbeit versucht, auf diese Trennung zu achten. Für mich war deutlich erkennbar, dass dieses Problem nicht mehr nur ein Problem einer Region, sondern der ganzen Türkei ist. Wenn die oben aufgezählten Lösungsvorschläge in die Tat umgesetzt werden, wird das Kurdenproblem ein wesentlicher Antrieb für die weitere Entwicklung der Türkei.

Ich stelle nicht den Anspruch, dass meine Arbeit fehlerfrei und vollständig ist. Ich bin mir dessen bewusst, dass es noch viele Punkte gibt, die ich vernachlässigt oder übersehen habe. Viele der obigen Feststellungen und Beurteilungen können bestimmte Leute und Organisationen stören oder verstören. Trotzdem bin ich der Meinung, dass die Argumentation dieser Arbeit mit der notwendigen Empathie für alle Seiten nachvollziehbar sein sollte. Eine Diskussion der Feststellungen, Interpretationen und Analysen ist durchaus erwünscht. Wie jedes Problem benötigt auch das Kurdenproblem die Möglichkeit zu einem offenen Diskurs, um einer Lösung näher zu kommen. Nur so ist es möglich, das Thema umfassend, vielschichtig und aus verschiedenen Blickwinkeln zu betrachten und einer Lösung zuzuführen. Mein Wunsch ist, zu diesem Diskurs beizutragen und damit einen Beitrag zur Lösung des Problems zu leisten.

Die friedliche Lösung des Problems hängt von der Demokratisierung der Türkei, also der Abschaffung jeglicher Begrenzungen der demokratischen Rechte und Freiheiten aller Bürger ab. Eine friedliche Lösung ohne umfangreiche Anerkennung der Menschenrechte der Bürger unterschiedlicher Ethnien, Sprach- oder Kulturgruppen hinsichtlich ihrer eigenen Identitäten, Sprachen und Kulturen, kann nicht erreicht werden.

# ANHANG

## Literaturverzeichnis

- ABBAS, HILMI: „Das ungeschriebene Buch der Kurden“. München, Diederichs Verlag, 2003.
- AHMED, KEMAL MAHZA: „Birinci Dünya Savaşı Yıllarında Kürdistan“. Ankara, Berhem Yayınları, 1992.
- AKBULUT, DURSUN ALI: „Saltanatın Kaldırılması ve Sonuçları“. Türkler, C. 16, Ankara, Yeni Türkiye Yayınları, 2002.
- AKYOL, MUSTAFA: „Çözümün Şafağında Kürt Sorunu“. İstanbul, Özgür Yayınları, 2009.
- AKYOL, MUSTAFA: „Kürt Sorununu Yeniden Düşünmek: Yanlış Giden Neydi, Bundan Sonra Nereye?“. İstanbul, Doğan Kitap, 2006.
- AKSIN, SINA: „İstanbul Hükümetleri ve Milli Mücadele Mutlakiyete Dönüş (C I-1918-1919), (C II-1919-1920)“. İstanbul, Cem Yayınları, 1992.
- ALAKOM, ROHAT: „Kürt Örgütlenme Tarihi, Tarih ve Toplum“. 2001, Sayı 205.
- ALI, OTHMAN: „The Kurds and Lausanne Peace Negotiations 1922-23“. Middle Eastern Studies, 2008.
- AŞKIM, BOZKURT: „Das Kurdenproblem in der Türkei“. Farnkfurt am Main, Europäischer Verlag der Wissenschaften, 1994.
- ATATÜRK, MUSTAFA KEMAL: „Nutuk“. C. I., İstanbul, Türk Devrim Tarihi Enstitüsü Yayınları, 1970.

- AZIZ, NAMO: „Kurdistan und die Probleme um Öcalan“. München, Edition Gallas, 1999.
- BASSIOUNI, M. CHERIF: „Civil and Political Rights, Including the Question of Independence of the Judiciary, Administration of Justice, Impunity: The Right to Restitution, Compensation and Rehabilitation for Victims of Gross Violations of Human Rights and Fundamental Freedoms“. New York: United Nations, 2000.
- BELGE, MURAT: „Linc Kültürünün Tarihsel Kökeni: Milliyetçilik“. İstanbul, Kitap Yayınları, 2006.
- BEŞİKÇİ, İSMAIL: „CHF Tüzüğü (1927) ve Kürt Sorunu“. Ankara, Yurt Kitap Yayınları, 1990.
- BEŞİKÇİ, İSMAIL: „Doğu Anadolu'nun Düzeni Sosyo-Ekonomik ve Etnik Temelleri“. Ankara, Yurt Kitap Yayınları, 1992.
- BEŞİKÇİ, İSMAIL: „Kurdistan: Internationale Kolonie“. Köln, Mesopotamien Verlag, 1999.
- BEŞİKÇİ, İSMAIL: „Resmi Tarih Tartışmaları 6“. İstanbul, Maki Yayınları, 2009.
- BIRAND, M. A. / BILA, H. / AKAR, R.: „12 Eylül Türkiye'nin Miladı“. İstanbul, Dogan Kitapçılık AS., 1992.
- BOIS, THOMAS: „The Kurds and their Country: Kurdistan“, Islam Ansiklopedisi, Kurds, Kurdistan maddesi.
- BRUINESSEN, MARTIN VAN: „Aga, Seyh, Devlet“. İstanbul, Özge Yayınları, 2008.
- BRUINESSEN, MARTIN VAN: „Osmanlıcılıktan Ayrılmaya Şeyh Sait Ayaklanmasının Dini ve Etnik Arka Planı“. Übersetzer: Levent Kafadar, Berlin, 1983.
- BUDAK, ÖMER: „Sevr Antlaşması“. Ankara, Bilge Yayınları, 2001.
- BULUT, FAİK: „Dersim Raporları“. İstanbul, Evrensel Basım Yayın, 2005.



- BULUT, FAİK: „Kürt Sorununa Cözüm Arayıřları - Devlet ve Parti Raporları - Yerli ve Yabancı Öneriler (1920-1997)“. İstanbul, Ozan Yayıncılık, 1998.
- BURKAY, KEMAL: „Kürtler ve Kürdistan“. Diyarbakır, Deng yayınları, 2008.
- ÇAY, ABDÜLHALUK: „Her Yönüyle Kürt Dosyası“. Ankara, Turan Kültür Vakfı Yayınları, 1996.
- CHALIAND, GERARD: „A People Without a Country“. New York, Olive Branch Press, 1993.
- ÇUBUKÇU, A.: „12 Eylül’ün Kültür Politikası ve Toplumsal Sonuçları“. Toplum ve Hekim Dergisi, Nr. 15, 2000.
- ÇUFALI, MUSTAFA: „İstiklal Harbi Döneminde Türk İngiliz İliřkileri“. Türkler, C. 16, Ankara, Yeni Türkiye Yayınları, 2002.
- DESCHNER, GÜNTHER: „Die Kurden: Volk ohne Staat“. Herbig Verlag, 2003.
- DOWALL, DAVID MC: „A Modern History of the Kurds“. London, I. B. Tauris, 2004.
- ELPHINSTON, W. G.: „Kurd and the Kurdish Question“. Published in: JRCAS, Volume 35, Issue 1 January 1948.
- GARETH, M. WINROW: „Kürt Sorunu-Kökeni ve Geliřimi“. İstanbul, Tarih Vakfı Yurt Yayınları, 2002.
- GENELKURMAY BELGELERİ: „Kürt İřyanları“. İstanbul, Kaynak Yayınları, 1992.
- GENELKURMAY HARP TARİHİ BAŐKANLIĐI: „T.C’de Ayaklanmalar (1924-1938)“. Ankara, 1972.
- GOLOGLU, MAHMUT: „Devrimler ve Tepkileri 1924-1930“, Ankara, Bařnur Matbaası, 1972.
- GÖLDAS, ISMAIL: „Kürdistan Teali Cemiyeti“. İstanbul, Doz Yayınları, 1991.

- GÖKALP, ZIYA, Haz.: ŞEVKET BAYSANOĞLU: „Kürt Aşiretleri Hakkında Sosyolojik Tetkikler“. İstanbul, Sosyal Yayınlar, 1992.
- GÖKTAŞ, HİDİR: „Kürtler, İsyân, Tenkil“. İstanbul, Alan Yayıncılık, 1991.
- GÖKTAŞ, HİDİR: „Türkiye Cumhuriyetin’de İsyânlar“. İstanbul, Alan Yayıncılık, 1992.
- HACETTEPE ÜNİVERSİTESİ NÜFUS ETÜTLERİ ENSTİTÜSÜ: „Türkiye Göç ve Yerinden Olmuş Nüfus Araştırması“. Ankara, 2006.
- HARRIS, GEORGE S.: „Ethnic Conflict and the Kurds“. ANNALS, AAPSS, No. 433, 1977.
- HEINRICH BÖLL STIFTUNG DERNEĞİ TÜRKİYE TEMSİLCİLİĞİ: „Türkiye’de Kürtler: Barış süreci için Temel gereksinimler“. İstanbul, Sena Ofset, 2009.
- HENNERBICHLER, FERDINAND: „Die Kurden“. ISBN 963 214 575 5, 2004.
- HEPER, METİN: „Devlet ve Kürtler“. İstanbul, Doğan Egmont Yayıncılık, 2008.
- HUMANN, KLAUS: „Völkermord an den Kurden“. Sammlung Luchterhan, Frankfurt am Main, Luchterhand Literaturverlag GmbH, 1991.
- İLHAN, SUAT: „8’inci Kolordu Bölgesindeki İsyânlar“. İstanbul, Harp Akademisi Yayınları, 1971.
- İNÖNÜ, İSMET: „Hatıralar“. Ankara, Bilgi Yayınevi, 1987.
- İZADY, MEHRDAD R.: „Kürtler: Bir El Kitabı“. Doz Yayınları, İstanbul, 2007.
- JWAIDEH, WADIE: „The Kurdish Nationalist Movement: Its Origins and Development“. İletişim Verlag, İstanbul, 2008.
- KALAFAT, YAŞAR: „Şark Meselesi Işığında Şeyh Sait Olayı Karakteri Dönemindeki İç ve Dış Olaylar“. İstanbul, Bozğaziçi Yayınları, 1988.

- KANDIL, SINAN ŞAHİN: „Bir Uygarlık Hastalığı Milliyetçilik“. Deutschland, Mesopotamien Verlag, 2010.
- KARPAT, H. KEMAL: „Ottoman Population 1830-1914: Demographic and Social Characteristics“. Medison-Wisconsin, The University of Wisconsin Press, 1985.
- KILI, SUNA, / GÖZÜBÜYÜK, A. ŞEREF: „Türk Anayasa Metinleri“. İstanbul, Türkiye İş Bankası Kültür Yayınları, Bilatarih.
- KLEIN, JANET: „Nation and Nationalism: Kurdish Nationalists and Non-nationalist Kurdist: Rethinking Minority Nationalism and the Dissolution of the Ottoman Empire, 1908- 1909“. 2007.
- KORUCU, M. SERDAR: „Kürt Sorunu Nasıl Çözülür: Yabancı Gazetecilerin Gözüyle“. Güncel Yayıncılık, İstanbul, 2009.
- KURDISH HUMASN RIGHTS PROJEKT: „Ülke İcinde Göc Ettirilen İnsanlar“.
- KURDISH NATIONALIST SOCIETY IN EAST ANATOLIA, FO 371, 1924: E11093/11093/
- KURUBAŞ, EROL: „Kürt Sorununun Uluslararası Boyutu ve Türkiye“. Ankara, Nobel Yayınları, 2004.
- KUTLAY, NACI: „İttihat Terakki ve Kürtler“. Ankara, Beybun Yayınları, 1992.
- KÜRKCÜOĞLU, ÖMER: „Türk-İngiliz İiskileri (1919-1926)“. Ankara, Ankara Üniversitesi Siyasal Bilimler Fakültesi Yayınları, 1978.
- KÜRT SORUNU VE YEREL SIYASET ÜZERINE COK KATILIMLI GÖRÜŞLER-ÖNERILER: „Kürt Sorunu, Acil Sorun Gercekci Yaklasim“. İstanbul, Birey Yayınları, 2009.
- KOÇAK, CEMİL: „Türkiye’de Milli Şef Dönemi (1938-1945)“. Cilt-1, İstanbul, İletişim Yayınları, 2003.
- LAÇINER, SEDAT / BAL, İHSAN: „The Ideological and Historical Roots of the Kurdist

- Movements in Turkey: Ethnicity, Demography, and Politics, *Nationalism and Ethnic Politics*, C. 10“. Istanbul, Hayat Yayınları, 2004.
- LAZAREV, M. S.: „Emperyalizm ve Kürt Sorunu (1917-1923)“. Ankara, Özge Yayınları, 1998.
- LAZAREV, M. S. / MIHOYAN, Ş. X. / VASILYEVA, E. I. / GASRATYAN, M. A. / JIGALINA, O. I.: „Die Geschichte Kurdistans“. Istanbul, Avesta Verlag, 2001.
- LAZAREV, M. S. / JAGALINA, O. D. İ. / GASARATYAN, M. A. / MIHOYAN, Ş.; HAZ. C. CELİL: „Yeni ve Yakın Çağda Kürt Siyaset Tarihi“. İstanbul, Peri Yayınları, Bilatarih.
- MARCUS, ALIZA: Blut und Glaube: Die PKK und die kurdische Bewegung. Iletişim Verlag, Istanbul, 2009.
- MINORSKY V. / BOIS TH. / MAC KENZIE, D. N.: „Kurden und Kurdistan“. Istanbul, Doz Basım Verlag, 2004.
- MUMCU, UĞUR: „Kürt-İslam Ayaklanması (1919-1925)“. Ankara, Uğur Mumcu Vakfı Yayınları, 2005.
- MUMCU, UĞUR: „Kürt Dosyası“, Ankara, Um:ag Vakfı Yayınları, 2005.
- MUMCU, UĞUR: „12 Eylül Adaleti“. Ankara, Um:ag Vakfı Yayınları, 2007.
- MUTLU, SERVET: „Ethnic Kurds in Turkey: A Demographic Study“. International Journal of Middle East Studies 28, No. 4, 1996.
- NESTMANN, L.: „Die ethnische Differenzierung der Bevölkerung der Osttürkei in ihren sozialen Bezügen – Auswertung der „Köy Envanter Etüdüleri“ des Ministeriums für Dorfangelegenheiten“. in: ANDREWS, PETER ALFORD (Hrsg.): *Ethnic Groups in the Republic of Turkey*, Wiesbaden, 1989.
- NIKITIN, BAZIL: „Kürtler“. Ankara, Özgürlük Yolu Yayınları, 1986.

- OLSEN, ROBERT W.: „The Emergence of Kurdish Nationalism and The Sheih Said Rebellion 1880-1925“. USA, University of Texas Press, 1991.
- OLSON, ROBERT: „Kürt Milliyetçiliğinin Kaynakları ve Şeyh Said İsyanı“, Übersetzer: BÜLENT PEKER-NEVZAT KIRAC, Ankara, Öz-Ge Yayınları, 1992.
- ÖCALAN, ABDULLAH: „Bir Halkı Savunmak“. Tek Kişilik Tutukevi / Mudanya, Bursa, 2004.
- ÖKE, MİM K.: „Musul ve Kürdistan Sorunu 1918-1926“. Ankara, Türk Kültürünü Arastırma Enstitüsü Yayınları, 1992.
- PERİNÇEK, DOĞU: „Kurtuluş Savaşında Kürt Politikası“. İstanbul, Kaynak Yayınları, 1999.
- SARIHAN, ZEKI: „Kurtuluş Savaşı Günlüğü (C I-II)“. Ankara, Türk Tarih Kurumu Yayınları, 1993.
- ŞEHİRLİ, YÜCEL ATILLA: „Türkiye’de Kürtçülük Hareketleri ve İsyanlar“. Ankara, Kon Yayınları, 1980.
- ŞİMŞİR, BİLAL N.: „Kürtçülük“. İstanbul, Bilgi Yayınları, 2007.
- TAN, ALTAN: „Kürt Sorunu: Ya Tam Kardeslik Ya Hep Birlikte Kölelik“. İstanbul, Timaş Yayınları, 2010.
- TANÖR, BÜLENT: „Türkiye Tarihi“. Cilt 4, İstanbul, Cem Yayınları, 1997.
- TUNAYA, TARIK Z.: „Türkiye’de Siyasi Partiler Mütareke Dönemi (C. II)“. İstanbul, Hürriyet Vakfı Yayınları, 1986.
- TUNCAY, METE: „Türkiye Tarihi“. Cilt 4, İstanbul, Cem Yayınları, 1997.
- TÜLBENTCI, FERIDUN FAZIL: „Cumhuriyet Nasıl Kuruldu?“. İstanbul, Sel Yayınları, 1995.

TÜRKİYE BÜYÜK MİLLET MECLİSİ: „Doğu ve Güneydoğu Anadolu’da Boşaltılan Yerleşim Birimleri Nedeniyle Göç Eden Yurttaşlarımızın Sorunlarının Araştırılarak Alınması Gereken Tedbirlerin Tespit Edilmesi Amacıyla Kurulan Meclis Arastırma Komisyonu Raporu“. Tutanak Dergisi 53. Dönem 20, 1998.

TÜRKİYE İNSAN HAKLARI VAKFI: „İnsan Hakları Raporu“. İstanbul, 1995.

ULUBELEN, EROL: „İngiliz Gizli Belgelerinde Türkiye“. İstanbul, Aykaç Kitapevi, 1967.

YEĞEN, MESUT: „Devlet Söyleminde Kürt Sorunu“. İstanbul, İletişim Yayınları, 2006.

YEĞEN, MESUT: „Müstakbel Türk’ten Sözde Vatandaşa“. İstanbul, İletişim Yayınları, 2006.

YILDIZ, AHMET: „Ne Mutlu Türküm Diyebilene - Türk Ulusal Kimliğinin Etno-Seküler Sınırları (1919-1938)“. İstanbul, İletişim Yayınları, 2001.

YILDIZ, HASAN: „Fransız Belgeleriyle Sevr Lozan Musul Üçgeninde Kürdistan“. İstanbul, Doz Yayınları, 2005.

ZEKERİYA, YILDIZ: „Kürt Gerçeği Olaylar Oyunlar Çözümler“. İstanbul, Yeni Asya Yayınları, 1992.

ZÜRCHER, ERIK JOHN: „Modernleşen Türkiye’nin Tarihi“. Übersetzer: YASEMIN SONER GÖNEN, İstanbul, İletişim Yayınları, 1999.

## Zeitungen

- Hürriyet Gazetesi: 23.02.1999
- Radikal Gazetesi: 31.03.2009
- Radikal Gazetesi: 05.04.2008
- Resmi Gazete: 20.10.2004
- Taraf Gazetesi: 06.06.2009

## Internetquellen

URL:

[http://blog.milliyet.com.tr/Yakin\\_tarihimizin\\_utanc\\_veren\\_olaylari\\_\\_27\\_Mayis\\_Darbesi\\_\\_1960/Blog/?BlogNo=212490](http://blog.milliyet.com.tr/Yakin_tarihimizin_utanc_veren_olaylari__27_Mayis_Darbesi__1960/Blog/?BlogNo=212490) (3.5.2010).

URL:

[http://books.google.com/books?id=dWNsWUZD\\_s8C&pg=PA380&lpg=PA380&dq=80+darbesi+ve+kürtler&source=bl&ots=Y7NUmSJUFN&sig=JpWPwIzI5haZp7PvqUErX8jok&hl=de&ei=qLf2S9StNoSUON2DwYcJ&sa=X&oi=book\\_result&ct=result&resnum=4&ved=0CCcQ6AEwAw#v=onepage&q&f=false](http://books.google.com/books?id=dWNsWUZD_s8C&pg=PA380&lpg=PA380&dq=80+darbesi+ve+kürtler&source=bl&ots=Y7NUmSJUFN&sig=JpWPwIzI5haZp7PvqUErX8jok&hl=de&ei=qLf2S9StNoSUON2DwYcJ&sa=X&oi=book_result&ct=result&resnum=4&ved=0CCcQ6AEwAw#v=onepage&q&f=false) (10.05.2010).

URL: <http://milli.azbuz.ekolay.net/readArticle.jsp?objectID=5000000003907624> (05.12.2009).

URL: <http://kurdistan.blogspport.de/2009/02/> (07.05.2010).

URL: <http://komunistforum.net/kurt-tarihi/31194-pkknin-kurulus-tarihi.html> (26.04.2010).

[http://tr.wikipedia.org/wiki/Lozan\\_Antlaşması](http://tr.wikipedia.org/wiki/Lozan_Antlaşması) (02.03.2010).

URL:

[http://webcache.googleusercontent.com/search?q=cache:sLL8jLyctKgJ:site.mynet.com/diyarhuder/rapor/huder\\_insan\\_haklari.doc+ohal'in+kaldirilmesi+ve+insan+haklari+ihlalleri&cd=1&hl=de&ct=clnk&client=safari](http://webcache.googleusercontent.com/search?q=cache:sLL8jLyctKgJ:site.mynet.com/diyarhuder/rapor/huder_insan_haklari.doc+ohal'in+kaldirilmesi+ve+insan+haklari+ihlalleri&cd=1&hl=de&ct=clnk&client=safari) (06.04.2010).

URL: <http://www.aamedya.com/haberler/20460/haber-Ayna-PKKya-SIYASET-YOLU-acilsin/haber-Ayna-PKKya-SIYASET-YOLU-acilsin.html> (28.05.2010).

URL: <http://www.aktuelbakis.com/Politika/8304.html> (02.20.2010).

URL: <http://www.haber7.com/haber/20100317/Anayasa-degisikliginden-neler-yer-aliyor.php> (12.04.2010).

URL: <http://www.hurriyet.com.tr/planet/14008309.asp> (05.03.2010).

URL: <http://www.firatnews.org/index.php?rupel=nuce&nuceID=12102> (01.23.2010).

URL: <http://www.setav.org/ups/dosya/27874.pdf> (24.05.2010).

URL: [http://www.kentselhaber.com/V13/ColID/115/Demokrasi-Acilimini-anlamak-\(2](http://www.kentselhaber.com/V13/ColID/115/Demokrasi-Acilimini-anlamak-(2) (04.07.2010).

URL: <http://www.osmanli-tr.org/Karargah/12-mart-1971-darbesi-t308.0.html;wap2> (04.02.2010).

URL:

<http://www.radikal.com.tr/Radikal.aspx?aType=RadikalHaberDetay&CategoryID=104&ArticleID=913650> (18.01.2010).

URL: <http://www.radikal.com.tr/Radikal.aspx?aType=RadikalDetay&Date=&ArticleID=968810> (02.20.2010).

URL: <http://www.radioasti.org/Rojev/189-DTP-kapatildi-gerekce-teror--.html> (03.14.2010).

URL: <http://www.turktime.com/haber/ILK-CIKIS-OZAL-DAN-ANNEANNEM-KURT-ISTE-OZAL-DAN-GUL-E-DEVLETIN-ZIRVESININ-KURT-ACILIMI/55079> (02.23.2010).

URL:

<http://www.wienerzeitung.at/DesktopDefault.aspx?TabID=4871&Alias=Dossiers&cob=310368&currentpage=0>



## **Kurzfassung**

Durch genetische, ethnographische, linguistische, etymologische und archäologische Forschungen stellte es sich heraus, dass die Kurden eines der ältesten Völker der Welt darstellen. Trotzdem haben die 50 Millionen Kurden immer noch kein Recht für einen Staat, während es Staaten mit einer Bevölkerung von 50.000 gibt. In diesem Sinne muss für die demokratische Lösung des Kurdenproblems der geschichtliche Hintergrund dieses dynamischen Prozesses untersucht werden.

Es ist nicht möglich, die gegenwärtige Situation zu verstehen, ohne die Vergangenheit zu kennen und diese gemeinsam mit dem Istzustand zu analysieren. In diesem Sinne werden hier bestimmte Argumente und Thesen zur Identität der Kurden, zu den wichtigsten Aufständen und separatistischen Bewegungen und zur diesbezüglichen Haltung des Staates vorgestellt.

Die Verleugnungspolitik des türkischen Staates seit seiner Gründung führte dazu, dass das Kurdenproblem eine Schlüsselposition bei der Demokratisierung der Türkei einnimmt. In dieser Abhandlung wird argumentiert, dass das Kurdenproblem ein Maß für und eine Spiegelung des Demokratisierungsproblems der Türkei darstellt und jeder Demokratisierungsversuch gleichzeitig ein Versuch für die demokratische und gerechte Lösung des Kurdenproblems ist.

Es ist notwendig, das Kurdenproblem, das momentan viel zu sehr militärisch und politisch behandelt wird, wieder auf einer humanistischen Ebene zu beurteilen. Das ist nur durch die korrekte Anwendung des Rechts möglich. In diesem Sinne unterstützt diese Abhandlung die demokratische Öffnung der türkischen Regierung, die seit kurzem als zentrales politisches Anliegen definiert wird, wobei auch die Fehler und die unzureichenden Seiten dieses Projektes betont werden.

## **Abstract**

Genetic, ethnographic, linguistic, etymologic and archaeological evidence shows that the Kurds are one of the world's oldest people. Although it counts more than 50 million people, it has not achieved the goal of establishing its own state – whereas there are states with as few as 50.000 citizens. Any effort to solve the Kurdish problem must be analysed with regards to the historical facts and the existing dynamic processes.

It is not possible to understand the current situation without properly studying the past and analysing the current status. Therefore this paper presents various arguments and thesis regarding the Kurdish identity, the most important uprisings and separatist movements and the respective attitude of the Turkish state.

The Turkish politics of denial – since its foundation – have resulted in the Kurdish problem taking a key position in the Turkish process of democratisation. In this thesis, I argue that the Kurdish problem is a measure and mirror for the problems the Turkish state faces in its struggle to improve the political ecosystem. Each attempt in this direction also contributes to a democratic and just resolution of the Kurdish problem.

At the moment, the Kurdish problem is mainly dealt with on a military and political basis. It is imperative to take it back to a more humanistic approach. This also needs proper implementation of human rights. In this sense, this thesis supports the democratic opening of Turkey, which is now one of the most important political concerns. However, it is also shown that the current approach contains errors and inadequateness.

## Lebenslauf

### PERSÖNLICHE ANGABEN

---

Name	<b>Sibel Güler</b>
Geburtsdatum	18. 02. 1980
Geburtsort	Türkei

### AUSBILDUNG

---

2001- 2010	Universität Wien, 1010 Wien <i>Pädagogik</i> <i>Politikwissenschaft</i>
1999 – 2000	Vorstudienlehrgang, Universität Wien <i>Intensiver Sprachkurs</i>
1998	Reifeprüfung <i>Schwerpunkt Sozialwissenschaften</i>
1995 - 1997	Gymnasium – Matura, Heybeli Ada Hüseyin Rahmi Gürpınar Lisesi Istanbul / Türkei
1992 – 1994	Hauptschule Sururi Istanbul / Türkei
1987 – 1991	Volksschule Sahinkaya Elazig / Türkei